

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 166

FRÜHJAHR 2007

€ 0,50

Für internationalen Klassenkampf gegen Airbus-Bosse!

Standort-Protektionismus spaltet die Arbeiterklasse



IG Metall

16. März: Spartakisten intervenierten bei Airbus-Protest in Hamburg (oben) mit gemeinsamer Erklärung von IKL-Sektionen LTF, SL/B und SpAD. Protest in Toulouse (links)

35 000 Airbus-Arbeiter und Unterstützer nahmen am europaweiten Aktionstag am 16. März gegen geplante Massenentlassungen und Betriebsschließungen als Teil des Power 8 genannten Sanierungsprogramms teil. Genossen der SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, waren bei den 25 000, die zur Kundgebung nach Hamburg kamen, und verteilten eine gemeinsame Erklärung, die wir mit unseren Genossen der Ligue trotskyste de France und Spartacist League/Britain herausgaben. Airbus-Arbeiter verließen ihre Arbeit und protestierten auch in Frankreich, 7000 in Toulouse und weitere 4000 in Nantes, Saint-Nazaire und Méaulte. Massendemonstrationen und Arbeitsniederlegungen gab es auch an sieben Standorten in Spanien, gleichzeitig demonstrierten Hunderte in Nord-Wales.

Auf der Großkundgebung in Hamburg protestierten die

Arbeiter gegen die geplanten Angriffe, Entlassungen und die Verkäufe der Werke in Varel und Nordenham, zwei Airbus-Werke auf dem Schafott. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit und Elend stand allen im Gesicht. An die brutalen Hartz-Gesetze, die unter dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) durchgesetzt wurden, erinnerte ein Plakat, das Arbeiter trugen: „Heute Power 8 und Morgen Hartz IV“.

Während die Demonstrationen eindrucksvoll waren, wurden die Arbeiter aber nicht in ihrem eigenen Klasseninteresse mobilisiert. Stattdessen hatten sich Gewerkschaftsbürokraten in Deutschland, Frankreich und anderswo um Klassenzusammenarbeit mit ihren „eigenen“ kapitalistischen Regierungen und Bossen bemüht. In Hamburg wurde

Fortgesetzt auf Seite 30

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

WASG fusioniert mit PDS ... S. 12

Murat Kurnaz' Fall entlarvt deutschen Imperialismus Steinmeier, Sozialdemokratie und der rassistische „Krieg gegen den Terror“

Berlin, 8. März — Die deutsche kapitalistische Regierung (insbesondere die ehemalige SPD/Grünen-Regierung) ist direkt verantwortlich dafür, dass Murat Kurnaz jahrelang in der Folterhöhle des US-amerikanischen Gefangenenlagers Guantánamo festgehalten und gequält wurde. Die wiederholten Versuche der Regierung zwischen 2002 und 2005, Kurnaz' Entlassung und Rückkehr nach Deutschland zu verhindern; die massiven Lügen und Vertuschungsversuche, um ihn aus dem öffentlichen Gedächtnis zu radieren und zu verleumden – mit jedem neuen Detail, das darüber zutage kommt, wird das Ausmaß an rassistischer Verachtung und an Zynismus seitens dieser Regierung offenkundiger. Dieser Fall ist für Arbeiter und Unterdrückte ein Musterbeispiel für den rassistischen Terror, der von den kapitalistischen Herrschern in Deutschland und auf der ganzen Welt unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“ durchgeführt wird. Wir sagen: **Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen Terror“! Freiheit für die Gefangenen von Guantánamo und anderen „Terroristen“-Gefangenenlagern! Keine Abschiebungen! Stoppt die antimuslimische Hexenjagd!**

Murat Kurnaz reiste als praktizierender Muslim auf einer Pilgerfahrt Ende 2001 nach Pakistan. Dort wurde er eingesperrt und unter dem Verdacht, „terroristische Aktivitäten“ zu unterstützen, den US-Imperialisten übergeben. Das ist dasselbe Muster wie bei tausenden anderen Fällen in der Folge des 11. Septembers: Entführungen von Muslimen oder auch nur „muslimisch aussehenden“ Menschen durch die USA und ihre Alliierten auf der Grundlage von „Verdacht“ im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“. Der Staat behauptet, das Recht zu haben, Menschen „verschwinden“ zu lassen, die er als „terroristische Unterstützer“ ein-

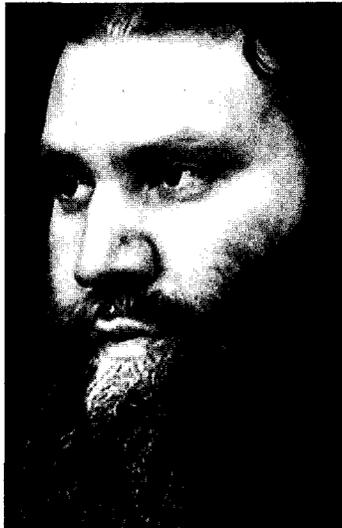
stuft. Was heute bekannt ist, lässt annehmen, dass Kurnaz auf der Grundlage von Informationen des Verfassungsschutzes (VS) ins Visier geriet, der ihn in Bremen wegen seiner Besuche einer Moschee überwachte. Nach seiner Gefangennahme in Pakistan wurde Kurnaz nach Afghanistan gebracht, wo auch deutsche KSK-Soldaten zu seinen Folterern gehörten – bevor er schließlich nach Guantánamo überführt wurde.

Es ist ein Wunder, dass Kurnaz nicht wie zahllose andere unschuldige Opfer in Guantánamo einfach verschwunden ist. Die US-Herrscher boten sogar an, ihn gehen zu lassen. Wie wir vor einem Jahr im *Spartakist* (Nr. 162, Frühjahr 2006) schrieben:

„Der Spiegel hat nun berichtet, dass die US-Regierung 2002 der SPD/Grünen-Regierung anbot, Kurnaz auszuliefern, da er offenbar nur das Pech gehabt hatte, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein. Die Bundesregierung lehnte ab und wollte ihn nicht wieder nach Deutschland lassen. Sie ist damit direkt verantwortlich dafür, dass Kurnaz nunmehr vier weitere Jahre in der

Hölle von Guantánamo schmoren musste!“ („BKA/BND/VS: Voll im US-Folternetzwerk“)

Inzwischen wurde letztes Jahr enthüllt, dass die Zurückweisung des US-Angebots von den obersten Ebenen der SPD/Grünen-Regierung ausging und bereits 2002 diskutiert wurde – auf Sitzungen der so genannten „Präsidentenrunde“, der Chefs von VS, BND (Bundesnachrichtendienst), BKA (Bundeskriminalamt) u. a., unter der Führung des jetzigen SPD-Außenministers Steinmeier (damals Chef des Bundeskanzleramts in der Schröder-Regierung). Diese Runde war sich sehr bewusst über ihre Handlungen und deren mögliche Folgen. Dies geht aus einem VS-Bericht vom Oktober 2002 hervor, wo nachgefragt wird, ob die Regierung



Rheinischer Merkur

Murat Kurnaz

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Renate Müller,
Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod,
Catherine Thomas, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 166

FRÜHJAHR 2007

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02'31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

wirklich „dokumentieren möchte, dass alles versucht wurde, seine Rückkehr zu verhindern“. Selbst nachdem die eigenen Geheimdienste zu dem Schluss gekommen waren, dass Kurnaz „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ keine Verbindung zu Terroristen hat (Beurteilung der BND-Agenten nach einem Verhör im Oktober 2002 in Guantánamo), und selbst nachdem ein US-Richter zu demselben Schluss gekommen war und die Freilassung von Kurnaz zusammen mit anderen Guantánamo-Häftlingen im Januar 2005 anordnete – selbst dann versuchte die Regierung noch immer, ihm etwas anzuhängen oder seine Rückkehr nach Hause doch irgendwie zu verhindern. So bemerkt ein Memo des Auswärtigen Amts im Oktober 2005: Das Bundesinnenministerium und der VS „hoffen jetzt, von US-Seite weitere Informationen gegen K. zu bekommen, die den Verdacht der Unterstützung im internationalen Terrorismus erhärten“. Von Steinmeier selbst ist zu hören, dass er wieder so handeln würde.

So empörend, wie der Fall Kurnaz und der darin veranschaulichte ganz offizielle Regierungsrassismus sind, so sind sie doch keine isolierten Ausrutscher, sondern gerade beispielhaft für die tatsächliche Funktionsweise des „Kriegs gegen Terror“. Andere Fälle kennen wir bereits, wie zum Beispiel die Rolle von BKA/BND/VS bei den Entführungen von Khaled El-Masri und Mohammed Haydar Zammar, von denen letzterer *immer noch* in einem Foltergefängnis in Damaskus sitzt (siehe Artikel im *Spartakist* Nr. 162 für weitere Details). Wir haben immer hervorgehoben, dass der „Krieg gegen Terror“ überhaupt kein „Krieg“ ist, sondern ein politischer Vorwand für die drastische Ausweitung des repressiven bürgerlichen Staatsapparats. Von der blutigen imperialistischen Besetzung des Irak und Afghanistans zu den geheimen Gefängnissen und den Folterzellen Syriens und Ägyptens; vom polizeilichen Todesschussbefehl auf den Straßen Londons bis hin zu „Sonderurteilen“, unerlaubter Überwachung und „Terroristen-Überwachungslisten“ auf Flughäfen und an Grenzübergängen in ganz Nordamerika und an den Grenzen der rassistischen „Festung Europa“: Es ist eine riesige Maschinerie aufgebaut worden, deren Tentakel um die gesamte Welt reichen. Sie richtet sich zuerst gegen die verwundbareren muslimischen Minderheiten, in Deutschland die großen türkischen und kurdischen ethnischen Minderheiten, und stellt damit einen direkten Schlag gegen eine strategische Komponente des multiethnischen Proletariats dar. Um Immigranten und ethnische Minderheiten gegen rassistischen Staatsterror zu verteidigen, ist es dringend notwendig, die Arbeiterbewegung und die Linke zu mobilisieren, gegen die letztendlich der gestärkte bürgerliche Staatsapparat gerichtet ist. *Nieder mit dem Verbot der PKK, DHKP-C und anderer kurdischer und linker türkischer Organisationen! Nieder mit den Gesinnungsparagrafen 129 a/b!*

Obwohl Kurnaz in Bremen geboren wurde und sein ganzes Leben dort gelebt hat, ist er aufgrund des rassistischen Staatsbürgerschaftsrechts in diesem Land nicht als deutscher Staatsbürger anerkannt. Die bürgerliche Presse verbreitet blanken Rassismus, um die öffentliche Meinung gegen ihn zu mobilisieren und um von der Entrüstung gegen die Regierung abzulenken. Jahrelang wurde er durch alle führenden Nachrichtenmedien als der „Bremer Taliban“



KSK

Deutsche Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan, Teil von US-geführter imperialistischer Besetzung

verleumdet, so schäumt die Boulevard-Zeitung *Bild* in der Überschrift vom 23. Januar: „Warum ist eigentlich die deutsche Regierung für diesen Türken zuständig?“ Dies ist tatsächlich die Einstellung der bürgerlichen Minister, sie bauen auf solch pure rassistische Reaktion und nutzen sie aus, auch wenn Steinmeier und Schily von der SPD und ihresgleichen „raffiniertere“ Mittel wählen, um rassistische Hysterie aufzuwiegeln und dadurch ihre eigenen Hintern abzudecken. Daher überrascht es nicht, wenn auf dem Höhepunkt der öffentlichen Entrüstung über Steinmeier die liberale SPD-nahe *Frankfurter Rundschau (FR)* ihren Kumpeln in der Regierung eine helfende Hand reicht und Rufmord gegen Kurnaz auf der Titelseite begeht: „Ex-Guantánamo-Häftling soll Taliban-Einsatz in Afghanistan angekündigt haben“ (16. Februar). So plump und veraltet waren diese Lügen, direkt von dem stümperhaften Bremer VS übernommen, dass die *FR* später einen leisen Rückzieher versuchte, sobald ihr Artikel seinen Zweck erfüllt hatte. Um ihre Regierung abzustützen, versucht die Bourgeoisie auf diese Weise, deutsche Arbeiter mit Rassismus zu vergiften, damit gegen den Ausbau des staatlichen Repressionsapparats bloß kein Widerstand der organisierten Arbeiterklasse entsteht, die das eigentliche Hauptziel dieser Maschinerie ist.

Über diese seit über einem Jahr laufenden skandalösen Enthüllungen wird man von den meisten der reformistischen deutschen „Linken“ wenig hören. Der Grund dafür ist *politisch*: Nachdem sie ihren Beitrag geleistet hatten, die SPD an die Macht zu bringen, und während des Irakkriegs 2002/2003 mit ihrer Kampagne „Stopp Bush“ die Schröder/Fischer-Regierung politisch unterstützt und an sie appelliert hatten, war dies nun wirklich *ihre* Regierung, und die Verwicklung von Steinmeier, Schily und Co. in den Skandal ist für *sie* eine *Peinlichkeit*. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie klopfte damals Überstunden, um Unterstützung für ihre kapitalistische SPD/Grünen-Regierung zu mobilisieren, indem sie die Entrüstung über die imperialistischen Kriegspläne der Bush-Gang und weit verbreitete pazifistische Empfindungen zum Zwecke der Unterordnung der Arbeiterklasse unter ihre „eigenen“, deutschen Imperialisten ausbeuteten. Dies demobilisierte nicht nur die Gewerkschaften im Kampf gegen die

Fortgesetzt auf Seite 4

Murat Kurnaz...

Fortsetzung von Seite 3

wirtschaftlichen Angriffe gegen sie (Agenda 2010, Ausverkauf des IG-Metall-Streiks im Osten etc.), sondern gab der Regierung auch eine Abdeckung für den „Krieg gegen Terror“ und verschärfte rassistische Attacken gegen Immigranten und ethnische Minderheiten – was die Regierung selbstverständlich jedes Mal bis zum Limit ausnutzte. Zum Beispiel unterstützte eine DGB-Erklärung, die zu einer Antikriegsdemonstration am 15. Februar 2003 aufrief, die Regierung der Balkan-Schlächter Schröder und Fischer und bestätigte erneut: „Der DGB hält die internationale Allianz gegen den Terrorismus nach wie vor für unabdingbar.“ Diese Arbeiterverräter opferten die Interessen ihrer eigenen Mitglieder auf dem Altar der Klassenzusammenarbeit und wollten die deutschen Imperialisten und deren Regierung beraten, wie sie ihre Interessen besser vertreten könnten:

„Die weltweite Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und mit den Massenvernichtungspotentialen, insbesondere in Händen von Diktaturen, ist Sache der Völkergemeinschaft und nicht eines einzelnen Landes, auch wenn es sich um die derzeit einzige Supermacht handelt.“ („Für eine friedliche Lösung des Irakkonflikts – Nein zum Krieg gegen den Irak!“, Erklärung des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 29. Januar 2003)

Die verschärften Angriffe der Bourgeoisie auf ganzer Linie – rassistischer Terror, Aushöhlung demokratischer Rechte und der sozialen Errungenschaften der Arbeiter, sowie Verschlechterung von Arbeitsbedingungen – schreien nach einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung, um die Gewerkschaften in wirklich kämpfende Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse zu verwandeln, unabhängig von den Bossen. Ein Klassenkampf-Programm für die Gewerkschaften würde Mobilisierungen gegen rassistische Diskriminierungen, gegen Polizeirazzien und Abschiebungen beinhalten. Der Chauvinismus der Gewerkschaftsspitzen geht Hand in Hand mit ihren feigen klassenkollaborationistischen Ausverkäufen. Wir brauchen eine leninistische Avantgarde-Partei, die als Volkstribun auftritt, um in den Gewerkschaften gegen die prokapitalistischen Spitzen und für eine klassenkämpferische Führung zu kämpfen. Die pseudosozialistische „Linke“, die dem einen oder anderen

Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie hinterherläuft – insbesondere mittels der WASG –, ist ein Hindernis für die Schmiedung dieser Partei und dafür, die Arbeiter von der Klassenkollaboration zu brechen. Sie unterstützte denselben verabscheuungswürdigen Sozialchauvinismus über den Irakkrieg, zum Beispiel mit einer Erklärung zum volksfrontlerischen Europäischen Sozialforum, unterzeichnet von den internationalen Organisationen von Linksruck und Gruppe Arbeitermacht: „Wir fordern alle Staats- und Regierungschefs Europas auf: Sprechen Sie sich öffentlich gegen diesen Krieg aus, unabhängig davon, ob die UNO ihn am Ende billigt oder nicht! Fordern sie von George W. Bush, auf seine Kriegspläne zu verzichten“ (*Liberazione*, 13. September 2002).

Diese „Linken“ teilen dieselbe reformistische und bankrotte Perspektive, den kapitalistischen Staat unter Druck zu setzen, den Interessen der Arbeiter zu dienen, und verstärken stets bürgerlich-demokratische Illusionen, selbst in den seltenen Fällen, wo sie tatsächlich auf die rassistischen Angriffe der Regierung reagieren. Deswegen schließt die reformistisch-stalinistische MLPD einen Artikel in der *Roten Fahne* (2. März) über den Kurnaz-Fall mit dem Aufruf: „Der Rücktritt von Frank Walter Steinmeier mit seiner undemokratischen Gesinnung ist überfällig. Das wäre auch ein wichtiges Signal im Kampf um den Erhalt und die Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte.“ Was für eine nette Empfehlung für ein demokratisches Facelifting für diesen bürgerlichen Staat! Der Führer der russischen Bolschewiki W. I. Lenin erklärte, dass der Kern des Staates, mit seinen „besonderen Einheiten“ organisierter Gewalt – Polizei, Gerichte, stehende Armee und Gefängnisse – der Apparat einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen ist. Der Rücktritt eines bürgerlichen Ministers oder bürgerlich-demokratische Reformen können daran nichts fundamental ändern. Nur die revolutionäre Überwindung der Bourgeoisie und die Zerstörung ihrer Staatsmaschinerie kann es. Charakteristischerweise fördern sie in demselben Artikel den widerlichsten antikommunistischen Mist, indem sie sich beschwerten, dass es „weder unter dem Hitler-Faschismus noch durch den DDR-Staats Sicherheitsdienst Vergleichbares“ zu dem heutigen Umfang der Überwachung gab! Die DDR war, obwohl seit ihrer Gründung bürokratisch deformiert durch eine parasitäre, brüchige und widersprüchliche stalinistische herrschende Kaste, ein *deformierter*



Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Samstag, 28. April

Freiheit für Mumia Abu-Jamal –

Für Klassenkampfverteidigung gegen den bürgerlichen Staat

Freitag, 25. Mai

Imperialistische Weltordnung und die

Lüge vom „Tod des Kommunismus“

Freitag, 22. Juni

30 Jahre „deutscher Herbst“ –

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

Freitag, 13. Juli

Die proletarische Avantgardepartei –

Volkstribun aller Unterdrückten

18 Uhr, Bar *Aufsturz*, Klubraum, Oranienburger Straße 67,

S-Bhf. Oranienburger Straße

Lesematerial und Kontakt: (030) 4439400, spartakist@online.de

Arbeiterstaat, gebaut auf Grundlage der Niederschlagung des Nazi-Regimes und der anschließenden Enteignung der Bourgeoisie. Das ständige Wiederkäuen der „Anti-Stasi“/ Anti-DDR-Hetze durch die MLPD dient der Abdeckung des *Klassencharakters* des heutigen kapitalistischen Staates. So demonstrieren sie, wie sie trotz ihres endlosen Blablas über „das erwachende Klassenbewusstsein auf breiter Front“ tatsächlich Klassenbewusstsein *absenken* und der Bourgeoisie helfen, die Arbeiterklasse über die Heiligkeit des bürgerlichen Staates zu indoktrinieren. Um die Arbeiterklasse in einen kompromisslosen Kampf gerade *gegen* diesen Staat zu führen, ist eine revolutionäre Partei wie Lenins und Trotzki's Bolschewiki nötig. Dafür ist es notwendig, die Avantgarde der Arbeiterklasse von reformistischen Illusionen zu brechen. Wir Spartakisten kämpfen für die Schmiedung dieser Partei, um dem System ein Ende zu setzen, das so eine verabscheuungswürdige Missachtung für menschliches Leben zeigt, wie bei Murat Kurnaz und unzähligen weiteren Opfern des „Kriegs gegen Terror“.

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

Seit Monaten kochen in der bürgerlichen Presse Berichte, Lügen und Hetze über die ehemalige Rote Armee Fraktion (RAF) und die noch eingekerkerten Ex-Mitglieder der RAF. Diese wurden in den 70er- und 80er-Jahren nach Schauprozessen zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Sie wurden beschuldigt, Symbolfiguren des deutschen Imperialismus angegriffen zu haben, was in den Augen der Arbeiterklasse kein Verbrechen ist. Der wahre Terrorist ist dieser kapitalistische Staat, dessen Geschichte eine Geschichte blutiger Unterdrückung von Arbeitern und Immigranten ist, von Kriegen und Ausbeutung. Sein Vorgehen gegen die RAF ist ein weiteres Kapitel davon. Er trampelte auf den elementarsten demokratischen Rechten von RAF-Angeklagten herum, folterte sie mit Isolationshaft, legte schwarze Listen von linken Militanten an. 1974 schickte der Staat Holger Meins und 1976 Ulrike Meinhof – angeblich „Selbstmord durch Erhängen“ – in den Tod. Im Oktober 1977 starben Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe im Dunkel der Nacht bei einem angeblichen „geplanten Gruppenselbstmord“ mit Pistolen und Messern im rund um die Uhr videoüberwachten Hochsicherheitstrakt von Stammheim, in dem alle Zellen permanent durchsucht wurden. Die einzige Überlebende dieser Nacht, Irmgard Möller, erlitt lebensgefährliche Messerstichverletzungen, die sie sich angeblich selbst zugefügt haben soll. Sie selbst hat immer betont, dass sie in dieser Nacht von einem staatlichen Mordkommando überfallen wurde. 1993 wurde Wolfgang Grams Opfer des bürgerlichen Klassenterrors. Am Boden liegend, festgehalten von mehreren GSG-9-Bullen, wurde er öffentlich mit aufgesetzter Pistole hingerichtet. Insgesamt tötete der Staat bei seiner RAF-Hatz 26 Menschen. Wir haben die RAF-Gefangenen gegen den bürgerlichen Staat verteidigt. Wir fordern sofort und bedingungslos: **Freiheit für Christian Klar, Eva Haule und Birgit Hogefeld! Schluss mit der Hexenjagd gegen die Ex-RAF-Mitglieder!**

Auch heute lechzt die rechte bürgerliche Presse nach Blut. Die *B.Z.* titelte: „RAF-Terroristin läuft durch Berlin“, und beschrieb minutiös mit heimlich geschossenen Fotos Tagesablauf und Aufenthaltsorte von Eva Haule, die Freigängerin ist. *Bild* gab am 19. Februar bekannt, welchen Ort Brigitte Mohnhaupt, die am 25. März nach 24 Jahren Haft



Stuttgart, 1977: Beerdigung von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe. Tausende erweisen RAF-Führern letzte Ehre

entlassen wurde, bei ihren Freigängen gerne aufsuchte. Das ist bewusste Einladung zu mörderischen Anschlägen! Es erinnert an die Hetze der Springer-Presse, die dazu führte, dass Rudi Dutschke im April 1968 auf offener Straße von einem Nazi angeschossen und lebensgefährlich verletzt wurde.

Gegen den seit 24 Jahren eingekerkerten Christian Klar, dessen Entlassung nach bürgerlichem Gesetz 2009 ansteht und der vielleicht schon vorher durch ein „Gnadengesuch“ an Bundespräsident Köhler freikommen könnte, erreichte eine bösartige Medienkampagne ihren Höhepunkt, als ein Grußwort von Klar an die „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ der *jungen Welt* im Januar in Berlin aufgegriffen wurde. Dieses Grußwort sprach im Rahmen recht allgemeiner antikapitalistischer Formulierungen davon, „die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen“. CSU-Generalsekretär Söder geiferte darauf, Klar müsse „bis ans Ende seines Lebens hinter Schloss und Riegel bleiben“ (*Spiegel Online*, 26. Februar) – Reminiszenzen an Forderungen aus der CDU/CSU während des „deutschen Herbstes“ 1977, die Todesstrafe wieder einzuführen, sowie an damalige Überlegungen von Franz-Josef Strauß, inhaftierte RAF-Mitglieder als Geiseln zu erschießen. Diese Kampagne, dass jemand mit antikapitalistischen Positionen es verdiene, im Knast zu verrotten, ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung, die gesamte Linke, und muss zurückgeschlagen werden! Klar bemerkte zu Recht: „Niemand von diesen Meinungsblockwarten fand es [das Grußwort] interessant, bis eben genau einen Tag vor der Vollzugsplankonferenz in der JVA Bruchsal“ (*Tagesspiegel*, 3. März). Die Hafterleichterungen, über die dort entschieden werden sollte, wurden inzwischen abgesagt und Baden-Württembergs FDP-Justizminister Ulrich Goll ordnete ein erneutes

Fortgesetzt auf Seite 6



keine Bildnachweise

Birgit Hogefeld, Christian Klar und Eva Haule. Sofortige Freiheit, ohne Bedingungen!

RAF...

Fortsetzung von Seite 5

„psychiatrisches Gutachten“ über Klar an.

Mit am finstersten sind Artikel u. a. vom *Spiegel* (22. Januar), die versuchen, den RAF-Gefangenen „Antisemitismus“ zuzuschreiben. Dazu bringen sie als „Beweis“ die Entführung eines Air-France-Flugzeugs 1976 nach Entebbe in Uganda durch ein Kommando der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) unter Führung zweier Mitglieder der „Revolutionären Zellen“. Diese Entführung war ein nicht zu verteidigender Akt wahllosen Terrors, willkürlich gegen Menschen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft gerichtet. Es wurde *nie* eine Verbindung zwischen der RAF und den Entebbe-Entführern bewiesen und die RAF hat sich von dem Akt immer distanziert. Das hindert jedoch *Spiegel* und Co. nicht daran, im Dienste der BRD und ihres Krieges gegen die RAF und andere Linke, mit Dreck gegen die RAF-Gefangenen zu werfen: „Die Entführer nahmen eine Selektion der Juden im Stil der Gestapo vor; die nicht-jüdischen Passagiere wurden freigelassen.“ Die Gleichsetzung zwischen palästinensischen Nationalisten und dem Nazi-Regime, welches den industriellen Mord von 6 Millionen Juden organisierte, ist grotesk. Wie der scheinheilige und zynische Protest der israelischen Militaristen und ihrer westlichen imperialistischen Protektoren nach Entebbe dient dieser Vergleich der Weißwaschung des israelischen Staatsterrors gegen das palästinensische Volk. Heute überbieten sich die deutschen bürgerlichen Medien auf ekelregende Weise, Lobesreden auf Hanns Martin Schleyer zu halten!

Ihren Ursprung hatte die RAF, beginnend Mitte der 1960er-Jahre, gerade in ihrem berechtigten Hass auf die Bourgeoisie von Auschwitz und die alten Nazis wie Lübke, Kiesinger, Schleyer, Filbinger und viele andere, die in Schlüsselstellungen im neuen westdeutschen Staat, dem selbst erklärten Nachfolgestaat des Dritten Reichs, fest im Sessel saßen. Ebenso hasste sie den konterrevolutionären Kolonialkrieg der US-Imperialisten in Vietnam. Dabei standen die USA mit der BRD-Regierung in einer anti-sowjetischen Allianz und wurden daher auch im Vietnamkrieg von ihr unterstützt. Der Staat reagierte mit seinem ganzen Gewaltapparat, und nicht nur gegen die RAF. So ermordete der Polizist Kurras am Abend des 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Iran den Studenten Benno Ohnesorg mit einem Kopfschuss.

Wir machten von Anfang an klar, dass wir die RAF gegenüber dem Wüten der bürgerlichen Repression verteidigen. Aber ihr politisches Programm, ein Sammelsurium blanquistischer, populistischer und maostalinistischer Konzeptionen, basierend auf mangelndem Vertrauen in das revolutionäre Potenzial der Arbeiterklasse, war eine Sackgasse. So schrieben wir in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 20, dem Vorläufer des *Spartakist*, im Artikel „Schluss mit der ‚Terroristen‘-Hatz! Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd“ im November 1977:

„Statt das Proletariat zum militanten Kampf zur Verteidigung seiner Klasseninteressen anzuspornen, verurteilt die Politik des individuellen Terrors die Massen im günstigsten Fall zu passiver Beobachtung aus dem Abseits.

Wir erklären offen, dass die RAF nicht die historischen Interessen des Proletariats repräsentiert; dennoch leugnen wir nicht unser Gefühl der Solidarität mit ihrem Haß gegen den Imperialismus, der sie dazu treibt, blind draufloszuschlagen. Insoweit, wie sie an die Beseitigung der durch den Kapitalismus erzeugten sozialen Unterdrückung glauben, sind unsere Bestrebungen ähnlich. Aber die Aktionen der RAF liegen nicht auf dem Weg

zum Sozialismus und stehen im Gegensatz zur proletarischen Revolution.“

Im September 1977 entführte die RAF Hanns Martin Schleyer, Präsident der Unternehmerverbände und ehemaliger SS-Offizier, um die restlichen inhaftierten RAF-Mitglieder freizubekommen. Zuvor schon hatte es Attentate gegen Generalbundesanwalt Buback und den Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank Jürgen Ponto gegeben. Viele der drakonischen Gesetze, die heute gegen Arbeiter, Immigranten und Linke benutzt werden, haben hier ihren Ursprung. Die radikale Einschränkung der Rechte der RAF-Verteidiger, das Kontaktsperregesetz, die Legalisierung des Todesschusses, der Gesinnungsparagraph 129a – mit dem der Staat jeden linken Opponenten als „Unterstützer einer terroristischen Vereinigung“ denunzieren und verfolgen kann – und der Hochsicherheitsknast Stuttgart-Stammheim: alles eingeführt durch die damalige SPD/FDP-Regierung unter Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher. Der Ausbau des Repressionsapparates hatte den Zweck, die wirklichen Gegner des bürgerlichen Staates einzuschüchtern, das Proletariat und diejenigen, die es im Kampf gegen das kapitalistische System führen würden. „RAF-Sympathisanten“ war das Codewort, mit dem imperialistische Medien hysterisch gegen alle hetzten, die sich irgendwie gegen die Wut der staatlichen Maßnahmen wandten – auch Heinrich Böll zählte dazu.

Die bürgerliche Gesellschaft ist heute über die Frage der linken politischen Ex-RAF-Gefangenen polarisiert. Während Christdemokraten sie auf ewig wegsperren wollen, treten die Grünen wie Claudia Roth, Antje Vollmer und Christian Ströbele für die Freilassung von Klar ein. Auch Teile der SPD, der PDS sowie der FDP fordern, die „Normen des deutschen Rechtssystems einzuhalten“ und die ehemaligen RAF-Unterstützer fristgemäß zu entlassen, da von ihnen „keine Gefahr mehr ausgehe“. Angesichts der Zerstörung der Sowjetunion und des angeblichen „Tod des Kommunismus“ denken sie, man solle nun das Kapitel RAF abschließen, und strecken ihre Hand aus für die Integration auch dieser 68er-Linken ins System. Dem „demokratischen“ Image des deutschen Imperialismus, das sie aufbauen wollen, ist es nicht zuträglich, mit Schaum vor dem Mund herumzulaufen und der Welt die Rachegeleüste der deutschen Bourgeoisie gegen die RAF und alle, die sie als Bedrohung ihrer Herrschaft ansehen, zu verkünden. Es zeigt sich aber ganz klar an der ehemaligen SPD/Grünen-Regierung, wie das Gerede von „Demokratie“ und „Menschenrecht“ keinem anderen Zweck dient, als das blutige System von rassistischer kapitalistischer Unterdrückung zu kaschieren. Vom imperialistischen Krieg gegen Serbien 1999 bis zur Entführung und Folter im „Krieg gegen den Terror“ (siehe Kurnaz-Artikel, Seite 2) – diese Regierung von „Alt-68ern“ wie Fischer und Schily hat dem deutschen Imperialismus treu gedient.

Die „linke Opposition“ von Linkspartei/WASG ist letztendlich genauso bemüht, die Integrität des repressiven bürgerlichen Staatsapparats zu bewahren. Dafür, dass er – anders als viele PDS/WASG-Spitzen – nicht die Grußadresse von Klar an die „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ denunziert, erntete Oskar Lafontaine tobenden Beifall von der *jungen Welt* (19. März): „Chef der Linksfraktion verteidigt Kapitalismuskritik aus dem Knast.“ Gleichzeitig erklärte er im Interview mit dem Lifestyle-Magazin *Vanity Fair*: „Wir verurteilen jeden Terror: ob er von der früheren RAF ausgeübt wurde oder heute von Bush und Blair im Irak“ (Website der Linksfraktion, 15. März). Damit setzt er die linke RAF, deren Anschläge sich gegen Symbole des Imperialismus richteten, mit dem kolonialen Massenterror der Imperialisten gleich. So will er das Ansehen des deutschen Imperialismus aufpolieren, den er als vernünftiger und demokratischer als die USA darstellt. Und was den Terror gegen die irakische



Spartakist

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkiistischen Liga Deutschlands
Nr. 20 November 1977 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Schluß mit der „Terroristen“-Hatz! Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd

Der folgende Artikel zu den Mordtaten der RAF und der Herenjagd in der Bundesrepublik, abgedruckt mit dem Namen eines

ME ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKISTA

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 105 JULI/AUGUST 1993 50 Pfennig

GSG-9-Todesschwadronen killen Wolfgang Grams Nieder mit staatlichem Terror gegen Linke und Immigranten!

Am Sonntag, 27. Juni, war Bad Kleinen Schauplatz eines blutigen GSG-9-Massakers der Herrschen des Vierten Reichs. Über fünfzig Hooligans von GSG 9, Grenzschutz und PKA Einsatzkommandos jagten auf dem öffentlichen Bahnhof der Kleinstadt zwei Linke und ermordeten den bereits am Boden

Jungen überfiel. Mit wüsten Meldungen über die Anzahl der Bulen, Waffen und Geschosse bis zur Verzerrung von Fakten, „Selbstmord im Tunnel“ mit einer zwei Meter entfernten legenden Waffe spielte sich Polizeireisende Staatsanwaltschaft und Regierung gegenseitig die Blöße zu. Klar ist, daß auf dem Bahnhof eine zwei- und schiefbewehrte Truppe im Einsatz war, wo wahrscheinlich sogar die GSG-9-Schleife durch ihre eigenen Köpfe umgehungen ist. Beim Aufbruch in den Medien und beim Austausch von Innenminister und Innenministerwahl geht es nur um den diebstahlischen Abbruch illegaler Aktionen, die durch die

Freiheit für die RAF!

legenden RAF-Unterstützer Wolfgang Grams mit einem ausgelegten Kopfschuß. Seine Grossmutter und Freundin Birgit

Oben: Zeitungen der SpAD (1993) und ihres Vorläufers, der TLD (1977). Spartacist-Tendenz trat immer ein für Verteidigung von RAF und anderen Linken. Links: LLL-Demonstration am 14. Januar in Berlin

Zivilbevölkerung angeht, so ist Lafontaine einer der größten Befürworter der UNO, deren zehnjährige Hungerblockade gegen den Irak 1,5 Millionen Iraker, vor allem Alte und Kinder, das Leben kostete und die das Land sturmreif für die US-Imperialisten machte.

Besonders unappetitlich sind selbsternannte Linke, die gegenüber der RAF vom Standpunkt des Staates aus argumentieren. Die Sozialistische Alternative (SAV) fragt auf ihrer Website: „RAF: Vorzeitige Freilassung von Mohnhaupt und Klar? [Fragezeichen im Original] Noch nicht genug der Rache?“ Nach einigem Suchen findet man schließlich, dass sie für die Freilassung der Inhaftierten sind – mit der Begründung: „Christian Klar wird keine weiteren Straftaten mehr begehen, die RAF gibt es – faktisch seit Anfang der 90er, offiziell seit 1998 – nicht mehr... Die Linke muss eindeutig Stellung beziehen: Mohnhaupt und Klar, aber auch Eva Haule und Birgit Hogefeld müssen freigelassen werden, sie müssen die Chance haben zu leben, mit anderen Menschen zu reden. Wenn Christian Klar weiter im Knast schmoren müsste, wäre das ein Angriff auf rechtsstaatliche Prinzipien und auf die demokratischen Rechte aller.“ Nach dieser Logik war es also richtig, sie damals, als sie für „bewaffneten Kampf“ standen, einzukerkern! Ihre Berufung auf „rechtsstaatliche Prinzipien“ bringt ihre grundlegende sozialdemokratische Unterstützung dieses kapitalistischen Staates zum Ausdruck, mit dem sie damals im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas eine Seite bezogen.

Wir Spartakisten *verteidigen* die RAF und andere Linke *gegen den bürgerlichen Staat* und argumentieren *auf dieser Basis* politisch gegen sie, um die besten der Linken für eine revolutionäre proletarische Perspektive zu gewinnen. Die SAV dagegen benutzt ihre politische Ablehnung des individuellen Terrors – zu Gunsten ihrer reformistischen Perspektive der „Umverteilung“ und der Unterstützung der Polizei, „gewerkschaft“ GdP – dazu, ihre Weigerung zu begründen, linke politische Gefangene aus Prinzip gegen den bürgerlichen Staat zu verteidigen. Die marxistische Position, dass der bürgerliche Staat mit seinen „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ einzig zu dem Zweck be-

steht, das kapitalistische Ausbeutungssystem zu verteidigen, dass Polizisten Schläger und Streikbrecher des Kapitals sind, die in der Gewerkschaft nichts verloren haben – diese revolutionäre Position ist der SAV grundlegend fremd. Kein Wunder, ihre Vorläufer um die Zeitung *Voran* steckten tief in der SPD, und selbst das Wüten des bürgerlichen Staates im „deutschen Herbst“ war für sie keinerlei Anlass, auszutreten. Im Gegenteil, die Jusos (in denen die *Voran*-Leute hauptsächlich saßen) sagten: „Terroristischen Aktionen kann und muß mit rechtsstaatlichen Methoden begegnet werden. Jedes Abgehen vom rechtsstaatlichen Weg entspricht gerade dem Kalkül der Terroristen, deren zentrales Ziel es ja ist, den Rechtsstaat als bloße Illusion darzustellen“ (*Frankfurter Rundschau*, 16. September 1977).

Die IKL kämpfte 1989/90 gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, für ein rotes Rätedeutschland. Als nach der Konterrevolution in der DDR Anfang 1990 zehn ehemalige Mitglieder der RAF, darunter Susanne Albrecht und Inge Viett, in verschiedenen Städten der DDR verhaftet wurden, wo sie seit Jahren ein normales Leben geführt hatten, übernahm die SPD die Führungsrolle in einer Hetzkampagne gegen „RAF-Stasi-Verbindungen“, die das Ziel hatte, die DDR als einen kriminellen Staat zu brandmarken, der „den Terroristen“ Unterschlupf gewährt habe. Besonders die SPD-nahen Zeitungen *Der Spiegel* und *Die Zeit* (damaliger Herausgeber: Helmut Schmidt) hetzten gegen den „Terroristen-Hort“ (siehe dazu z. B.: „Schluss mit Hexenjagd gegen Ex-RAF!“, *Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990). Und immer noch kuschelte sich die SAV in den Bauch ihrer Mutterpartei SPD, die sie erst Anfang der 90er-Jahre gegen die PDS austauschte.

Im Gegensatz zu den staatstragenden Erläuterungen der SAV und diverser anderer linker Gruppen ist die Aktion der Belegschaft/des Betriebsrats des Berliner Ensembles, unterstützt von dessen Intendanten Claus Peymann, Klars Freilassung zu fordern und ihm eine Praktikantenstelle als Bühnentechniker anzubieten, ein anständiger Akt der Solidarität. Nötig ist aber, dass die gesamte organisierte Arbeiterbewegung die Forderung nach sofortiger Freilassung der noch inhaftierten Ex-RAF-Mitglieder und aller linken politischen Gefangenen aufgreift und dafür eintritt. ■

Mexiko: Tortilla-Preiserhöhung liefert Arme dem Hunger aus

An die 100 000 Menschen demonstrierten am 31. Januar in Mexiko-Stadt, um gegen massive Preiserhöhungen bei Tortillas zu protestieren, dem Hauptnahrungsmittel in Mexiko. Während nahezu die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung bereits in Armut lebt – allein 20 Prozent haben nicht genügend zu essen –, droht durch die plötzliche scharfe Preiserhöhung bei Tortillas, wie auch bei Milch, Eiern und anderen Lebensmitteln, weitverbreiteter Hunger. Eine Hauptursache für die Verarmung der mexikanischen Massen war die Verhängung des „Freihandels“-Abkommens NAFTA 1994, das wir schon immer als die „Freihandels“-Vergewaltigung Mexikos durch den US-Imperialismus angeprangert haben. Ange-

spornet durch NAFTA waren die Monopolisierung und Manipulation der Mais- und Tortillamärkte durch das mexikanische Unternehmen Gruma/Maseca und die US-Agrarindustriegiganten Cargill und Archer-Daniels-Midlands (welches Teilhaber an Gruma/Maseca ist) ein unmittelbarer Grund für den jüngsten scharfen Anstieg der Tortillapreise.

Die Demonstration, zu der die Unión Nacional de Trabajadores (UNT – Nationale Gewerkschaft der Arbeiter) aufgerufen hatte und an der Arbeiter- und Bauernorganisationen teilnahmen, spiegelte massive Wut der Bevölkerung auf die neue Regierung von Felipe Calderón – eines unverhohlenen Lakaien des US-Imperialismus – und seine rechtsgerichtete Partei der Nationalen Aktion (PAN) wider. Gegen das Zusammenspiel der Regierung mit US- und mexikanischen Agrarindustriemonopolen war auf vielen Plakaten zu lesen: „Wir wollen nicht PAN [was auch Brot bedeutet], wir wollen Tortilla“ und „Ohne Mais keine Heimat“. Der Protest forderte auch eine Not-Anhebung der Löhne und widersetzte sich der drohenden Privatisierung von Öl- und Elektrizitätsgesellschaften. Die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter SME stellte fast ein Drittel der Demonstrationsteilnehmer. Viele Demonstranten trugen Bilder von Andrés Manuel López Obrador (AMLO), dem Führer der links-bürgerlich-nationalistischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD), der auf einer separaten Kundgebung nach der ursprünglichen Demonstration sprach.

Die mexikanische Gesellschaft gerät zunehmend aus den Fugen. Seit Calderón am 1. Dezember an die Macht kam, hat er die Rolle des starken Mannes angenommen, der gelobt, die Ordnung wiederherzustellen nach einem Jahr stürmischer Klassen- und sozialer Kämpfe: Berg- und



31. Januar: An die 100 000 Menschen protestierten in Mexiko-Stadt gegen gewaltige Preissteigerungen bei Tortillas

Nieder mit NAFTA! Enteignet die Maisbarone! Für sozialistische Revolution in ganz Amerika!

Stahlarbeiterstreiks; Zusammenstöße zwischen Bauern und der Polizei im Dorf Atenco; ein Aufstand in Oaxaca, in dessen Mittelpunkt die von einem Lehrerstreik initiierte APPO (Volksversammlung der Völker Oaxacas) stand; Massenproteste gegen Wahlfälschung bei den Präsidentschaftswahlen im letzten Sommer, bei denen Calderón zum Sieger über López Obrador erklärt worden war.

Calderón erklärte, „wir werden niemanden tolerieren, der sich der Autorität des Staates widersetzt“. Er warnte, dass dies „Menschenleben kosten“ werde, und legte Wert darauf, in Militäruniform aufzutreten – als erster mexikanischer Präsident seit über 60 Jahren. Er trat sein Amt an, als Bundestruppen und Polizei die APPO und ihre Unterstützer brutal durch Verhaftungen, Prügel, Folter und „Verschwindenlassen“ zerschlugen. In einer Zurschaustellung von Gewalt zur Einschüchterung der gesamten Bevölkerung schickte Calderón 27 000 Soldaten in ganz Mexiko zu „Anti-Drogen-Kriegs“-Einsätzen und bekam von der Bush-Regierung und der amerikanischen bürgerlichen Presse hohes Lob, weil er 15 „Drogenkriegs“-Häftlinge an die USA auslieferte, eine seltene Tat für eine mexikanische Regierung.

Mexikos imperialistische Oberherren drängen das Regime auf unmissverständliche Weise zu einem harten Durchgreifen gegen die Arbeiter und die Armen. Das *Wall Street Journal* (6. Dezember 2006) preist Calderón als den „neuen Sheriff in der Stadt“, und eine Extraausgabe des britischen *Economist* (18. November 2006) zu Mexiko beklagt, dass sein Vorgänger, Vicente Fox von der PAN, „davor zurückschreckte, dem Gesetz Geltung zu verschaffen, wo es durch Proteste verletzt wurde“.

Bei ihrem Ruf nach mehr blutiger Repression haben es die Imperialisten vor allem auf Mexikos verstaatlichte Öl- und Elektrizitätsindustrie abgesehen, mit deren Privatisierung das Calderón-Regime zu beginnen drohte. Der *Economist* drängte zu diesem Kurs auch als „einer besseren Methode des Umgangs mit den übermächtigen Gewerkschaften“ in diesen Industrien. Versuche, die Öl- und Elektrizitätsindustrie zu privatisieren, könnten eine allge-

Immigranten! Keine Abschiebungen!

Angesichts einer drohenden sozialen Explosion in Mexiko besteht die Rolle von López Obrador und der PRD darin, die Wut der Arbeiter und Armen innerhalb der Grenzen des bürgerlichen Populismus zu halten. Viele Linke setzen auf die „unabhängigen“ Gewerkschaften wie die UNT und die SME, doch tatsächlich sind die Führungen dieser Gewerkschaften politisch mit der PRD verbunden, während andere,



Reuters



Corbis

Frauen wiegen Tortillas in mexikanischem Laden. Slum in Mexiko-Stadt. Preissteigerung bedroht Arme mit Hunger

meinere soziale Explosion auslösen. Die Verstaatlichung US-amerikanischer und britischer Ölgesellschaften durch das Regime von Lázaro Cárdenas 1938 war eine wichtige Verteidigungsmaßnahme des halbkolonialen Mexikos gegen die räuberischen Imperialisten und muss von der Arbeiterklasse verteidigt werden – in Mexiko und international.

In den USA, dem mächtigsten und gefährlichsten der imperialistischen Länder, hat das Proletariat eine besondere Pflicht, den Plünderungen „seiner eigenen“ Bourgeoisie Einhalt zu gebieten. NAFTA hat zur Verwüstung der ländlichen Gegenden Mexikos geführt, was Millionen von Bauern in die Städte trieb und zu einem rasanten Anstieg der städtischen Armut wie auch einer Massenauswanderung in die USA führte. An die 10 Prozent der mexikanischen Bevölkerung leben jetzt in den USA, und das Geld, das sie nach Hause schicken, ist Mexikos zweitgrößte Devisenquelle.

Als NAFTA Anfang der 90er-Jahre erstmals vorgeschlagen wurde, prangerte die AFL-CIO-Bürokratie es vom Standpunkt des chauvinistischen Protektionismus an und schimpfte auf Mexikaner, die „amerikanische Arbeitsplätze klauen“. Im Gegensatz dazu gab die Spartacist League/U.S. eine gemeinsame Erklärung mit unseren mexikanischen und kanadischen Genossen heraus, in der erklärt wurde: „Es bedarf dringend einer *internationalistischen* proletarischen Opposition, die für die Arbeiterklasse und die verarmten Bauern Mexikos gegen den imperialistischen Angriff Partei ergreift. Die kanadische, US-amerikanische und mexikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga sind dem Aufbau einer revolutionären Avantgarde verpflichtet, die die werktätigen Massen des Kontinents in gemeinsamem Klassenkampf vereinen kann“ (*Workers Vanguard* Nr. 530, 5. Juli 1991). Die Kämpfe für Arbeiterrevolutionen in Mexiko und den USA sind eng miteinander verwoben, auch vermittelt durch die Millionen mexikanischen Immigranten, die ein wichtiger Bestandteil des US-Proletariats sind. Wir fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle

wie der Gewerkschaftsverband Kongress der Arbeit, traditionell mit der früher herrschenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) verbunden sind. Die Forderungen der Demonstration vom 31. Januar, niedergelegt in einer neun Punkte beinhaltenden „Erklärung des Zócalo“ spiegeln das populistische Programm der PRD wider. Während sie Preisgrenzen, dringend notwendige Lohnerhöhungen und eine Regierungspolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen forderte, rief die Erklärung zur „Reform“, nicht zur Beendigung, von NAFTA auf und sprach sich für eine „große nationale Einigung“ und „soziale Einheit“ aus – d. h. für die falsche „Einheit“ der Ausgebeuteten und Unterdrückten mit der mexikanischen Bourgeoisie. Auf ähnliche Weise erhob eine Konferenz des „nationalen Dialogs“, die von der SME vom 3. bis 5. Februar abgehalten wurde, die klassenversöhnlerische Forderung nach einem „nationalen politischen Pakt“ zur Bekämpfung von Kahl-schlagpolitik und Privatisierungen.

Im Gegensatz zum Rest der mexikanischen Linken, der sich mehr oder weniger im Rahmen des populistischen Nationalismus bewegt, kämpft die Grupo Espartaquista de México (GEM) für die Klassenunabhängigkeit des Proletariats gegenüber allen Parteien des Klassenfeindes – PAN, PRI und PRD. Wie die GEM und die SL/U.S. letztes Jahr in einer gemeinsamen Erklärung schrieben („Full Citizenship Rights for All Immigrants!“ [Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!], *WV* Nr. 867, 31. März 2006):

„Die Entsprechung zum nationalistischen Mythos ‚Wir sind alle Mexikaner‘ ist die Auffassung, dass es in den USA keinen Klassenkampf gibt. Der Streik größtenteils schwarzer und eingewandter Nahverkehrsarbeiter im Dezember in New York, der das Weltzentrum des Finanzkapitals lahmlegte, widerlegt diese Vorstellung. Die multirassische Arbeiterklasse der USA ist der potentiell mächtigste Verbündete der mexikanischen Arbeiter. Die SL/U.S. und die GEM sind der Schmiedung revolu-

Fortgesetzt auf Seite 10

Mexiko: Tortilla-Preiserhöhung...

Fortsetzung von Seite 9

tionärer Arbeiterparteien auf beiden Seiten der Grenze verpflichtet, als Teil des Kampfes zur Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution.“

Wir drucken im Folgenden ein Flugblatt unserer Genossen der GEM vom 27. Januar ab, das auf der Demonstration in Mexiko-Stadt verteilt wurde.

ESPARTACO

„Dabei genügt ein ganz klein wenig Aufmerksamkeit und Nachdenken, um sich davon zu überzeugen, daß Mittel zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers vorhanden sind, daß die Kampfmaßnahmen völlig klar und einfach, voll durchführbar, den Volkskräften durchaus angemessen sind und daß diese Maßnahmen *nur* deshalb, *ausschließlich* deshalb *nicht* getroffen werden, weil ihre Verwirklichung die unerhörten Profite eines kleinen Häufleins von Gutsbesitzern und Kapitalisten beeinträchtigen würde.“ (W.I. Lenin, *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll*, 1917)

Die Taschen der Kapitalisten werden fetter im selben Verhältnis, wie die Armen dünner werden. Angesichts einer unberechenbaren Situation im Lande, mit beherzten Kämpfen zur Verteidigung der grundlegenden Rechte der Bevölkerung und einem Jahrzehnt der Privatisierungen und der Verwüstung der ländlichen Gegenden unter NAFTA, wollen jetzt die blutsaugerischen Maisbarone im Zusammenspiel mit der rechtsgerichteten Regierung von Felipe Calderón den Armen auch noch die Tortillas nehmen. Zum Luxusartikel geworden, werden Tortillas jetzt für ganze 30 Pesos [ca. 2 Euro] das Kilo verkauft (eine Preiserhöhung von 400 Prozent!). Diese Krise ist die Folge raffgieriger Spekulation von Großindustriellen wie der US-Gesellschaft Cargill und dem mexikanischen Monopol Maseca. Während der jämmerliche Mindestlohn um gerade mal 3,9 Prozent stieg, traf Calderón in einer empörenden Zurschaustellung von Ironie mit diesen Gesellschaften ein Abkommen zur „Preisbegrenzung“ (welches kaum beachtet wird) auf 8,5 Pesos [0,58 Euro] pro Kilo – eine 40-prozentige Erhöhung! Calderón und seine Mischpoke liefern die Arbeiter, Bauern und städtischen Armen dem Hunger aus.

Um gegen diese Krise zu kämpfen, müssen Arbeiter und Bauern die Kontrolle über die Nahrungsmittel übernehmen, die die Kapitalisten haben. Enteignet die Maisbarone ohne Entschädigung! Für Arbeiterstreiks, die Subventionierung

von Tortillas fordern, damit jeder sie sich leisten kann! Für Nahrungsmittelverteilung an alle unter Kontrolle der Gewerkschaften und Organisationen der armen Bauern und der städtischen Armen! Der einzige Weg, mit dem Hunger Schluss zu machen, ist die Enteignung der Produktionsmittel der Kapitalisten durch eine proletarische Revolution und deren internationale Ausweitung. Der Kapitalismus ist ein System, das auf der Ausbeutung von Arbeitskraft basiert, um für das Kapital Profite abzuwerfen. Spekulation, Wirtschaftskrisen, Elend und Unterdrückung gehören zum Wesen dieses Systems und wirken sich in halbkolonialen Ländern wie Mexiko noch katastrophaler aus, egal welche Partei der Bosse gerade herrscht – die PAN, die PRI oder die PRD. Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden, damit er den Interessen der Arbeiter und Unterdrückten dient; er muss gestürzt werden.

Die UNT, die CROC [Pro-PRI-Gewerkschaft], die SME und ihre Mexikanische Gewerkschaftsfront und der Kongress der Arbeit (CT) hatten angekündigt, sie würden am 31. Januar alle zusammen gegen die Tortillapreiserhöhung und für eine Not-Anhebung des Mindestlohns marschieren, und riefen die CTM [mit der PRI verbundene Arbeiterkonföderation Mexikos] auf, sich ihnen anzuschließen. Die von der PRI dominierte CT sprang ab, als erklärt wurde, López Obrador würde den Marsch anführen, und die CTM wandte ein, Calderón sollte „etwas Zeit gegeben“ werden, um zu sehen, ob seine Maßnahmen „wirken“! Die Führungen der fälschlicherweise „unabhängig“ genannten Gewerkschaften, wie auch die der PRI-Gewerkschaften, sind in Wirklichkeit *Irreführer* der Arbeiterklasse, die sich dem einen oder anderen Flügel der Bourgeoisie unterordnen. **Für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse! Für Streikaktionen gegen Repression und die Hungeroffensive!**

Unter dem Vorwand, die Krise zu „lindern“, hat Calderón grünes Licht für den Import tausender Tonnen von US-Mais gegeben und so die explosivste Bestimmung von NAFTA zur Anwendung gebracht, die im Januar 2008 in Kraft treten sollte. Gleichzeitig sondiert Calderón im Dienste seiner imperialistischen Herren das Terrain, um zu einer völligen Privatisierung strategisch wichtiger nationaler Industrien überzugehen. Nieder mit der Privatisierung der Öl- und Elektrizitätsindustrie!

Angesichts der Rückständigkeit der ländlichen Gegenden Mexikos und der Unmöglichkeit für die Bauern, mit der riesigen US-Agrarindustrie zu konkurrieren, hat NAFTA die schlimmste landwirtschaftliche Krise bewirkt. Millionen von Bauern sind dem Elend ausgeliefert worden, während weitere Millionen in den USA oder in den großen Städten Mexikos zu überleben versuchen, wo sie sich der großen Armee anschließen, die die „Schattenwirtschaft“ ausmacht. Die große Zahl mexikanischer Arbeiter auf der anderen Seite der Grenze dient als menschliche Brücke, um die multirassistische US-Arbeiterklasse, die mit ihnen die gleichen historischen Interessen teilt, zur Teilnahme am Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren. **Nieder mit NAFTA, Vertrag zur imperialistischen Vergewaltigung Mexikos! Für sozialistische Revolution in ganz Amerika!**

Mexiko hat eine Reihe erschütternder sozialer Kämpfe erlebt, die das Ausmaß der Instabilität des bürgerlichen Regimes erkennen lassen. Letztes Jahr gab die Industriearbeiterklasse einen Vorgeschmack ihrer Macht: Der kämpferische Streik der Berg- und Stahlarbeitergewerkschaft in Lázaro Cárdenas – der wichtigste Ausbruch von Klassenkampf im Lande seit vielen Jahren – zwang die Bosse in die Knie und verpasste dem bürgerlichen Staat ein blaues Auge. Millionen marschierten in den Jahren 2005 und 2006 zur Verteidigung ihres Wahlrechts und zur Unterstützung des bürgerlichen Populisten López Obrador. Es gab auch beherzte Kämpfe der verarmten städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie, wie in Oaxaca und

ESPARTACO
 PUBLICACION DEL GRUPO ESPARTACISTA DE MEXICO
 NUMERO 28 SEPTIEMBRE DE 2008 MEXICO 10.00

Amenaza de represion masiva ante repudio a dudosa victoria electoral del PAN

Los ataques del PAN contra los obreros y oprimidos y la lucha por la revolucion socialista

¡Romper con AMLD y el PRD burgueses! ¡Forjar un partido obrero revolucionario internacionalista!

Los obreros de Lázaro Cárdenas 18
 Los obreros de la industria petrolera 19
 Los obreros de la industria textil 20
 Los obreros de la industria del acero 21
 Los obreros de la industria del caucho 22
 Los obreros de la industria del azúcar 23
 Los obreros de la industria del algodón 24

Aboniere jetzt!

Espartaco

Zeitung der
 Grupo Espartaquista
 de México

4 Ausgaben inkl.
 Spartacist (spanische
 Ausgabe)

Luftpost € 4,-

Zu beziehen über die
 Verlagsanschrift

Atenco. Im Gefolge der brutalen Zerschlagung der APPO könnte der „Tortillazo“ leicht der Funke sein, der massenhafte Arbeiterkämpfe entfacht.

Sich der massiven Unzufriedenheit mit seiner betrügerischen Regierung und des explosiven Charakters seiner rechtsgerichteten Maßnahmen bewusst, hat Calderón ungewöhnlich heftige Repression entfesselt. Er verstärkte alle Polizei- und militärischen Kräfte außerordentlich und startete massive Operationen, die vom [südlichen] Staat Guerrero bis Chihuahua [im Norden] Terror verbreiten, womit er vor allem Guerillaorganisationen wie die EPR [Revolutionäre Volksarmee] im Visier hat. Mit Sicherheit hat es Calderón auf Chiapas und die EZLN [Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung] abgesehen. Am 22. Januar verhängte Calderón einen neuen regelrechten Belagerungszustand über den Zócalo im Zentrum von Mexiko-Stadt und mobilisierte an die 4000 Polizisten, um seine Rede über „Sicherheit“ gegen Demonstranten zu schützen und PRD-Unterstützer anzugreifen. *Freiheit für alle inhaftierten APPO- und Atenco-Aktivisten! Weg mit allen Anklagen!*

Wir Spartakisten lassen uns von der Perspektive der permanenten Revolution leiten, die von Trotzki formuliert und durch die Oktoberrevolution 1917 bestätigt wurde. Die Arbeiterklasse hat als einzige die Macht, den Zusammenhalt und das Klasseninteresse, sich an die Spitze aller Unterdrückten – Bauern und eingeborene Bevölkerung, die städtischen Armen, Frauen, Schwule – zu stellen, gegen dieses unmenschliche System von Ausbeutung und Unterdrückung. Tatsächlich kann nur eine proletarische Revolution – die den Kapitalismus und seinen Staat zerstört und durch einen Arbeiterstaat auf der Grundlage kollektiven Eigentums der Produktionsmittel ersetzt – die Grundlage für die Beseitigung des Elends schaffen und dabei die Bauern aus ihrer angestammten Rückständigkeit reißen und elementare demokratische Rechte, wie Bildung für alle und kostenlose Abtreibung auf Wunsch, erreichen. Nur eine proletarische Revolution, die für ihre Ausweitung nördlich des Río Bravo kämpft, kann eine echte nationale Emanzipation von den US-Imperialisten erwirken. Nur eine sozialistische Revolution kann politische Rechte für die Ausgebeuteten und Unterdrückten sicherstellen, durch Sowjetdemokratie, in der *sie* durch die Sowjets, oder Räte, der Arbeiter und armen Bauern die Geschicke des Landes lenken.

Die Arbeiter brauchen ihre eigene Klassenpartei – eine revolutionäre internationalistische Führung wie Lenins und Trozki's Bolschewiki –, um durch sozialistische Revolution um die Macht zu kämpfen. Ein grundlegender Bestandteil des Kampfes für eine revolutionäre Arbeiterpartei ist die Bekämpfung der Ideologie des bürgerlichen Nationalismus, die die Arbeiterklasse durchdringt und vor allem von der PRD propagiert wird. Der bürgerliche Nationalismus behauptet, die grundlegende Klassenspaltung in der Gesellschaft zu überwinden, indem er die erlogene „nationale Einheit“ aller Mexikaner propagiert und das aufrichtige Verlangen der Massen nach nationaler Emanzipation von den Imperialisten in Unterstützung für deren Lakaien, die mexikanische Bourgeoisie, ablenkt. Der Raubgier der Imperialisten und den Lügen der mexikanischen Bourgeoisie setzen revolutionäre Marxisten proletarischen Internationalismus entgegen. Wir kämpfen für eine internationale Arbeitsteilung und eine internationale geplante Wirtschaft unter der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Um einen erfolgreichen Kampf gegen die ständigen rechtsgerichteten Angriffe zu führen, ist es notwendig, die weit verbreiteten Illusionen in die PRD zu zerstören. Die PRD ist eine Partei des Kapitals, deren Differenzen mit der PAN sich im Grunde darum drehen, wie die kapitalistische Ausbeutung verwaltet werden soll. Nach alter Art der PRI versucht die PRD die ungeheure Unzufriedenheit zu ent-



Domínguez/La Jornada

Drogenrazzia in Mexiko-Stadt im Januar, Teil einer massiven Polizei-/Militärmobilisierung der rechtsgerichteten Calderón-Regierung

schärfen und durch Zugeständnisse an die Arbeiter und Armen innerhalb des Rahmens bürgerlicher Politik zu halten. Die PRD ist unfähig, mit den Imperialisten zu brechen, an die sie wie der Rest der mexikanischen Bourgeoisie mit tausend Fäden gebunden ist.

Tatsächlich spricht sich die PRD nicht einmal gegen NAFTA aus, sondern will es einfach „neu verhandeln“. Die PRD will die fortgesetzte Unterordnung Mexikos unter die Imperialisten neu verhandeln und ihr so ein „würdiges“ und „demokratischeres“ Erscheinungsbild verleihen. Das Wesen der PRD kann man auch an ihren Taten ablesen. Von der PRD geleitete Polizeikräfte, zusammen mit Polizeikräften unter Leitung der PAN und/oder der PRI, griffen 1999/2000 streikende UNAM-Studenten an (und brachen schließlich deren Streik), desgleichen Arbeiter in Lázaro Cárdenas, Bauern in Atenco und viele, viele andere. Vertrauen auf die Bourgeoisie kann nur zu Niederlagen führen. *Brecht mit AMLO und der bürgerlichen PRD!*

Wir Spartakisten kämpfen gegen die Politik der Kapitalisten, die versucht, auf die Arbeiter die volle Last der Krise abzuwälzen, die nicht durch materiellen Mangel, sondern durch kapitalistische Gier und Ausbeutung verursacht wurde. Öffnet die Geschäftsbücher! Weg mit Geschäftsgeheimnissen! Die Arbeiterklasse sollte für ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten und eine gleitende Skala der Arbeitszeit eintreten, um die gesamte vorhandene Arbeit aufzuteilen – gegen die chronische und massenhafte Arbeitslosigkeit und zur Aufrechterhaltung des Zusammenhalts der Arbeiterklasse und zur Mobilisierung der riesigen Masse städtischer armer Straßenhändler an ihrer Seite. Gegen die galoppierende Inflation rufen wir auf zu Preisüberwachungskomitees, zusammengesetzt aus Delegierten der Fabriken, Gewerkschaften, Kooperativen, Bauernorganisationen und der städtischen Armen. Wir fordern eine gleitende Skala der Löhne zur Sicherstellung automatischer Lohnerhöhungen entsprechend den Preissteigerungen der Konsumgüter. Kurz, wir fordern Arbeit und würdige Lebensbedingungen für alle. Aber solch einfache und vernünftige Forderungen sind dem Kapitalismus entgegengesetzt – es ist notwendig, überall seinen Sturz herbeizuführen, durch den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei.■

Vereint in Protektionismus und Antikommunismus:

WASG fusioniert mit PDS



Spartakist

Berlin, 13. September 2005: Ver.di-Protest gegen Kürzungen des SPD/Linkspartei.PDS-Senats beim Krankenhaus Charité

Die SPD reagiert empfindlich auf die Fusion, die die SPD-Abspaltung WASG und die PDS nicht überraschend auf ihren Parteitag am 24./25. März beschlossen. Der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil wettete gegen Lafontaine und machte „demokratiefindliche und populistische Tendenzen“ in der WASG aus. Hintergrund ist das sehr angespannte Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften. So warnte Ottmar Schreiner von der SPD-Linken, dass die SPD nicht nur „heimatlos gewordene Unterschichten“ an die PDS/WASG verlieren könnte, also Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die durch Hartz IV und Agenda 2010 der früheren SPD/Grünen-Regierung verelenden. Betroffen seien vielmehr auch Teile der strategischen Basis der SPD in den Gewerkschaften: „Bleibt das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften so angespannt wie derzeit, drohen den Sozialdemokraten womöglich auch Vertrauensverluste bei den mittleren Arbeitnehmer-Schichten. Da gibt es vor allem wegen der Rente mit 67 viel Enttäuschung über die SPD“ (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 25. März). Wie verhasst die SPD aufgrund der Angriffe der SPD/CDU-Regierung auf die Arbeiter ist, kann man daran ermesen, dass der bayerische DGB-Landesvorsitzende Fritz Schösser drei SPD-Bundestagsabgeordnete, die auf der 1.-Mai-Kundgebung reden sollten, eingeladen hat, ein bis dato undenkbarer Vorgang.

Die WASG wurde 2003 von mittleren Gewerkschaftsbürokraten, fast allesamt jahrzehntelange SPD-Mitglieder, aufgrund der zunehmenden Wut in der Arbeiterklasse über die Angriffe der SPD-geführten Regierung gegründet. Während die WASG Arbeiter anzieht, die nach einer Alternative zur SPD suchen, ist sie grundlegend genauso wie die SPD darauf ausgerichtet, den Kapitalismus zu verwalten. Man sieht bei den Kämpfen um Airbus (siehe unsere gemein-

same internationale Erklärung auf Seite 1), wie ihr protektionistisches Programm eine Sackgasse ist, entgegengesetzt zum revolutionären Klassenkampf für eine sozialistische Zukunft. Die WASG ist geprägt von der Ideologie vom „Tod des Kommunismus“, mit der die Bourgeoisie ihre Angriffe auf den so genannten „Sozialstaat“, neokoloniale Kriege und andere Schweinereien seit der Zerstörung der Sowjetunion begleitet. Sie wollen die SPD von Willy Brandt wiederhaben und zurück zum „Sozialstaat“ und zur damit verbundenen Klassenzusammenarbeit.

Gleichzeitig ist die Entstehung der WASG als linke Abspaltung von der SPD direkt ein Ergebnis der zunehmenden Angriffe der Bourgeoisie auf Errungenschaften der Arbeiter, die wiederum eine Folge der Konterrevolutionen 1990–92 in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion sind. Sowohl die WASG als auch die SPD und die Linkspartei.PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, d.h. sie haben aufgrund ihrer organischen Verbindung mit den

Gewerkschaften eine Arbeiterbasis, aber ihre Führung und ihr Programm sind völlig prokapitalistisch. Als Revolutionäre haben wir die strategische Perspektive, die proletarische Basis dieser Parteien gegen ihre bürgerlichen Spitzen zu stellen. Wir kämpfen darum, sie vom Reformismus zu brechen und für proletarische Revolution zu gewinnen. Schlüssel dafür ist es, einen politischen Kampf gegen den sozialdemokratischen Antikommunismus zu führen, den die eine wie die andere reformistische Partei unter den Arbeitern auf verschiedene Art und Weise schürt.

Insgesamt sind die WASG und die neue Partei, die durch ihre Fusion mit der PDS entstehen wird, ein Hindernis auf dem Weg zur sozialistischen Revolution. Ihr Programm ist im Kern die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, ausgedrückt in ihrem Eintreten für Protektionismus (also nationalistische Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft gegen die Einmischung durch ausländische Kapitalisten zu schützen), in ihrer Unterstützung für Konterrevolution in den deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam sowie in ihren Vorschlägen für eine Alternativstrategie für den deutschen Imperialismus, d.h. für eine strategische imperialistische Allianz zwischen Frankreich, Deutschland und Russland, um den Einfluss des US-Imperialismus aus Europa zurückzudrängen. Weit davon entfernt, ein Mittel für den Kampf für Sozialismus zu sein, strebt die WASG in Wirklichkeit danach, den deutschen Imperialismus gemeinsam mit der SPD zu verwalten.

DDR und Sowjetunion waren Errungenschaften der internationalen Arbeiterklasse

Aufgrund der Konterrevolution in der Sowjetunion identifiziert heute die große Mehrheit der Arbeiter ihre Kämpfe nicht mehr mit dem Streben nach Sozialismus, wie sie ihn

verstehen. Die „gute alte“ SPD, die das Ideal der WASG ist, trägt einen Großteil der Verantwortung dafür. SPD und WASG feiern den angeblichen „Tod des Kommunismus“ und schüren unter Arbeitern den Irrglauben, dass die Konterrevolution die Unterlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der „sozialen“, d. h. kapitalistischen, Marktwirtschaft bewiesen hätte. Tatsächlich wird jeden Tag seit der Konterrevolution deutlicher, dass die Kapitalisten sich nur ein „soziales“ Mäntelchen gaben, um mit den sozialen Errungenschaften der Planwirtschaft von DDR und Sowjetunion zu konkurrieren und diese zu zerstören. Das unterstreicht, wie sehr es im Interesse der Arbeiterklasse war, diese Staaten gegen Bourgeoisie und Konterrevolution zu verteidigen.

Die DDR verdankte ihre Existenz dem heldenhaften Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich der deutschen Bourgeoisie. Dieser Sieg, errungen trotz des Verrats durch Stalins Bürokratie, kostete die Sowjetunion fast 30 Millionen Tote. Es ist ein klarer Beweis für die enorme Macht einer geplanten Wirtschaft, dass trotz Hindernissen wie der Massenabwerbung von Facharbeitern und Akademikern durch den Westen bis 1961 die DDR in der Lage war, auf ihrem Drittel des vom Krieg verwüsteten Deutschlands eine Wirtschaft aufzubauen, die jeden Bürger mit einem Job, sozialer Sicherheit, kostenloser Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung sowie großzügig subventionierten Lebensmitteln, Kleidung und Wohnungen versorgte. Durch das vom Marshall-Plan aufgepöppelte Westdeutschland war die DDR mit einem der stärksten imperialistischen Staaten konfrontiert. Die SPD wurde mit Hilfe des US-Imperialismus als antikommunistisches Bollwerk in der Arbeiterklasse wieder aufgebaut.

Die DDR wurde nach dem Modell der stalinistisch degenerierten Sowjetunion aufgebaut. Die von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Partei geführte Oktoberrevolution von 1917 war das prägende Ereignis des 20. Jahrhunderts. Sie beendete Russlands Beteiligung am blutigen interimperialistischen Ersten Weltkrieg (den die SPD wie die anderen Führer der Zweiten Internationale verräterisch unterstützte hatte). Sie war ein Leuchtfeuer der Befreiung für die Arbeiter und Unterdrückten weltweit. Als Reaktion auf die

Revolution isolierten die Imperialisten den jungen Arbeiterstaat und versuchten ihn auszubluten, indem sie auf Seiten der konterrevolutionären Weißen Armeen im Bürgerkrieg 1918–21 intervenierten. Angesichts von anhaltender Isolation und Rückständigkeit des jungen Arbeiterstaates riss eine Bürokratie unter Führung von Stalin Ende 1923/Anfang 1924 die politische Macht in einer *politischen* Konterrevolution an sich. Ihr antirevolutionärer nationalistischer Konservatismus wurde durch das 1924 von Stalin verkündete Programm des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ zum Ausdruck gebracht, eine reaktionäre Utopie. In der DDR hieß dies konkret, Sozialismus in einem Drittel eines Landes aufbauen zu wollen. Ulbricht und Honecker predigten die friedliche Koexistenz mit dem westdeutschen Imperialismus und wiesen jede Möglichkeit, die westdeutsche Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu mobilisieren, von sich. In seiner Einleitung zur deutschen Ausgabe der *Permanenten Revolution* schrieb Trotzki 1930 zur Widerlegung des stalinistischen Dogmas vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“:

„Die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft sind längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen. Der imperialistische Krieg war eine der Äußerungen dieser Tatsache. Die sozialistische Gesellschaft muß in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich das Ziel zu stecken, eine *national isolierte* sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen.“

Die nationalistische stalinistische Bürokratie war inhärent unfähig, eine Planwirtschaft mit hoher Produktivität und Qualität zu führen. Trotzki hatte schon 1936 in *Die verräterische Revolution* die Notwendigkeit einer proletarisch-politischen Revolution – Sturz der stalinistischen Bürokratie und Errichtung von Arbeiterrätedemokratie – zur Überlebensfrage für Planwirtschaft und Arbeiterstaat erklärt:

„In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und

Fortgesetzt auf Seite 14



Der Spiegel



Barbara Klemm

3. Oktober 1990: Lafontaine (links) feiert kapitalistische Wiedervereinigung zusammen mit Brandt, Genscher, Kohl

WASG fusioniert mit PDS...

Fortsetzung von Seite 13

Initiativfreiheit voraus, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind... Die Sowjetdemokratie ist keine Forderung der abstrakten Politik, und erst recht nicht der Moral. Sie ist für das Land zu einer Frage von Leben und Tod geworden.“

Dabei musste jeder Kampf für proletarisch-politische Revolution auf der bedingungslosen militärischen Verteidigung des Arbeiterstaats gegen Imperialismus und innere Konterrevolution basieren.

DDR 1989/90: Politische Revolution versus Konterrevolution

Lafontaine hat heute eine gewisse Autorität im Osten und unter Arbeitern im Westen, weil er als Kritiker der Wiedervereinigung gesehen wird. Er trat 1989 dafür ein, dass die SPD den 10-Punkte-Plan des damaligen christdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Kohl vom Dezember 1989 zur Wiedervereinigung ablehnt. Gegen eine schnelle deutsche Vereinigung und „nationale Besoffenheit“ trat er für eine schrittweise Wiedervereinigung über eine Zwei-Staaten-Lösung ein, im Namen des „Internationalismus“ und eines „gemeinsamen Europas“. Damit meinte er die imperialistische Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, um den Einfluss des US-Imperialismus in Europa zurückzudrängen und ein deutsch-französisch dominiertes kapitalistisches Europa zu schaffen.

Tatsächlich ist Lafontaine die Personifizierung dessen, was wir über die Rolle der SPD als Trojanisches Pferd der Konterrevolution schrieben. Er hatte nur Differenzen über das *Tempo* der Wiedervereinigung und bot der Arbeiterklasse nur einen anderen Weg zu einer Restauration des Kapitalismus als den von Helmut Kohl. Lafontaines Position ging von den Interessen des deutschen Imperialismus aus: Er warnte, dass eine schnelle Wiedervereinigung den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft bedeuten würde, was die Sozialsysteme und den Klassenfrieden im Westen gefährden würde. Deswegen forderte er auch Einwanderungsrestriktionen gegen ostdeutsche Flüchtlinge, um westdeutsche Jobs gegen sie zu verteidigen.

Heute sagen die Bourgeoisie und ihre Handlanger von der Sozialdemokratie, dass alle die Konterrevolution wollten. Aber im Herbst 1989 entwickelte sich eine politisch-proletarische Revolution, in die wir mit allen Kräften unserer Internationale intervenierten. Wir verteidigten die DDR

bedingungslos gegen die Gefahr der kapitalistischen Konterrevolution. Unsere Perspektive war die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch proletarisch-politische Revolution in der DDR zum Sturz der stalinistischen Bürokratie und soziale Revolution in Westdeutschland zum Sturz der Bourgeoisie für ein rotes Rätedeutschland. Dazu riefen wir zu einer neuen leninistisch-egalitären Partei auf, die für die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten kämpft. Die Resonanz unseres Programms war enorm. Unsere Zeitung wurde uns förmlich aus den Händen gerissen und innerhalb unserer Intervention von Anfang November 1989 bis März 1990 verkauft. Zur brennenden Frage der Krise der DDR-Wirtschaft schlugen wir ein Programm vor, wie die Planwirtschaft erhalten und revitalisiert werden soll. Bei einem prosovjatischen Massenprotest von 250000 gegen die Schändung des Treptower Ehrenmals am 3. Januar 1990 sagte die Sprecherin der Trotzlistischen Liga Deutschlands

(TLD, Vorläuferorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) Renate Dahlhaus:

„Unsere Wirtschaft leidet unter Verschwendung und Veralterung. Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, daß sie untauglich ist, dagegen anzugehen. Ostdeutschland braucht dringend ausgewählte ... (Zwischenrufe) Genossen, lernt zuzuhören, lernt, was Einheitsfront bedeutet. Was dringend benötigt wird, ist ausgewählte Modernisierung der bereits bestehenden Industrie. Hier bei uns in der DDR ist es noch anders als in den Ländern, in den anderen sozialistischen Ländern, die Stalins Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande haben und zeigen, dass dieses eine durchsichtige Dummheit ist. Wir stehen vor der schweren Wahl, wir müssen wissen um die Gefahr, unter die Gewalt des Weltmarktes zu kommen.“

Genossen, gegen den Ausverkauf der DDR zu kämpfen, heißt sich klar zu werden, dass man nicht unter die Gewalt des Weltmarktes, der kontrolliert wird von den Imperialisten und der Deutschen Bank, geraten soll. Das Mittel, um die DDR auszuverkaufen, ist die Sozialdemokratie, das sollten wir besser wissen.“

Der Treptower Protest wurde von uns Spartakisten initiiert, als Nazis Ende Dezember 1989 das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow schändeten. Wir verteilten weit über hunderttausend Flugblätter vor Berliner Betrieben. Arbeiter des VEB Narva, Mitglieder der Betriebskampfgruppen und der SED-Betriebsgruppe, die mit uns diskutierten, brachten einen gemeinsamen Aufruf mit uns gegen den Ausverkauf ihres Betriebes heraus und mobilisierten auch für Treptow. Unser Brief an B. W. Snetkow, den Kommandanten der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, in dem wir zu Einheitsfrontaktionen gegen die Nazis aufriefen, wurde begierig von sowjetischen Soldaten aufgenommen. Inspiriert von unserer Propaganda hatten sich in der Nationalen Volksarmee (NVA) Soldatenräte gegründet. In der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar war es zur Meuterei in der Beelitzer Kaserne der NVA gekommen, die sich wie ein Lauffeuer ausbreitete. Rund 100 Beelitzer Soldaten kamen am 3. Januar nach Treptow. Ein Vertreter des Beelitzer Soldatenrates wollte sprechen, was ihm aber von den panischen SED-Bürokraten verweigert wurde. Am gleichen Tag belagerten Vertreter der Soldatenräte aus dem ganzen Land das Haus des obersten Armeegenerals Heinz Hoffmann in Berlin-Strausberg und einige drohten, auf Berlin zu marschieren.

Die SED/PDS-Führung griff unseren Aufruf zu Treptow

auf, weil sie die Resonanz spürte, die unser Programm in den Betrieben gefunden hatte; bei unserem Treffen erklärte uns Bisky unumwunden: „Ihr habt die Arbeiter.“ Von der Bühne konnten die Teilnehmer unser Programm der politischen Revolution vs. dem der Stalinisten von Kapitulation und Konterrevolution hören. Es war das erste Mal, dass Troztkisten vor Arbeitermassen in einem Arbeiterstaat sprechen konnten, seit der Zerschlagung von Troztkis Linker Opposition Ende der 20er-Jahre in der Sowjetunion.

Die SPD und ihr Ostabteiler SDP schäumten besonders über unsere Warnung vor der SPD als Trojanischem Pferd der Konterrevolution. Die Bourgeoisie entfesselte eine antikommunistische Hetzkampagne gegen die Treptower Mobilisierung und den damit zum Ausdruck gekommenen Widerstand der Arbeiterklasse gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung. Die stalinistischen Bürokratien im Kreml und in der DDR erschrakten zutiefst vor der Möglichkeit einer politischen Revolution, die sich durch Treptow gezeigt hatte. Gorbatschow fürchtete die Gefahr einer „Destabilisierung“, genau wie Helmut Kohl, wie aus den kürzlich in Russland veröffentlichten Dokumenten in „Gorbatschow und die deutsche Frage“ [Michail Gorbatschow i Germanskij Vopros. Sbornik Dokumentov. 1985–1991, Moskau 2006] deutlich wird. Gorbatschow gab grünes Licht für die Wiedervereinigung. Hans Modrow von der SED-PDS verkündete nach einem Treffen mit Gorbatschow Ende Januar 1990: „Deutschland einig Vaterland“. Die Volkskammerwahlen, eine Volksabstimmung über ja oder nein zu einer kapitalistischen Wiedervereinigung, wurden von Mai auf März vorverlegt. Wir führten eine Kampagne gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, und wie sich herausstellte, waren wir die einzige Partei, die mit „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ antrat. Eine große Mehrheit der DDR-Bevölkerung stimmte am 18. März für die kapitalistische Wiedervereinigung, die sie dank der Kapitulation der SED-PDS für alternativlos ansah.

Lafontaines linke Anhängsel: Mit den Imperialisten, gegen den Arbeiterstaat

Lafontaine und andere WASG-Spitzen, die sich eine Rückkehr zur SPD des antisowjetischen Kalten Kriegs wünschen, bringen sozialdemokratischen Antikommunismus mit sich. Deswegen hat die WASG in ihrer Anfangsphase keine Gelegenheit verpasst, gegen die DDR zu hetzen. Die vielen antikommunistischen Vorurteile gegen die PDS – die seit 1990 alles getan hat, um ihre Loyalität gegenüber der bürgerlichen Ordnung zu beweisen – waren eine nicht unerhebliche Hürde bei vielen West-WASGLern auf dem Weg zur Fusion. Die Pseudotroztkisten, die im linken Flügel der WASG agieren – Linksruck, SAV, GAM, u.v.a.m. –, sind mit am rabiatesten gegen die DDR und Sowjetunion. In einem Streitgespräch von Lucy Redler von der SAV mit Christine Buchholz von Linksruck in der *jungen Welt* vom 16. Mai 2006 macht Redler ausgerechnet die DDR-Vergangenheit der PDS für ihre Sozialkürzungen im Berliner Senat verantwortlich:

„Das Nachgeben der bisherigen PDS gegenüber dem Neoliberalismus hat sehr viel damit zu tun, daß sie aus einer bürokratischen und stalinistischen Gesellschaft wie der DDR hervorgegangen ist. Ohne sozialistische Perspektive hat man keine Standhaftigkeit, um sich den angeblichen Sachzwängen des Neoliberalismus zu verwehren.“

Diese Pseudotroztkisten standen alle auf Seiten der Konterrevolution. Die SAV hatte zwar formal die Position, dass



Spartakist

3. Januar 1990: Troztkistin Renate Dahlhaus spricht vor prosovjertischem Massenprotest von 250 000 im Treptower Park in Berlin

DDR und Sowjetunion bürokratisch deformierte bzw. degenerierte Arbeiterstaaten waren. Trotzdem unterstützten sie die Konterrevolution. Ihrer westdeutschen Gruppe Voran war die SPD, deren Mitglieder sie waren, nicht aggressiv genug. Sie forderten im Februar 1990: „Deutschlandpolitik der SPD – Offensive für Einheit und Sozialismus nötig“. Heute versucht sich die SAV im 1999 erschienenen Buch von Robert Bechert (einem Führer ihres Komitees für eine Arbeiterinternationale, CWI), *Die gescheiterte Revolution*, davon zu distanzieren. Sie verweisen dazu auf ihre Gruppe „Marxisten für Räte-demokratie“ in der DDR. Bechert sagt über deren Position bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990:

„Wie wir gesehen haben, war die kritischste Partei, die PDS, immer noch sehr mit ihrer jüngsten SED-Vergangenheit befleckt, eine Vergangenheit, die die Einstellung der Partei gegenüber stark polarisierte. Wenn wir damals für die Wahl der PDS eingetreten wären, hätten wir uns deshalb von den ArbeiterInnen abgeschnitten, die fälschlicherweise annahmen, dass eine schnelle

Fortgesetzt auf Seite 16

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

166

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



SAV 1989/90: Mit Sozialdemokraten für kapitalistische Wiedervereinigung. Ihr „Antistalinismus“ war antikommunistische Hexenjagd

WASG fusioniert mit PDS...

Fortsetzung von Seite 15

kapitalistische Wiedervereinigung der beste Weg sei, den Stalinismus endgültig zu beseitigen.“

Auch ein Aufruf für die PDS wäre eine Stimme für die Konterrevolution gewesen. Aber das CWI orientiert sich hier auf rückständige Schichten in der Arbeiterklasse. Das bringt den eigenen tiefen sozialdemokratischen Antikommunismus gegenüber der SED und der DDR zum Ausdruck. Es setzte immer die Arbeiterstaaten mit der stalinistischen Bürokratie gleich. Dergleichen kommt in Becherts Ablehnung der Treptower Einheitsfrontmobilisierung zum Ausdruck, bei der er sich auf Seite 116 seines Buches auf den *Militant* vom 12. Januar 1990 beruft, der erklärte, dass:

„einige der antikapitalistischen Oppositionsgruppen in die Falle gegangen sind, alle Forderungen für den Sturz der Bürokratie fallen zu lassen, um mit den SED-Führern eine ‚Einheitsfront‘ gegen die Restauration des Kapitalismus und gegen Faschismus zu bilden. Was sie dabei vergessen ist, dass der Hauptgrund für das Entstehen von Illusionen in den Kapitalismus die SED-Bürokratie selbst ist! ... Viele, die eine kapitalistische Restauration fordern, sind diejenigen, die die herrschende Bürokratie am meisten hassen. Wenn keine völlige politische Unabhängigkeit von der Bürokratie erhalten bleibt, wird es unmöglich sein, diese Schicht zu erreichen.“

Dann muss Bechert in seinem Buch zur Abdeckung des eigenen Verrats von 1990 zur Lüge greifen: „Alle Parteien traten in unterschiedlichem Ausmaß für die Restauration des Kapitalismus und für eine kapitalistische Wiedervereinigung ein.“ Tatsächlich kandidierten wir Spartakisten unter der Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“. Unsere Kampagne war in der ganzen DDR bekannt. Wir suchten nach anderen linken Organisationen, um ihnen ein Abkommen vorzuschlagen. Auf der Grundlage eines klaren, eindeutigen „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung würden wir dort, wo wir nicht kandidieren, für sie aufrufen und sie für uns, wo sie nicht kandidieren, so dass die Stimmen gegen einen Anschluss maximiert würden. Wir waren die *einzigste* Organisation, die mit „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ antrat. Die SAV stand aber, wie in Polen bei der Bejubelung von Solidarnosc, auf der Seite der Konterrevolution, trotz Wortgeklingel wie „Was Tun“ unterstützte nicht die kapitalistische Wiedervereinigung!“. Im Buch von Bechert findet sich eine Abbildung der ersten

Zeitung *Was Tun!* der „Marxisten für Räte- Demokratie“ vom 23. Januar 1990, mit dem Titel „Bürokraten: Pakt Die Sachen“, in der sie wie SPD und „Bürgerrechtsbewegung“ Anti-Stasi-Hetze betreiben.

Die Anti-Stasi-Hetze war auch das Markenzeichen der Gruppe Arbeitermacht, die den Sturm eines antikommunistischen Mobs auf die Berliner Stasi-Zentrale vom 20. Januar 1990 hochjubelte. Diese von der Bourgeoisie aufgestachelte Aktion diente der Schaffung eines Pogrom-Klimas antikommunistischer Hexenjagd und Einschüchterung von Pro-DDR-Arbeitern und -Linken. Gleichzeitig forderte die GAM den sofortigen Abzug der Roten Armee aus der DDR, dem einzig wirkungsvollen Hindernis gegen einen Einmarsch von Bundeswehr und NATO. Auch damit schloss sie sich den Kräften an, die eine Konterrevolution wollten und deren Schlachtruf entsprechend „Russen raus“ war. Nach der Volkskammerwahl, als die Konterrevolution mit der traurigen Beihilfe der PDS gewonnen hatte, war die PDS sozialdemokratisch genug, so dass die GAM bei der PDS eintrat und eine „trotskistische“ Fraktion bildete. Dann schloss sich die GAM der antikommunistischen Hexenjagd an, mit der die rachsüchtige Bourgeoisie Ostdeutschland in den 90er-Jahren mit zehntausenden Untersuchungen und Prozessen überzog. Die GAM forderte Arbeitertribunale gegen ehemalige Stasi-Funktionäre wie z. B. Erich Mielke und versuchte damit der antikommunistischen Hexenjagd ein linkes Label zu verpassen. Wir dagegen mobilisierten zur Verteidigung der Opfer der antikommunistischen Hexenjagd und machten in Fällen wie Erich Mielke klar, dass die Ex-DDR-Bürokraten von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt wurden.

Für die SAG (heute Linksruck), Anhänger der von Tony Cliff begründeten Tendenz, waren DDR wie Sowjetunion „staatskapitalistisch“, was ihre theoretische Rechtfertigung dafür war, sie nicht gegen die Bourgeoisie zu verteidigen. Cliff entwickelte seine Staatskapitalismustheorie, um seine Weigerung zu rechtfertigen, die Sowjetunion und Nordkorea im Koreakrieg gegen die Imperialisten Anfang der 1950er-Jahre zu verteidigen, der drei Millionen Koreaner und einer Million Chinesen das Leben kostete. Cliff & Co. taten auch ihr Möglichstes, um den Imperialisten im zweiten Kalten Krieg zum Sieg zu verhelfen: Sie gierten nach einer blutigen Niederlage der sowjetischen Truppen in Afghanistan, waren Vorkämpfer für die Glaubwürdigkeit der polnischen klerikalen, konterrevolutionären und antisemitischen Solidarnosc als „Gewerkschaft“ und tanzten geradezu auf Jelzins konterrevolutionären Barrikaden 1991. Sie jubelten über Jelzins Sieg in der Sowjetunion: „Der Kommunismus ist gescheitert“, deklarieren unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte“ (*Klassenkampf*, September 1991).

Dies alles folgt ganz der bürgerlichen Ideologie vom „Tod des Kommunismus“, die Arbeiterrevolution und Sozialismus als „Sachen der Vergangenheit“ abzutun. Christine Buchholz fasst diesen Konsens der WASG-Linken dann gut zusammen, mit dem sowohl antisowjetische Pseudotrotskisten wie die SAV, Linksruck und GAM als auch ausgebrannte Stalinisten wie DKP und KomPlatt vereint werden zur linken Druckgruppe auf die Führungen der sozialdemokratischen WASG und PDS für einen „besseren“ Kapitalismus:

„Die Umgruppierungsprozesse finden statt, und zwar weltweit. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks sind die alten Trennungslinien – Stichwort: Wie hältst Du’s mit der Sowjetunion? – nicht mehr entscheidend. Die entscheidenden Fragen der neuen Linken – Wie verhindern wir Privatisierung und Kriege, soll sich die Linke an Regierungen beteiligen – verlaufen quer durch Linkspartei und WASG, nicht zwischen ihnen. Auf Grundlage einer

gemeinsamen Praxis können wir wieder neu über Alternativen zum Kapitalismus diskutieren.“ (*junge Welt*, 16. Mai 2006)

Die einzige Alternative zum Kapitalismus besteht in dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Unterstützung der Pseudolinken für Konterrevolution drückte ihre Ablehnung der Diktatur des Proletariats aus und damit ihre Ablehnung des Sturzes des Kapitalismus. Diejenigen, die bestehende Errungenschaften nicht verteidigen, können niemals neue erkämpfen. Wie James P. Cannon, Begründer und Führer des amerikanischen Trotzismus und enger Mitarbeiter von Trotzki 1939 erklärte:

„Die Oktoberrevolution setzte in der ganzen Welt den Sozialismus auf die Tagesordnung. Sie wiederbelebte, prägte und entwickelte die revolutionäre Arbeiterbewegung der Welt aus dem blutigen Chaos des Krieges. Die russische Revolution zeigte in der Praxis, durch ihr Beispiel, wie man die Arbeiterrevolution machen muss. Sie zeigte die Rolle der Partei im wirklichen Leben. Sie zeigte im wirklichen Leben, welche Art von Partei die Arbeiter haben müssen. Durch ihren Sieg und ihre Neuordnung des Gesellschaftssystems hat die russische Revolution die Überlegenheit des nationalisierten Eigentums und der Planwirtschaft über das kapitalistische Privateigentum, den planlosen Wettbewerb und die Anarchie in der Produktion für alle Zeit bewiesen.“ („Wir sind die Partei der Russischen Revolution!“)

Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat China!

Heute ist die Haltung gegenüber den verbliebenen Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam ein Lackmустest für den Charakter einer Partei. Ein Bericht über eine China-Reise der Linkspartei.PDS/WASG-Führung bringt die protektionistische Weltsicht der WASG zum Ausdruck:

„Klaus Ernst weist eindringlich auf das Problem hin, dass ausländische Unternehmen in China zu billigen Löhnen produzieren lassen und die Produkte auf dem Weltmarkt zu hohen Preisen absetzen, was ihnen erheblich höhere Gewinnmargen verschafft. Dadurch wird starker Druck auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften in europäischen Ländern ausgeübt, Löhne zu senken, Arbeitszeiten zu verlängern und auf soziale Errungenschaften zu verzichten oder die Abwanderung von Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Ähnliche Wirkung gehe auch vom Export chinesischer Billigprodukte aus. All das könne längerfristig auf China zurückschlagen.“ (*Disput*, Juli 2006)

Ernst macht China verantwortlich für die Angriffe der deutschen Bosse auf die Arbeiterklasse hier. Es ist die Bourgeoisie, die in ihrem ständigen Streben nach Profiten die Arbeiter angreift, Löhne drückt usw. Dem kann letztlich nur durch ihre revolutionäre Enteignung ein Ende bereitet werden. Genau das ist in China in der Folge der Chinesischen Revolution von 1949 geschehen, auch wenn diese ohne aktive Beteiligung der chinesischen Arbeiterklasse erfolgte und von Anbeginn deformiert war. Der Sieg der von der Kommunistischen Partei geführten, auf der Bauernschaft basierenden „Roten Armeen“ über die bürgerlich-nationalistische Guomindang 1949 zerschlug den Militärapparat des halbkolonialen chinesischen kapitalistischen Staates und die chinesische Bourgeoisie floh nach Taiwan. Das errichtete Regime der KP Chinas verstaatlichte ein paar Jahre später die Wirtschaft, während es gleichzeitig jegliche Bewegung der Arbeiterklasse in Richtung unabhängiger politischer Betätigung schonungslos unterdrückte. So errichteten Mao und seine Kollegen einen Staat, dessen grundlegende wirtschaftliche und politische Strukturen denen der Sowjetunion unter Stalin glichen. Trotz der bürokratischen Deformationen



Burke/Life

Maos Volksbefreiungsarmee beim Einmarsch in Beijing, Januar 1949. Chinesische Revolution zerschlug Herrschaft von Landbesitzern/Kapitalisten

war dies eine historische Errungenschaft für die Arbeiterklasse international. Eine von ausländischen Mächten ein Jahrhundert lang vergewaltigte und aufgeteilte Nation wurde vereinigt und von imperialistischer Unterdrückung befreit und eine kollektivierte Wirtschaft wurde errichtet. Für Frauen bedeutete die Revolution einen gewaltigen Fortschritt in dem von bäuerlicher Rückständigkeit geprägten Land. Protektionistische Hetze gegen China ist daher doppelt verbrecherisch.

Die Errungenschaften der Chinesischen Revolution werden jedoch durch die Missherrschaft der stalinistischen Bürokratie unterminiert, die allerdings keine Klasse ist, sondern eine privilegierte Kaste an der Spitze des Arbeiterstaates. Insofern sie chinesische Arbeiter zu Niedriglöhnen an imperialistische Konzerne anbietet, handelt die Beijinger Bürokratie als Makler von Arbeitskräften für die internationale Bourgeoisie. Während das Einfließen von Kapital der Imperialisten und der Taiwan- und Hongkong-basierten chinesischen Bourgeoisie die internen Kräfte der Konterrevolution gestärkt hat, haben gewachsener Handel und Investitionen auch zu einer enormen Zunahme des Industrieproletariats geführt. Nach außen versucht das stalinistische Regime im Namen von „friedlicher Koexistenz“ den Imperialismus auf internationalem Terrain zu beschwichtigen, z.B. indem es im UN-Sicherheitsrat den Atomwaffentest des deformierten Arbeiterstaates Nordkorea verurteilt. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die Herrschaft der KP Chinas das System des nationalisierten Eigentums und die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates selbst unterminiert. In den vergangenen

Fortgesetzt auf Seite 18

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org



Martin Magunia/Joker

Rassistische Razzien wie auf dieser Baustelle sollen multiethnische Arbeiterklasse spalten

WASG fusioniert mit PDS...

Fortsetzung von Seite 17

Jahren haben chinesische Arbeiter und Bauern ständig Kämpfe gegen die Auswirkungen der „Marktformen“ der Bürokratie geführt. Eine leninistisch-trotzkistische Partei, die der Verteidigung und Ausweitung der Errungenschaften der 1949er-Revolution verpflichtet ist, muss geschmiedet werden, um Chinas machtvolle Arbeiterklasse an der Spitze der Bauern und Stadtarmen zu führen, um die stalinistische Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution hinwegzufegen.

Seit der Zerstörung der Sowjetunion ist das Vortreiben der Konterrevolution in China eine Priorität der Imperialisten, die das Land in eine riesige Ausbeutungshölle verwandeln wollen. Dazu üben die Imperialisten einerseits militärischen Druck aus. So haben die USA zu diesem Zweck die militärische Umzingelung Chinas vorangetrieben, stetig ihre militärische Präsenz in den pazifischen Gebieten ausgebaut und eine gemeinsame Erklärung mit Japan unterzeichnet, Taiwan zu schützen. Den gleichen Effekt haben die Militäreinsätze in Afghanistan und anderswo in Zentralasien. Das Projekt der National Missile Defence soll die Abschreckung durch Chinas Atomwaffen neutralisieren. Andererseits versuchen die Imperialisten den Arbeiterstaat ökonomisch durch Kapitalinvestitionen zu unterminieren. Der zweite Weg wird vom deutschen Imperialismus momentan bevorzugt, da er zurzeit nicht über die militärischen Möglichkeiten verfügt.

Um ihren Einfluss in China gegenüber den USA auszubauen, versuchte die EU 2005 das Waffenembargo gegen China einzuschränken und Rüstung dorthin zu exportieren, was durch ein US-Veto kurzerhand unterbunden wurde. Im Namen von Pazifismus und Abrüstung kämpfte die WASG/Linkspartei gegen Waffenexporte an China: „Das EU-Waffenembargo gegen die Volksrepublik China sollte nicht aufgehoben werden, sondern zu einem generellen Verbot von Rüstungsexporten ausgeweitet werden“ (*Pressedienst*, 15. April 2005). So wie die Arbeiter in Deutschland und Europa ihre Gewerkschaften gegen die Bosse verteidigen müssen, trotz der Ausverkäufe der Gewerkschaftsspitzen, ist es die Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, China bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution zu verteidigen. Hier trug die WASG ihren Teil dazu bei, den Arbeiterstaat angesichts imperialistischer Bedrohung zu entwaffnen. Es ist ein Beispiel davon, wie Pazifismus immer nur die Arbeiterklasse entwaffnet, niemals aber die Bourgeoisie.

Ernsts Bemerkungen zeigen den prokapitalistischen Charakter der Gewerkschaftsbürokratie, und Gewerkschaftsbürokraten stellen eine Kernkomponente der WASG-Führung dar. Sie sind eine dünne privilegierte Schicht an der Spitze der Gewerkschaften, die – wie Lenin im Ersten Weltkrieg erklärte – mit Hilfe eines Bruchteils der Extraprofiten, die die imperialistische Bourgeoisie aus der Ausbeutung der neokolonialen Massen zieht, gekauft worden ist. Deshalb identifiziert sich die Gewerkschaftsbürokratie mit der Kapitalistenklasse, die sie zu beraten versucht, wie sie am besten ihre Geschäfte führt. Die Antwort der WASG auf Konkurrenz in der Epoche des Finanzkapitals ist Protektionismus: Appelle an den Staat, die heimische Industrie zu schützen wie z.B. bei Airbus durch staatliche „Sperrminoritäten“ und Hetze gegen „chinesische Billigprodukte“. Wir Trotzisten sind kompromisslose Gegner von Protektionismus in den imperialistischen Ländern wie Deutschland, den USA oder Japan. Während Protektionismus eine mögliche Politik für die Bourgeoisie ist, ist er nationalistisches Gift für die Arbeiter, die er spaltet und an ihre eigenen Ausbeuter kettet. Aber wir sind auch keine Anhänger des so genannten „Freihandels“, denn es ist uns völlig klar, dass die Konzerne die Forderung nach freiem Zugang zu ausländischen Märkten nur aus einem Grund aufstellen: Sie wollen mehr Profite machen. Und zwar durch die Superausbeutung von billigen Arbeitern und den besseren Zugang zu den örtlichen Absatzmärkten. Diese Art von „Verlagerungen“ ist nicht einfach nur die Politik bestimmter Konzerne, sondern entspringt dem Wesen des Kapitalismus.

Die Spaltung der Arbeiter international geht einher mit Chauvinismus gegen eingewanderte und osteuropäische Arbeiter. So zog Lafontaine beim Bundeswahlkampf im Sommer 2005 in Chemnitz chauvinistisch über polnische und osteuropäische „Fremdarbeiter“ her, die Arbeitern in Deutschland die Jobs stehlen würden. Auf dem Bundesparteitag der PDS im September 2005 rechtfertigte sich Lafontaine: „Ich bin der Meinung, dass unser Staatsbürgerschaftsrecht völlig überaltert ist. Es setzt nach wie vor auf die Abstammung, auf die Blutsbande. Das ist keine linke Position. Als ich damals gesagt habe: Wir müssen einen Afrikaner, der politisch verfolgt ist, eher aufnehmen als einen Russlanddeutschen, dessen Familie vor über 200 Jahren ausgewandert ist, hieß es in der Rechtspresse Deutschlands: Lafontaine liebt die Afrikaner stärker als die Deutschen. Heute soll ich jetzt auf einmal ein Deutschnationaler sein. Ich bin demokratischer Sozialist, ich bin Internationalist und ich lasse mir von niemandem meine Ehre beschneiden!“ Das ist eine Abdeckung für giftigen Chauvinismus. Was die afrikanischen Flüchtlinge angeht, so hat die SPD mit Lafontaines Beteiligung 1992 eine Schlüsselrolle dabei gespielt, das Asylrecht zusammen mit der CDU abzuschaffen. Dem SPD-Beschluss zur Abschaffung des Asylrechts folgte das Nazi-Pogrom in Rostock auf dem Fuße. Reformistische Programme wie das der WASG beruhen darauf, die Kapitalisten zu beraten, wie die vorhandenen, viel zu wenigen Jobs besser aufgeteilt werden können. Das führt notwendigerweise zur chauvinistischen Spaltung der Arbeiter. Im Gegensatz dazu kämpfen wir Spartakisten für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bosse – für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Organisiert die Unorganisierten! Verteilt die Arbeit auf alle Hände! Nur durch die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft kann die Arbeitslosigkeit letztlich beseitigt werden.

Der bürgerliche Staat – Instrument zur Unterdrückung der Arbeiter

Hinter dem Programm „Zurück zum Sozialstaat“ steht die grundlegende Unterstützung der PDS/WASG für die bürgerliche Demokratie. So erklärte der Gründungsaufzug

des WASG-Vorläufers ASG: „Die vielen Austritte aus der SPD und die vielen Nichtwähler der vergangenen Wahlen aus dem sozialdemokratischen Spektrum zeigen: Viele Bürgerinnen und Bürger kehren der Politik den Rücken, fühlen sich von der SPD getäuscht, aber auch von keiner anderen Partei vertreten. Wir sehen darin eine Gefahr für die Stabilität unserer Demokratie“ (März 2004). Gemeinsam mit der Gewerkschaftsbürokratie predigt sie den Arbeitern, der Staat könne ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen sein. Friedrich Engels, Mitbegründer des Marxismus, erklärte dagegen, dass der bürgerliche Staat nicht neutral ist:

„Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideale Gesamtkapitalist.“ (*Anti-Dühring*, 1877)

Und daher ist jede Regierung, die den kapitalistischen Staat verwaltet, eine kapitalistische Regierung, egal ob es nun die SPD oder die PDS/WASG ist. Sie dient den Kapitalisten und nicht den Arbeitern. Die letzten Jahre von SPD-Koalitionsregierungen, erst mit den Grünen und dann mit der CDU, beweisen aufs Neue diese ABC-Lehre des Marxismus. Die Unterstützung dieser Regierungen durch die Gewerkschaftsbürokratie hat nicht dazu geführt, die Interessen der Arbeiter voranzubringen, vielmehr hat es der Bourgeoisie geholfen, einschneidende Angriffe auf die Arbeiterklasse wie Schröders Agenda 2010 ohne ernsthaften Widerstand durchzusetzen. Nicht anders sieht es in Berlin aus, wo eine SPD/PDS-Koalition nun schon in der zweiten Legislaturperiode die Hartz-IV-Gesetze vollstreckt und durch brutale Sozialkürzungen den Haushalt der Hauptstadt für die Bourgeoisie saniert. Der Senat vollstreckt genau die Gesetze, die laut PDS „Armut per Gesetz“ sind.

Der Fusionsprozess von WASG und Linkspartei.PDS hat zu Debatten in der WASG geführt. Die SAV, die wiederholt zur Wahl der PDS in Berlin als „kleinerem Übel“ aufgerufen hat, kritisiert die Regierungsbeteiligung der PDS. Aber bei der Debatte geht es nicht darum, ob man sich an Regierungen im Kapitalismus beteiligt – da sind alle dafür –, sondern nur darum, wann und wie man in eine kapitalistische Regierung eintreten kann. So schreibt die SAV: „Grundlage muss die konsequente Ablehnung von Sozialkürzungen und Regierungsbeteiligungen mit Sozialräubern sein. Erforderlich ist die Bereitschaft, dafür die Konfrontation mit den Herrschenden einzugehen“ (*Solidarität*, Dezember 2006/Januar 2007). Sie wollen also ein paar Krumen von der Bourgeoisie zum Verteilen bekommen, damit sie den Laden für die Kapitalisten schmeißen. Wir halten es mit Rosa Luxemburg, die erklärte: „Der Eintritt eines Sozialisten in eine bürgerliche Regierung ist nicht, wie geglaubt wird, eine teilweise Eroberung des bürgerlichen Staates durch die Sozialisten, sondern eine teilweise Eroberung der sozialistischen Partei durch den bürgerlichen Staat“ („The Dreyfus Affair and the Millerand Case“, 1899).

Die Haltung zum bürgerlichen Staat ist die grundlegende Scheidelinie zwischen Reform und Revolution, d.h. zwischen der reformistischen Ansicht, dass man den bestehenden Staatsapparat übernehmen und ihn im Interesse der Arbeiter verwalten kann, im Gegensatz zum leninistischen Verständnis, dass der kapitalistische Staatsapparat durch eine proletarische Revolution zerschlagen werden muss. Regierungen und alle ausführenden Behörden (Exekutive) befehligen die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“, die den Kern des Staatsapparates

ausmachen; die revolutionäre Zertrümmerung dieses Staates erfordert unvermeidlich, mit der Exekutive abzurechnen. Sogar in den großen bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich mussten Cromwells Revolutionäre und die Jakobiner, die eine Basis im Parlament aufbauten, sich des Königs entledigen und ein neues Exekutivorgan einrichten.

Die GAM hat sich nun in einem offenen Brief an die SAV gewandt, der voll von links klingender Kritik an der WASG ist und die SAV für ihre Anpassung an die WASG rügt:

„Die Linkspartei wird sich in Programm, Praxis und Struktur allenfalls in Nuancen von der jetzigen PDS bzw. von der früheren SPD unterscheiden. Sie wird durch und durch reformistisch sein und ihre Politik dem Parlamentarismus und anderen systemkonformen Mechanismen und Spielregeln unterordnen. Ihr Ziel ist nicht der Klassenkampf gegen die Angriffe von Staat und Kapital, geschweige denn gegen den Kapitalismus insgesamt – ihr Ziel ist das Mitregieren, das Managen der Krise des Kapitalismus sowie das Kontrollieren und Kanalisieren von Widerstand.“ (*Neue Internationale*, Februar 2007)

Die Sache ist nur, dass die WASG nicht erst durch die Fusion mit der Linkspartei.PDS „durch und durch reformistisch“ sein wird, sondern es von Anfang an war, d.h. auch als die GAM mit Verbesserungsvorschlägen beim Programm versuchte, ihr ein linkeres Mäntelchen umzuhängen. Nun preist die GAM das Netzwerk Linke Opposition (NLO), ein Auffangbecken für von der WASG enttäuschte Linke, als Vehikel für eine „antikapitalistische“ Arbeiterpartei:

„Aus den Felsberger Beschlüssen geht klar hervor, dass das NLO eine offene Struktur ist und versucht, neben WASGlerInnen auch Mitglieder der L.PDS, anderer linker Organisationen und Unorganisierte zu gewinnen... Das NLO ist (noch) nicht diese Partei – weder, was Größe und Verankerung anbelangt, noch in Bezug auf die Klarheit ihrer Politik. Aber das NLO kann und muss ein Ausgangspunkt, ein Ansatz, ein Vorstoß in Richtung neue Arbeiterpartei sein. Es soll und kann jene Kräfte bündeln und in Bewegung bringen, die dafür nötig sind.“

Doch die Felsberger Erklärung (6. Oktober 2006) ist völlig reformistisch und unterscheidet sich nicht fundamental von dem, was die WASG bei ihrer Gründung von sich gab, z. B.:

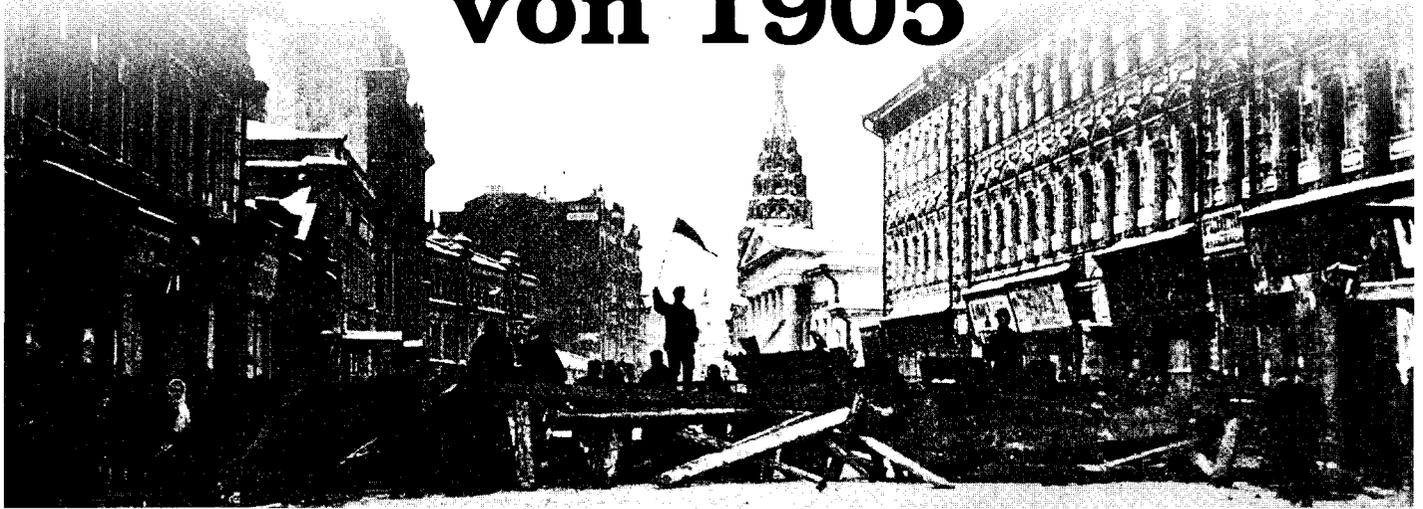
„4. Die neue Partei tritt nicht in Regierungen ein, die Sozialabbau betreiben, tarifliche Standards oder Löhne im öffentlichen Dienst absenken bzw. die Arbeitszeit der Beschäftigten erhöhen.“

Also wird hier wie bei der SAV grundsätzlich ja gesagt, wenn nur der Preis stimmt. Dass die Sowjetunion und die Oktoberrevolution tabu sind, ist dann auch nicht überraschend. Wir Trotzisten gehen mit Lenin, der in *Staat und Revolution* gegen die Reformisten erklärte:

„Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse‘, sondern um den *Sturz der Bourgeoisie*, um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Es ist notwendig, die Arbeiter vom sozialdemokratischen Reformismus zu brechen und die Sozialdemokratie entlang der Klassenlinie zu spalten. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, dem notwendigen Instrument für neue Oktoberrevolutionen weltweit. ■

Die Russische Revolution von 1905



Dietz Verlag Berlin

Revolutionäre Barrikaden in Moskau, 1905

Nachfolgend drucken wir den zur Veröffentlichung redigierten Text eines Schulungsvortrags ab, den Genosse Sam Kirk am 18. Juni 2005 beim „Youth Maintenance Work-In“ des Spartacus Youth Clubs hielt.

Ich hatte ein großes „Problem“ – allerdings ein gutes Problem – bei der Vorbereitung auf diese Schulung. Genau dieses Material ist schon von den Genossen George Foster und Joseph Seymour vor einigen Jahren in hervorragenden Schulungsveranstaltungen behandelt worden (siehe: „Prelude to the Bolshevik October: The Russian Revolution of 1905“ [Auftakt zum bolschewistischen Oktober: Die Russische Revolution von 1905], *Workers Vanguard* Nr. 288 und 289, 11. und 25. September 1981, und „Lenin and the Vanguard Party“ in der gleichnamigen Spartacist-Broschüre, 1978, auch auf deutsch als „Lenin und die Avantgardepartei“ erhältlich). Wenn ihr das schon gelesen habt, erwartet also nicht allzu viel Neues. Doch es reicht nicht aus, das nur schwarz auf weiß zu haben. Jede Generation muss sich selbst mit den Schlüsselfragen von Revolution und Parteiaufbau auseinandersetzen. Marxismus ist keine Religion, in der offenbarte Wahrheiten von den „Auserwählten“ verkündet werden. Es bedarf einer Menge Anstrengung, sich die Erfahrungen der Vergangenheit anzueignen, um unsere gegenwärtigen Aufgaben festzulegen.

Wir studieren die Russische Revolution von 1905 nicht nur, weil sie im Rückblick der Auftakt zur ersten erfolgreichen Arbeiterrevolution in der Geschichte war, der Oktoberrevolution von 1917. Die Revolution von 1905 hatte auch für sich genommen welthistorische Bedeutung. Wie Lenin in „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“ vom Januar 1917 ausführte, war dies das erste Mal in der Geschichte, dass die Industriearbeiterklasse bei einer Revolution die führende Rolle spielte. Was als ein politischer Protest der Arbeiter begann, um auf den Zaren Druck auszuüben, entwickelte sich im Laufe des Jahres rasch zu politischen Massenstreiks, Meutereien, zur Bildung von Sowjets und zu bewaffneten Aufständen für den Kampf um die Macht.

Bolschewismus kontra Menschewismus

Die Russische Revolution inspirierte viele, doch ihre Mechanismen wurden nicht von sehr vielen begriffen. Die

Welt sah die Arbeiterklasse kämpfen, hatte aber kein programmatisches Verständnis von den politischen Debatten innerhalb der führenden, dynamischsten Partei der Revolution, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR). Die SDAPR wurde zur Hauptkraft für einen revolutionären Flügel in der Zweiten Internationale und bestand in Wirklichkeit aus zwei Parteien, der bolschewistischen und der menschewistischen Fraktion.

Die SDAPR wurde formell 1898 auf einem winzigen Treffen in Minsk gegründet, unter ständiger Bedrohung durch Polizeirepression. Der Zweite Kongress 1903 war der eigentliche Gründungskongress einer national koordinierten revolutionären Bewegung in Russland, die Konsolidierung verschiedenartiger örtlicher Gruppierungen um ein vereinbartes Programm, das in einer regelmäßig erscheinenden Zeitung Anwendung finden sollte, in der *Iskra* – dem politischen Gerüst, um das die Partei aufgebaut werden sollte. Der Kongress von 1903 führte zu einer unerwarteten Spaltung zwischen zwei Schattierungen der Partei – informell die „Harten“ und die „Weichen“ genannt –, aus denen die Bolschewiki bzw. die Menschewiki entstanden. Der unmittelbare Auslöser der Spaltung war die Definition der Parteimitgliedschaft und die Zusammensetzung der *Iskra*-Redaktion. Doch dahinter verbargen sich tiefere politische Differenzen, die damals nicht zur Gänze ausformuliert wurden.

In „Lenin und die Avantgardepartei“ gibt Genosse Seymour eine anschauliche Beschreibung der bolschewistischen Fraktion von 1904:

„Was stellte Leninismus 1904 dar? Vor allem ein festes Bekenntnis zur revolutionären Sozialdemokratie [zum Kommunismus], besonders zur führenden Rolle der proletarischen Partei im Kampf gegen den zaristischen Absolutismus. Außerdem eine unnachgiebige Haltung gegenüber erwiesenen Opportunisten, wie den führenden Ökonomen, und eine misstrauische Haltung gegenüber ihrer möglichen Wandlung hin zu revolutionärer Politik. Lenin setzte sich für eine zentralisierte, disziplinierte Partei ein und war daher ein unversöhnlicher Feind des für die russische sozialdemokratische Bewegung typischen Zirkelwesens und Cliquismus.“
Wir täten gut daran, uns danach zu richten!

Im Februar 1904, nachdem die japanische Kriegsflotte Russlands Pazifikflotte in Port Arthur (heute Dalian) in der Mandschurei eingeschlossen hatte, begann Russland seinen Krieg gegen Japan, den es verlieren sollte. Die greifbare militärische Niederlage der Autokratie weckte Hoffnungen auf die Möglichkeit einer gewissen inneren Reform Russlands. Die russische liberale Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Macht ständig wuchs, die aber den Launen des autokratischen politischen Systems unterworfen und an die mächtigeren europäischen Kapitalisten gebunden war, verstand in gewisser Weise, dass Russlands Niederlage im Krimkrieg von 1854–56 zu den zaristischen Reformen von 1861 geführt hatte, die die Leibeigenschaft aufgehoben hatten. Diese Reform gehörte zu einem Programm, das kapitalistische Beziehungen in Russland etablierte, um den Staat gegen seine imperialistischen Feinde zu stärken.

Die liberale Bourgeoisie, die eine Chance witterte, ihre eigenen Interessen voranzutreiben, verfolgte im Krieg einen gemäßigt defätistischen Kurs, verkörpert durch die „Bankett-Kampagne“ der Semstvos [Selbstverwaltungseinheiten auf Kreis- und Gouvernementebe]. Wenn das für euch nicht allzu revolutionär klingt, dann habt ihr Recht. Diese vom Adel geleiteten, größtenteils bäuerlichen Versammlungen forderten bescheiden eine repräsentative Nationalversammlung und größere bürgerliche Freiheiten. Die Methode der Bourgeoisie waren Zusammenkünfte, Bankette und Petitionen, doch diese Entwicklungen waren Symptome für die tiefer liegenden Umwälzungen in der Gesellschaft.

Ein wichtiges Ergebnis der Semstwo-Kampagne von 1904 war, dass sie die reformistischen Impulse der Menschewiki zum Vorschein brachte. Am Vorabend der Revolution schrieben die Menschewiki:

„Wenn man den Schauplatz des Kampfes in Rußland betrachtet, was bekommt man dann zu sehen? Nur zwei Mächte: die zaristische Selbstherrschaft und die liberale Bourgeoisie, die sich organisiert hat und jetzt ungeheuer ins Gewicht fällt. Die Arbeitermasse dagegen ist zersplittert und kann nichts tun. Als selbständige Macht bestehen wir nicht, und darum besteht unsere Aufgabe darin, die zweite Macht — die liberale Bourgeoisie — zu unterstützen, ihr Verhalten zu billigen und sie unter keinen Umständen durch Hervorkehren unserer selbständigen proletarischen Forderungen einzuschüchtern.“ (Zitiert in: Grigori Sinowjew, *Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)*, 1923)

Lenin machte sich lustig über die ängstliche Bourgeoisie, und die Menschewiki warfen ihm und den Bolschewiki vor, die Liberalen einzuschüchtern. Lenin gab zurück, dass die Menschewiki demnach durch den Schatten der eingeschüchternen Liberalen eingeschüchtern wären! Was in der SDAPR als hitziger Streit um zweitrangige Fragen begonnen hatte, spitzte sich zu einem Kampf über die zentrale Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution zu. Die Selbstbeschränkung der Menschewiki als Stimmungsmacher für die Liberalen erlaubte eine viel klarere Abgrenzung des Bolschewismus vom Menschewismus, als bis dahin nach der Spaltung von 1903. „Von diesem Moment an, wiederhole ich, begann im Bolschewismus der Prozeß der Konsolidierung. Der bolschewistische Flügel begann, wie ein Schwamm, der das Wasser aufsaugt, die revolutionärsten Elemente der damaligen Sozialdemokratie aufzusaugen, die sich nun

endlich von der Richtigkeit seiner Anschauungen überzeugt hatten“ (G. Sinowjew, *Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)*).

Polizei-„Sozialismus“

Jede Erörterung des 9. Januar, des Beginns der Russischen Revolution von 1905, muss den radikalen russisch-orthodoxen Priester Vater Gapon zur Sprache bringen. Seine Bewegung war ein zweiter erfolgloser von der russischen Geheimpolizei inspirierter Versuch, durch Organisierung der Arbeiter in insgeheim von der Polizei gelenkten Gewerkschaften mit reaktionärem Programm den sozialdemokratischen Einfluss in der Arbeiterbewegung zu untergraben. Dies ergänzte die vom Zarismus bevorzugte Methode des Umgangs mit der Arbeiterklasse, nämlich blutige Unterdrückung jeglichen Versuchs, sich zu organisieren und zu kämpfen. Gapons Bewegung war von direkter staatlicher Kontrolle unabhängiger als ein früherer Versuch von Sergej Subatow, dem Leiter der Moskauer Geheimpolizei, der Arbeitervereine unter polizeilicher Kontrolle einrichtete. Die Methode der Bolschewiki mit dem Subatowismus umzugehen war, den reaktionären Charakter seiner Vereine zu entlarven und sie gleichzeitig zu unterstützen, wenn sie an der Führung von Streiks teilnahmen. Nachdem Subatows Vereine mehrere Streiks geführt hatten, wurde Subatow von seinen Herren davon in Kenntnis gesetzt, dass sein Experiment zu Ende sei. Dennoch hatte er direkten Einfluss auf Vater Gapon.

Gapon gründete seine Versammlung der russischen Fabrik- und Werkstattarbeiter der Stadt St. Petersburg etwa zur gleichen Zeit, wie der Krieg mit Japan begann. Die Mitgliedschaft war offen für russische und andere christliche Untertanen des Reiches. Das Innenministerium genehmigte die Satzung der Organisation. Gleichzeitig versammelte Gapon, um für die Massen attraktiv zu sein, heimlich ehemalige Sozialdemokraten um sich, und sie warteten mit einem geheimen „Programm der Fünf“ auf, das Elemente des Minimalprogramms der Sozialdemokratie enthielt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1904 gewannen die Ereignisse an Fahrt. Eine von einem Mitglied der Sozialrevolutionären Partei geworfene Bombe tötete den berüchtigt antisemitischen Innenminister Wjatscheslaw Plehwe. Plehwe war ein Ultrareaktionär, der für die Auflösung der Subatow-

Fortgesetzt auf Seite 22

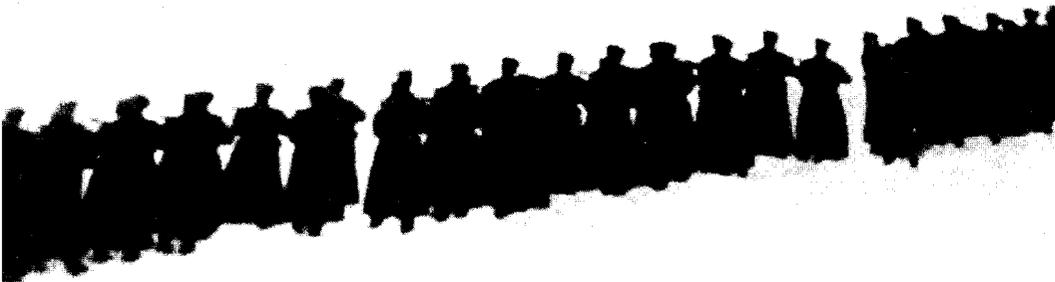


Swan

Hunderte im Russisch-Japanischen Krieg getötete russische Soldaten. Niederlage Russlands im Krieg erschütterte das zaristische Regime, entfachte revolutionäre Welle



John Massey Stewart



**Blutsonntag:
Am 9. Januar 1905
eröffnen zaristische
Truppen
das Feuer auf
Arbeiterdemonstration
und töten
über 1000
Menschen**

Russische Revolution 1905...

Fortsetzung von Seite 21

Vereine verantwortlich war und den konservativen Flügel der Semstwo-Bewegung unterstützte. Er wurde durch einen „gemäßigten“ Zaristen ersetzt. In Verbindung mit der totalen Niederlage bei Port Arthur (die Pazifikflotte ging verloren und 80 Prozent der belagerten Truppen wurden getötet) entstand daraus eine hochbrisante politische Atmosphäre. Gapons Organisation wuchs im Zeitraum von Monaten rasch von ein paar hundert auf mehrere tausend Industriearbeiter an. Dies war beängstigend, insbesondere für die Fabrikbesitzer der Stadt.

Als Vergeltung für den wachsenden Einfluss von Gapons Vereinigung wurde Ende Dezember eine Handvoll ihrer aktiven Mitglieder aus den riesigen Putilow-Metallwerken entlassen. Unter extremem Handlungsdruck hielt Gapon Massenversammlungen darüber ab, wie man zu reagieren habe, und über die Hälfte der Arbeiter der Fabrik schloss sich der Vereinigung an. Angesichts der Unnachgiebigkeit der Betriebsleitung fand sich Gapon an der Spitze eines Streiks wieder, der am 3. Januar begann und dem sich rasch eine große Anzahl von Arbeitern in St. Petersburg anschloss.

Als Versuch, diese Auseinandersetzung durch weniger herausfordernde Methoden zu bereinigen, verfasste Gapon eine Petition, die dem Zaren höchstpersönlich am Sonntag, dem 9. Januar, von den Werktätigen Russlands dem Winterpalais, dem Zentrum autokratischer Macht, untertänigst vorgelegt werden sollte. Der Inhalt der Petition war widersprüchlich, mit vielen unterstützenswerten Forderungen wie dem Acht-Stunden-Tag und der Trennung von Kirche und Staat, gemischt mit vollkommener Unterwürfigkeit gegenüber dem Zaren. Die Ereignisse eskalierten. An diesem Morgen begannen sich weit über 100 000 Arbeiter, der Großteil der arbeitenden Bevölkerung der Hauptstadt, in ihrer Sonntagskleidung an verschiedenen Treffpunkten rings um die Innenstadt zu versammeln, um den Marsch auf das im Stadtzentrum gelegene Winterpalais zu beginnen.

Der Blutsonntag

Bevor wir das Schicksal des Marsches betrachten, wollen wir den Charakter der örtlichen bolschewistischen Organisation untersuchen. Diese Untergrundgruppe hatte ungefähr 200–300 Mitglieder, von denen die meisten in den Zwanzigern waren. Ein Mitglied der Kiewer Gruppe gab in seinen Memoiren eine allgemeine Beschreibung der örtlichen Parteiorganisationen in Russland als „meist unreife

Jugendliche, hitzköpfig und beherzt, aber nur schwach mit den arbeitenden Massen verbunden und ohne Einfluss in den Fabriken“. Dennoch versuchten sie unablässig trotz erbitterter staatlicher Repression beim Proletariat Gehör zu finden. Ein typischer Werdegang eines studentischen Aktivisten war sechs Monate halböffentliche Arbeit, gefolgt von Gefängnisarrest, Exil und hoffentlich Flucht. Soweit sie Mitglieder in den Fabriken hatten, waren dies oft Lehrlinge, die nicht viel Autorität bei den qualifizierteren Arbeitern besaßen. Wie ein Putilow-Arbeiter es ausdrückte, wurde jungen Arbeitern, die über Politik zu reden versuchten, gesagt, sie sollten „zuerst lernen, einen Hammer zu halten und einen Meißel und ein Messer zu benutzen, und dann könnt ihr damit anfangen, zu argumentieren wie jemand, der anderen etwas beizubringen hat“ (zitiert in: Gerald Dennis Surh, 1905 in *St. Petersburg: Labor, Society and Revolution* [1905 in St. Petersburg: Arbeiterschaft, Gesellschaft und Revolution], 1989).

Die Sozialdemokraten im Narwa-Distrikt, in dem die riesigen Putilow-Werke lagen, hatten unter insgesamt 30 000 Arbeitern ungefähr 40 Unterstützer, organisiert in einer Handvoll Untergrund-Studienzirkel. Die anfängliche Einstellung der Bolschewiki gegenüber Gapon war, ihn korrekterweise als einen fragwürdigen Abenteurer anzuprangern, aber auch das Ausmaß zu unterschätzen, in dem seine Versammlung rasch immer mehr Gehör fand. Lenin führte aus der Ferne einen Kampf, um die Partei dazu zu bringen, in diese Bewegung kämpferisch zu intervenieren.

Versuche, bei Gapons Versammlung zu intervenieren, waren vor der Sonntags-Demonstration schwierig. Ein Bolschewik wurde, sowie er sich als Parteimitglied zu erkennen gab, in seiner Rede von Gapon unterbrochen, der erklärte: „Es ist unerlässlich, dass alle sehen, dass dies keine revolutionäre Bewegung ist, sondern eine friedliche Prozession zum Zaren.“ Er fuhr fort: „Ich habe euch immer respektiert und als ehrenhafte Leute angesehen. Ich verneige mich vor euch. Ich verneige mich tief vor euch: Bringt keine Spannungen in unsere Bewegung. Lasst uns unter einem gemeinsamen Banner des Friedens auf unser geheiligtes Ziel zugehen“ (zitiert in: Walter Sablinsky, *The Road to Bloody Sunday* [Der Weg zum Blutsonntag], 1976). Gapon verfügte, dass die Sozialdemokraten am Ende der Demonstration marschieren sollten, „um den Kampfgeist der Menge aufrechtzuerhalten“. Diese weiche Zensur wurde mit der harten kombiniert. Bolschewistischen Agitatoren wurde oft das Rederecht auf Treffen der Versammlung verweigert und manchmal wurden sie verprügelt und ihre Flug-

blätter zerstört. Auf der Demonstration selbst waren rote Fahnen verboten.

Das bolschewistische Parteikomitee war zu Recht besorgt, dass die Demonstration eine Polizeifalle sein würde. Es wurde beschlossen, Teams mit Flugblättern und Bannern zu den verschiedenen Ausgangspunkten des Marsches zu schicken, aber solange zu warten, bis die Stimmung der Menge freundlich war. Dass an einem dieser Treffpunkte nur ungefähr ein Dutzend Parteiprüfer erschienen, war typisch für das Geschehen in der ganzen Stadt. Der Typ, der das Banner mitbringen sollte, tauchte niemals auf; er war ein Geheimbulle. Die Demonstranten waren nicht sehr empfänglich für kommunistische Propaganda, da sie sich auf den Weg machten voller Illusionen, dass auf Gapon's Art Zugeständnisse errungen werden könnten. Rote Fahnen wurden nicht entfaltet, Flugblätter nicht verteilt. Als die Zehntausenden von Arbeitern auf verschiedenen Routen ins Stadtzentrum marschierten, stießen sie auf Truppenansammlungen, die mehrfach aus nächster Nähe Gewehrsalven auf die dicht gedrängte Menge abfeuerten. Über 1000 wurden getötet und fast 4000 verletzt an dem Tag, der als Blutsonntag in die Geschichte eingegangen ist.

Eine Definition von Revolution ist, wenn „die herrschende Klasse nicht mehr herrschen kann wie bisher und die Massen nicht mehr leben wollen wie bisher“. Von dem Augenblick an, als die ersten Schüsse fielen, war der Gaponismus tot. Die Massen wechselten von der Unterwürfigkeit gegenüber dem Zaren zu der Forderung nach seinem Tod. Offenheit für revolutionäre Propaganda nahm schlagartig zu. Am Nachmittag des Blutsonntags wehten rote Fahnen, und man riss sich um die bolschewistischen Flugblätter. Durch explosionsartige Ereignisse kann sich die politische Szenerie in kurzer Zeit sehr dramatisch verändern. In dieser sich ändernden Situation werden alle Programme erwogen und geprüft. Alle Richtungen bekommen ihre Chance. Es waren die Bolschewiki, die das Programm besaßen, das in Übereinstimmung mit den tiefsten Bedürfnissen der Arbeiterklasse den Weg vorwärts wies, und infolge der vom 9. Januar ausgelösten Ereignisse fanden sie wohlwollendes Gehör bei Millionen von Arbeitern, Studenten und Soldaten. Unter diesen waren Zehntausende, die revolutionäre Aktivisten werden wollten und nach einer Partei Ausschau hielten, der sie sich anschließen konnten.

Lenin stand den örtlichen bolschewistischen Führern, den „Komiteeleuten“, die auf neue Ereignisse nur langsam reagierten, ziemlich kritisch gegenüber. Da gibt es seinen berühmten Brief [vom Februar 1905] an die örtlichen Parteiführer Alexander Bogdanow und Sergej Gussew, in dem er im übertragenen Sinne empfiehlt, „jeden einfach an die Wand zu stellen, der zu behaupten wagt, es gäbe keine Menschen“ [d. h. keine Menschen, die man für die Partei rekrutieren könne]. Lenin bekam von den Komiteeleuten eine Menge Widerstand gegen die Erweiterung der Organisation zu spüren. Die Kader der Bolschewiki hatten sich daran gewöhnt, unter den unglaublich schwierigen Bedingungen der Untergrundarbeit zu operieren. Aus der Ferne musste Lenin energisch eingreifen, um die Lage zu wenden. Interessanterweise hatte Lenin einen ähnlichen Kampf zu führen gegen eine Neigung, den Einfluss ihrer linken Widersacher zu unterschätzen.

Nach der Katastrophe vom Blutsonntag erlaubte der Zar die Einrichtung der so genannten Schidlowsky-Kommission. Diese erlaubte den Arbeitern, Vertreter zu wählen, die vor dem Zaren erscheinen und katzbuckeln durften. Dieses Komitee war eine Farce, doch es wird oft angeführt als der Ursprung der Idee von den Sowjets. Wie in den Sowjets war der Repräsentationsschlüssel ein Delegierter auf 500 Arbeiter. Die Wahlen zur Kommission boten eine Öffnung

für sozialdemokratische Agitation auf Massenversammlungen. In schwärmerischen Briefen an Lenin prahlte Gussew: „Hurra! Das PK [Parteikomitee] kann stolz sein; sein ganzer Plan, all seine Beschlüsse, seine ganze Taktik, alles ist aufgegangen, selbst die Details – alles ist auf brillante Weise gelungen.“ Lenin schrieb einen sarkastischen Brief zurück, und warnte, „daß Sie trotzdem allzu optimistisch sind, wenn Sie meinen, mit den Petersburger Menschewiki leicht fertig werden zu können“ (siehe: Solomon Schwartz, *The Russian Revolution: The Workers' Movement and the Formation of Bolshevism and Menshevism* [Die Russische Revolution: Die Arbeiterbewegung und die Herausbildung von Bolschewismus und Menschewismus], 1967). Tatsächlich sahen viele Arbeiter, die erstmals am politischen Kampf teilnahmen, kaum einen Unterschied zwischen den beiden Fraktionen. Die Komiteeleute schwankten hin und her zwischen dem Hang zu politischer Enthaltensamkeit und der Prahlerei, dass sich politische Hindernisse ohne großen Kampf verflüchtigen würden.

Man muss wissen, dass die Bolschewiki damals von ihren reformistischen Widersachern abschätzig als „Sekte“ bezeichnet wurden. Ebenso werden in vielen geschichtlichen Darstellungen zu 1905, die aus einer dem Aufbau einer Avantgardepartei feindlichen Position heraus geschrieben wurden, Lenins Kämpfe mit den Komiteeleuten angeführt. Zur Ehrenrettung der Komiteeleute muss gesagt werden, dass dies ergebene Revolutionäre waren, organisatorisch kompetent und politisch hart. Sie organisierten Tausende

Fortgesetzt auf Seite 24



Y. Mebius

W. I. Lenin, 1900: Bolschewistische Zeitung *Wpered* mit Lenins Artikel vom Januar 1905 „Der Beginn der Revolution in Russland“



Revolutionärer Aufstand in Odessa, 1905. Arbeiteraufstand traf mit Meuterei auf Panzerkreuzer Potemkin zusammen, der in Odessa im Juni unter einer roten Flagge festgemacht hatte

Russische Revolution 1905...

Fortsetzung von Seite 23

von Arbeitern auf kommunistischer Grundlage. Doch sie machten Fehler, und diese wurden oftmals korrigiert.

Drei Konzeptionen der Russischen Revolution

Womit sich jeder Revolutionär herumschlug, war die Frage des Charakters der Revolution in einem Land mit einer relativ kleinen, aber mächtigen Arbeiterklasse und einer riesigen Bauernschaft. Die menschwistische Position wurde bereits erörtert. Sie war ein Nachlaufen hinter der liberalen Bourgeoisie. Zuerst würde es eine bürgerliche Revolution geben, und dann im weiteren Verlauf, nach einer unbestimmten Zeitspanne, eine Arbeiterrevolution. Dies ist heute als Zwei-Etappen-Theorie der Revolution bekannt, und Stalinisten wie Maoisten haben sich das ihr zugrunde liegende Konzept zu eigen gemacht. Die Realität dieser Theorie, wie die Erfahrung vieler gescheiterter Revolutionen der letzten hundert Jahre zeigt, besteht darin, dass die Arbeiter in der ersten Etappe der Bourgeoisie die Macht überlassen und dass in der zweiten Etappe die Bourgeoisie die Arbeiter im Blut ertränkt.

Die Position der Bolschewiki war eine strenge Zurückweisung dieser Art von Nachtrabpolitik. Ihr Blick war auf die Arbeiterklasse gerichtet, die in gemeinsamem Kampf ein revolutionäres Bündnis mit den Bauern eingehen sollte, um den Zarismus zu stürzen und für demokratische Forderungen zu kämpfen. Gleichzeitig würde die Arbeiterklasse für sozialistische Forderungen kämpfen. Die Frage, welche Rolle die Bauernschaft spielen sollte, war in einem Land, in dem die Arbeiterklasse weniger als zehn Prozent der Bevölkerung ausmachte, eine ungeheuer wichtige Frage. Gegen Ende seines Lebens fasste Trotzki Lenins Position zusammen:

„Die rückständige russische Bourgeoisie ist unfähig, ihre eigene Revolution bis zu Ende durchzuführen! Der vollständige Sieg der Revolution mittels der ‚demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘ wird alles Mittelalterliche hinwegfegen, der Entwicklung des russischen Kapitalismus einen amerikanischen Rhythmus verleihen, das Proletariat in der Stadt und auf dem Dorf festigen und dem Kampf für den Sozialismus weite Möglichkeiten eröffnen. Andererseits wird der

Sieg der russischen Revolution der sozialistischen Revolution im Westen einen starken Impuls verleihen, und letztere wird Rußland nicht nur vor der Gefahr einer Restauration bewahren, sondern darüber hinaus dem russischen Proletariat erlauben, die Machteroberung in einer verhältnismäßig kurzen geschichtlichen Zeitspanne ins Auge zu fassen.“ (Leo Trotzki, *Drei Konzeptionen der Russischen Revolution*, 1939)

Trotzki betrachtete diese Perspektive als undurchführbar und unvollkommen, da sie die Etappen der Revolution unzutreffend charakterisierte, aber dennoch waren die unmittelbaren operativen Schlussfolgerungen für die allgemeine Richtung des Kampfes richtig und dieselben wie Trotzki.

Die Beschränktheit von Lenins Theorie wirkte sich 1905 nicht aus, da die Revolution nicht weit genug ging. Doch bei der Erörterung der drei Konzeptionen der Revolution ist es geradezu ausgeschlossen, nicht in Betracht zu ziehen, was später, im Jahre 1917, geschah. Lenin ließ nämlich seine Analyse als überholt fallen und übernahm im Wesentlichen Trotzki's Position. Doch im Jahre 1905 wurde Trotzki's Theorie, die als Theorie der permanenten Revolution bekannt wurde, wie er selbst erklärt, „kaum anerkannt“ (*Drei Konzeptionen der Russischen Revolution*).

Trotzki wies die Vorstellung einer Zwei-Klassen-Diktatur zurück, wie sie in Lenins Position entworfen wurde und ersann stattdessen die Diktatur des Proletariats, das sich auf die Bauernschaft stützt. Er fasste seine Perspektive der permanenten Revolution folgendermaßen zusammen:

„Der vollständige Sieg der demokratischen Revolution in Rußland ist vorstellbar nur unter der Form der Diktatur des Proletariats, das sich auf die Bauernschaft stützt. Die Diktatur des Proletariats, die unvermeidlich nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, wird gleichzeitig der internationalen sozialistischen Revolution einen starken Impuls verleihen. Nur der Sieg des Proletariats im Westen wird Rußland vor der bürgerlichen Restauration schützen und ihm die Möglichkeit geben, den sozialistischen Aufbau bis zu Ende durchzuführen“ (Trotzki, *Drei Konzeptionen der Russischen Revolution*).

Man erinnere sich, dass Lenins grundlegende Abhandlung, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokra-

tischen Revolution“ im Sommer 1905 geschrieben worden war, bevor die Hauptschlachten des Proletariats stattgefunden hatten. Trotzki bahnbrechendes Werk „Ergebnisse und Perspektiven“ wurde geschrieben, als die Revolution 1906 abklang, und basierte auf seiner unmittelbaren persönlichen Erfahrung im Zentrum der Ereignisse.

Damals gab Lenins Position den Marschbefehl für die revolutionäre Partei in Russland ab, die Bolschewiki. Er betonte, dass ein Generalstreik für sich genommen nicht ausreichte. Zugleich müsse ein Kampf um die Macht durch bewaffnete Aufstände organisiert werden. Die Avantgardepartei trete nicht nur für die Revolution ein, sondern Sorge für Führung. Die Menschewiki verurteilten dies als Abenteuer und Rebellion und setzten es in Gegensatz zur Bildung von Bewusstsein. Und selbst Rosa Luxemburg, die seit 1905 eng mit Lenin zusammenarbeitete, brauchte lange, um eine Idealisierung der Massenstreiks zu überwinden.

Man denke auch daran, dass, obwohl sich die Aktivitäten der Bolschewiki und der Menschewiki vor Ort manchmal ähnelten, sich ihre Zielsetzungen unterschieden, vor allem bei den weiter oben gelegenen Führungsrängen. Beide versuchten tatkräftig, die Arbeiterklasse in Streiks gegen den zaristischen Staat zu organisieren und zu führen. Dies ist ein Hinweis auf den Drang der einfachen Mitglieder nach Einheit zwischen den Fraktionen, der sich aus den Ereignissen des Jahres ergab. Trotzki war als Vorsitzender des Petersburger Sowjets gewiss ein Wortführer für diese Tendenz zur Einheit; erst 1917 gab er sein Streben nach Einheit der Fraktionen gänzlich auf und schloss sich den Bolschewiki an.

Der St. Petersburger Sowjet

Im Mai 1905 wurde das russische Militär von Japan endgültig geschlagen. Die Baltische Flotte, die um die halbe Welt geschickt worden war, um nach dem Verlust der Pazifikflotte Port Arthur zu retten, kam fünf Monate zu spät. Unterwegs wurde sie in einer eintägigen Seeschlacht in der Tsushimastraße (zwischen Japan und Korea) fast vollständig aufgerieben.

Im Gefolge der Niederlage zu Wasser und zu Lande stimmte der Zar schließlich einer Abgeordnetenversammlung zu, der Duma, die auf der Grundlage eines beschränkten Wahlrechts gewählt werden würde und ihm unverbindlichen Rat geben dürfte. Dies wurde vom größten Teil der Gesellschaft als schlechter Scherz angesehen. Die Bolschewiki riefen zu einem Boykott der Wahlen auf. Anstatt die politische Landschaft, wie beabsichtigt, zu beruhigen, kochte die Wut über.

Im September wurde der von den USA vermittelte Friedensvertrag von Portsmouth unterzeichnet, der den überwältigenden Sieg Japans festschrieb. In diesem Fall war die Niederlage der eigenen herrschenden Klasse im Krieg eine gute Sache für die russische Arbeiterklasse. Im Oktober erschütterte eine revolutionäre Welle den Zarismus in seinen Grundfesten. Die Gründung des Petersburger Sowjets erfolgte nach einer Reihe von Streiks, die in einem Generalstreik der Eisenbahner gipfelte. Trotzki schrieb bewegend über die unglaubliche Einheit der Eisenbahner, die ihren Streik nicht nur mit höchster Disziplin begannen, sondern auch beendeten (siehe: Trotzki, 1905, 1922). Jetzt gab es eine revolutionäre repräsentative Körperschaft der Arbeiterklasse in der Hauptstadt des Reiches, den Sowjet, der sich hauptsächlich auf Arbeiter der Kriegsindustrie stützte. Der Zar hatte genug gesehen. Ohne eine substantielle Reform musste er mit einem Umsturz rechnen. Das Oktobermanifest, das eine Verfassung und legislative Befugnisse für die zukünftige Duma bewilligte, wurde herausgegeben.

Im Grunde war dies sehr wenig, doch die liberale Bourgeoisie hatte genug gesehen. Als das Proletariat immer mehr als eine unabhängige Kraft auftrat, schlug sich die liberale Bourgeoisie noch vollständiger auf die Seite der offenen Konterrevolution. Die Menschewiki wurden durch ihre Unterstützung des Oktobermanifestes noch weiter politisch entlarvt.

Die Bewilligung des Oktobermanifestes war verbunden mit einem landesweiten, von der Regierung organisierten Angriff auf die jüdische Bevölkerung. Von jeher bedeutet reaktionäre Konterrevolution in Russland Pogrome (d. h. antijüdische Plünderungen und Lynchmorde). Lenin führt die Zahlen von 4000 im Verlauf der Revolution Ermordeten und 10000 Verstümmelten an. Einige Pogrome fanden Ende 1904 während einer Welle des kriegslüsteren Patriotismus statt; die Juden wurden lächerlicherweise der Unterstützung Japans bezichtigt. Interessanterweise dienten 30000 Juden im russischen Militär im Fernen Osten. Doch die große Mehrzahl der Pogrome fand zwischen der Herausgabe des Oktobermanifestes und dem Ende des Moskauer Aufstands im Dezember statt (d. h. innerhalb zweier Monate).

Das Schüren von Hass gegen Juden durch die reaktionären „Schwarzhunderter“ war ein bewusster Versuch der Regierung, die Revolution zum Scheitern zu bringen. Ihm widersetzten sich auf heroische Weise jüdische sozialistische Organisationen, Bolschewiki und Menschewiki, die bewaffnete Verteidigungsgruppen aufstellten. Wichtig war, dass Industriearbeiter, insbesondere die vorwiegend russischen Eisenbahner, eine herausragende Rolle bei der Verteidigung der Juden spielten. Bezeichnenderweise gab es in Petersburg keine Pogrome, da sich die Arbeiterklasse von Anfang an entschlossen zeigte, die jüdische Bevölkerung mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Ein Beispiel dafür, wie sich rückständiges nationalistisches Bewusstsein unter dem Einfluss revolutionärer Ereignisse rasch verändern kann, kann man an der Polenfrage beobachten. Die Revolution beflügelte die Kämpfe der Nationalitäten im zaristischen „Völkergefängnis“, wo weniger als die Hälfte des Reichs russisch war. Der russische Unterdrücker-Nationalismus schürte antipolnischen Chauvinismus, und der Nationalismus der unterdrückten polnischen Nation wiederum war antirussisch. Dies infizierte die Arbeiterklasse. Die Revolution durchkreuzte

Fortgesetzt auf Seite 26

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

21 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 9 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01



Russische Revolution 1905...

Fortsetzung von Seite 25

diesen Zustand. Nach der Kunde von den Ereignissen des Blutsonntags brachen in Warschau und vielen anderen polnischen Städten Generalstreiks aus, geführt von Kommunisten. Polnische Kommunisten unter der Führung von Felix Dserschinski (heroischer späterer Leiter der Tschecha [Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage, zur Verteidigung des frühen sowjetischen Arbeiterstaats gegründet]) machten die große Anzahl russischer Soldaten in Polen mit internationalistischer Propaganda bekannt. Im November, als in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde, revanchierten sich die russischen Arbeiter bei ihren Klassenbrüdern, als der Petersburger Sowjet einen Generalstreik zur Verteidigung Polens ausrief! (Siehe: Robert Blobaum, *Felix Dzierzynski and the SDKPiL: A Study of the Origins of Polish Communism* [Felix Dserschinski und die SDKPiL: Eine Untersuchung über die Ursprünge des polnischen Kommunismus], 1984).

Die Erfahrung des St. Petersburger Sowjets war ein großartiger Schritt vorwärts für die Revolution. Unter Trotzki's Führung wurde eine Körperschaft geschaffen, die über Generalstreiks hinaus ging und dem Proletariat eine organisatorische Struktur für den Kampf um die Macht bot. Die Haltung des Sowjets war heroisch und revolutionär von Anfang bis Ende, auch bei dem Prozess gegen seine Führer, nachdem er zerschlagen worden war, denn der Prozess wurde als Tribüne für revolutionäre Ideen genutzt.

Die bolschewistischen Komiteeleute hatten Schwierigkeiten, damit umzugehen. Sie waren nicht gegen Sowjets an sich; tatsächlich schufen die Bolschewiki den ersten im Juni. Ihr Problem war, dass sie keinen unterstützen wollten, bei dem sie nicht die Führung hatten. Ähnliche Probleme hatten sie mit Gewerkschaften, die schlagartig erstmals gegründet wurden. Lenin intervenierte dahingehend, dass Führung im Laufe des Kampfes erworben werden musste, dass aber die Sowjets und Gewerkschaften auf der breitesten Grundlage

aufgebaut werden könnten und sollten. Die Komiteeleute sahen die Opportunisten in den Sowjets und hielten sich unkluger Weise abseits, da sie für eine Spaltung mit den Opportunisten waren. Die Taktik gegenüber diesen neuen Phänomenen musste im Kampf herausgearbeitet werden.

Der Moskauer Aufstand

Der Moskauer Aufstand vom 7. bis 19. Dezember war ein Generalstreik, der sich zu einem bewaffneten Aufstand auswuchs. Lenin betrachtete ihn als den Höhepunkt der Revolution, der unglücklicherweise dadurch gekennzeichnet war, dass die Massen eine Führung hatten, die hinter ihnen her hinkte. Das heißt, die Ereignisse bewegten sich einen Schritt schneller voran als die Führung der Arbeiterklasse vor Ort zu gehen bereit war.

Es gibt das Beispiel der Zusammenstöße mit der Polizei bei der Fielder-Akademie, wo Gruppen von Studenten und Arbeitern ständige Treffen abhielten. Im ganzen Land waren die Universitäten Zentren der Organisation der Arbeiterklasse und politischer Diskussion. Nachdem die Gendarmen überraschend auf bewaffneten Widerstand gestoßen waren, zogen sie sich zurück, beschossen dann die Schule, wobei sie mehrere Studenten niedermachten, und nahmen Massenverhaftungen vor. Es ist eine Sache, eine programmatische Linie für bewaffneten Kampf zu haben, und eine andere, sie angesichts eines feindlichen und organisierten Staates auszuführen. In der ganzen Stadt gab es Schärmützel, Barrikaden wurden errichtet und Kampfgruppen zogen ins Gefecht. Es gab einen Kampf um die Loyalität der Truppen, wobei Lenin schätzte, dass 5000 regierungstreue waren und 10000 schwankten.

In seiner Bilanz der Ereignisse zitierte Lenin Marx, „der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen und mächtigen Konterrevolution, d. h. indem er den Gegner zwingt, sich zu seiner Verteidigung immer extremerer Mittel zu bedienen, und so immer machtvollere Mittel des Angriffs entwickelt“ („Die Lehren des Moskauer Aufstands“, 29. August 1906). Die Massen lernten aus eigener Erfahrung Lenins Argument, dass der Generalstreik nicht genügte. Es ging um die Frage: Wer soll herrschen? Wie sollten sie die Revolution zu Ende bringen? Lenin beharrte sehr nachdrücklich darauf, dass die Revolution eine Kunst ist und koordiniert werden muss, insbesondere durch die Entwicklung von Taktiken einer vom Proletariat unterstützten Guerillakriegsführung.

Um sich klar zu machen, wie ernsthaft die Bolschewiki waren, betrachte man das Beispiel von Leonid Krasin. Er war der politisch höchstrangige bolschewistische Führer in Petersburg und ein ausgesprochener Berufsrevolutionär. Er organisierte unter anderem die Produktion von Granaten auf hohem technischem Niveau (er war ausgebildeter Ingenieur) und trainierte die Kampfgruppen in ihrem Gebrauch. Er organisierte und leitete technische Hilfs- und Verteidigungstruppen. Einer dieser Truppen war darauf vorbereitet, die Eisenbahnlinie von Petersburg nach Moskau zu sprengen (und so die Entsendung der Truppen zu verhindern, die schließlich den Moskauer Aufstand niederschlugen), doch der Trupp scheiterte mit seiner Mission. Den bolschewistischen Parteikadern war es bitter ernst mit einem bewaffneten Aufstand, doch sie hatten es mit jungen und unerprobten Kräften zu tun (siehe: Timothy O'Connor, *The Engineer of Revolution: L.B. Krasin and the Bolsheviks, 1870-1926* [Der Ingenieur der Revolution: L.B. Krasin und die Bolschewiki, 1870-1926], 1992).

Der Moskauer Aufstand wurde nach etwas mehr als einer Woche des Kampfes niedergeschlagen. Streiks legten die Stadt lahm. Kampfgruppen und Barrikaden wurden mit Truppen und Artillerie angegriffen. Über 1000 wurden

Bestellt!

Lenin und die Avantgardepartei

(56 Seiten)

€ 1,50

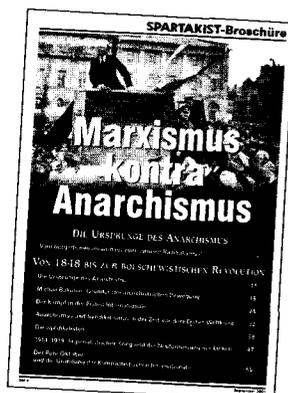
Marxismus kontra Anarchismus

(64 Seiten)

€ 2,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF, IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



getötet, und dem Aufstand folgte eine Verhaftungs- und Hinrichtungswelle.

Internationale Bedeutung der Revolution von 1905

Man muss sich den enormen Einfluss klar machen, den die Ereignisse in Russland international ausübten. Das ist etwas, wovon wir uns als Mitglieder der Internationalen Kommunistischen Liga leiten lassen sollten, wenn wir nationale Sektionen des revolutionären Marxismus rund um die Welt zu festigen und auszubauen versuchen. Wir bauen eine programmatisch harte und disziplinierte Internationale auf, die revolutionäre Führung geben will. Wir wissen, dass in diesem Kampf die Weltwirtschaft alle Nationen organisch verbindet.

Die Genossen haben hoffentlich die Woche damit verbracht, beim „Youth Maintenance Work-In“ dieses Sommers in der Praxis die Auswirkungen der verdummenden Arbeitsteilung zwischen Hand- und Kopfarbeit in der bürgerlichen Gesellschaft zu bekämpfen. Bei linker Politik ist uns heute die Teilung zwischen „direkter Aktion“ und reformistischem Opportunismus geläufig (zum Beispiel Anarchisten kontra Organisationen wie die International Socialist Organisation und die Workers World Party), eine Trennung mehr der Form als dem Inhalt nach. In einer viel kleineren Größenordnung erinnert dies an die politischen Trennlinien unter Hunderttausenden von Militanten der Arbeiterklasse in der Welt von 1905. Die falsche Trennung zwischen Aktion und Theorie wurde verkörpert einerseits durch die Anarchosyndikalisten, die bekannt waren für ihre Befürwortung der direkten Aktion durch „Massenstreik“ und für ihre Ablehnung von „Politik“ (d. h. Programme, Theorien, Parlamentarismus). Andererseits gab es die revolutionäre, aber in zunehmendem Maße konservative, sozialdemokratische Zweite Internationale unter der Führung von August Bebel, Karl Kautsky und Eduard Bernstein von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Sie bewegten sich in Richtung eines reformistischen Programms, das sich immer mehr darauf beschränkte, das Bewusstsein der Arbeiterklasse nach und nach durch Bildung und parlamentarische Aktivität anzuheben.

Bei jeder dieser beiden Tendenzen gab es einen revolutionären Flügel – James P. Cannon, der den Industrial Workers of the World (IWW) beitrug und später half, die amerikanische Kommunistische Partei zu gründen, Alfred Rosmer und Victor Serge, Anarchosyndikalisten, die später zu Kommunisten wurden und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Führer des revolutionären Flügels der SPD. Sie alle versuchten die antirevolutionären Schlussfolgerungen der jeweiligen Tendenz zu bekämpfen. Die Russische Revolution von 1905 bot die Möglichkeit, die besten Aspekte beider Strömungen auf revolutionäre Weise zu vereinen.

Rosa Luxemburg begrüßte in ihrem Werk *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* von 1906 die Entwicklungen in Russland von 1905 als die „geschichtliche Liquidation des Anarchismus“, denn nach Jahren der Verherrlichung des Massenstreiks durch die Anarchisten als höchstem Ziel waren es die Sozialdemokraten in Russland, die ihn tatsächlich geführt hatten. Doch der Haupttenor ihrer Polemik richtete sich gegen den Konservatismus in ihrer eigenen Partei. Sie erklärte, dass Marx' dynamische Kritik am Abenteuerismus des Anarchismus zu einer selbstgefälligen Karikatur des Marxismus gemacht würde: die Ansicht, Sozialismus würde

erreicht nur nach einem langsamen, friedlichen Erziehungsprozess der Arbeiter durch eine stetig wachsende Sozialdemokratie. Der konservative sozialdemokratische Widerstand gegen den Generalstreik wurde in dem Paradox zusammengefasst: „Entweder ist das gesamte Proletariat noch nicht im Besitz mächtiger Organisationen und Kassen, dann kann es den Generalstreik nicht durchführen, oder es ist bereits mächtig genug organisiert, dann braucht es den Generalstreik nicht“.



Nowosti

Arbeiterdemonstration im Herbst 1905 mit Bannern: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands“, „Nieder mit der Autokratie!“ und „Wir fordern eine konstituierende Versammlung!“

Die Massen in Deutschland waren von den Ereignissen in Russland in hohem Maße berührt, da sie innerhalb eines Jahres erlebten, dass „die Bastion der Reaktion des neunzehnten Jahrhunderts wurde zum Vortrupp der Revolution des zwanzigsten“ (Carl E. Schorske, *Die große Spaltung, Die deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917*, 1981). In Deutschland streikten 1905 genauso viele Arbeiter wie in den vorangegangenen fünf Jahren zusammengenommen. Ein ganzes Jahr lang füllte die russische Revolution täglich die Titelseiten der sozialistischen Zeitungen. Die Tatsache, dass die Arbeiterklasse es wagte, im zaristischen Russland um die Macht zu streiten, war ein schwerer Schlag gegen die „evolutionäre Theorie“ des Sozialismus, deren Einfluss ständig gewachsen war, während in der sozialistischen

Fortgesetzt auf Seite 28

Russische Revolution 1905...

Fortsetzung von Seite 27

und Gewerkschaftsbewegung Europas und der USA eine prokapitalistische Schicht von „Arbeiterleutnants“ Fuß gefasst hatte. Gleichzeitig wurde die sozialistische und Gewerkschaftsführung immer mehr zu einer privilegierten Schicht, welche mit materiellen Vergünstigungen zu bestehen sich die imperialistischen Herren leisten konnten. Die Gewerkschaftsbürokratie leitete ihre Privilegien aus ihrer Stellung an der Spitze der Arbeiterbewegung ab und war zunehmend damit zufrieden, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zu operieren. In Deutschland wandte sich die Gewerkschaftsführung offen gegen den linken Flügel, als sie verräterischerweise die Streikbewegung das ganze Jahr 1905 über einzudämmen und zu entschärfen versuchte [siehe Schorske].

Luxemburgs Polemiken gegen die konservativen und opportunistischen Elemente in ihrer eigenen Partei waren schonungslos und größtenteils korrekt. Aber der linke Flügel hing, wie alle Flügel der Sozialdemokratie, der Theorie von der „Partei der Gesamtklasse“ an, die besagte, dass die Arbeiterklasse nur eine Partei haben sollte, in der alle politischen Tendenzen repräsentiert sind. In Europa sorgte diese Theorie dafür, dass ein organisatorischer Bruch mit dem Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung verhindert und schließlich der revolutionäre Flügel dem reformistischen untergeordnet wurde. Das war keine abstrakte Frage. Mit dem Aufschwung des Radikalismus 1905 gewann Luxemburg die SPD formal für ihre Linie der Befürwortung und Durchführung der Taktik des politischen Massenstreiks, doch 1906 erreichte die konservative Gewerkschaftsführung einen faulen „Kompromiss“, der ihr das Recht gab, gegen die Parteilinie ihr Veto einzulegen, wenn sie ihr Betätigungsfeld tangierte.

Luxemburg stellte sich vor, dass die revolutionäre Welle den konservativen Opportunismus hinwegfegen würde, wie ein rasch fließender Fluss einen abgestandenen Teich vom Abschaum befreit. Luxemburgs Überzeugung, dass ein Aufwallen militanten Klassenkampfes naturgemäß die Opportunisten vertreiben würde, erwies sich als ein großer Irrtum. Die Genossen wissen, dass Luxemburg und Liebknecht 1919 ermordet wurden, während des konterrevolutionären Terrors, den eine Regierung unter der Leitung ihrer ehemaligen „Genossen“ entfacht hatte.

Trotz politischer Kritik an ihr ehren wir Luxemburg als

eine revolutionäre Internationalistin durch und durch. Sie schrieb in ihrer *Massenstreik*-Broschüre von 1906, es sei „gänzlich verfehlt, die russische Revolution als ein schönes Schauspiel, als etwas spezifisch ‚Russisches‘ von weitem zu betrachten und höchstens das Heldentum der Kämpfer, d. h. die äußeren Akzessorien des Kampfes, zu bewundern. Viel wichtiger ist es, daß die deutschen Arbeiter die russische Revolution als *ihre eigene Angelegenheit* zu betrachten lernen, nicht bloß im Sinne der internationalen Klassensolidarität mit dem russischen Proletariat, sondern vor allem als *ein Kapitel der eigenen sozialen und politischen Geschichte*.“

James P. Cannon brachte ein ähnliches Argument in Bezug auf die amerikanischen Arbeiter in seinem Aufsatz über die anarchosyndikalistische IWW, die 1905 inmitten anhaltenden Beifalls für die Russische Revolution gegründet wurde.

In Asien wurde der Einfluss der Revolution auch wahrgenommen, aber auf eine ganz andere Weise. Es gab zwei miteinander zusammenhängende Ereignisse. Einmal die Niederlage, die Russland, eine bedeutende europäische Macht, durch Japan, eine aufstrebende Macht in der imperialistischen Welt, im russisch-japanischen Krieg erlitten hatte. Dies war das erste Mal in der modernen Geschichte, dass ein asiatisches Land ein europäisches Land besiegt hatte. Der russisch-japanische Krieg von 1904/05 war ein interimperialistischer Krieg, bei dem die Arbeiterklasse keine Seite hatte. Doch Lenin, in seinem brennenden Hass auf den Zarismus, unterstützte zu Unrecht den Sieg der japanischen Bourgeoisie über die zaristische Autokratie als den Sieg eines „fortschrittlichen, fortgeschrittenen Asien“ über das „rückständige und reaktionäre Europa“ („Der Fall von Port Arthur“, Januar 1905). Im Lichte des interimperialistischen Weltkriegs betrachtet, der 1914 ausbrach, war Lenins Position von 1905 ein Fehler. Aber 1905 war der kapitalistische Imperialismus ein neues Phänomen, und Lenin war noch nicht zu einem theoretischen Verständnis der imperialistischen Epoche gelangt. So betrachtete er den russisch-japanischen Konflikt durch die Brille der marxistischen Sichtweise des 19. Jahrhunderts, dass progressive nationale Kriege unterstützenswert seien und dass das zaristische Russland die reaktionäre Hauptmacht in Europa sei. Russlands Niederlage zeigte den Massen Asiens, dass die kolonialistischen Länder Europas und die Vereinigten Staaten nicht unbesiegt waren.

Was aber den Osten wirklich erschütterte war, dass sich mitten in diesem Krieg die Massen Russlands, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, erhoben, um ihren eigenen Unterdrücker, das autokratische System des kapitalistischen Russlands, abzuschütteln. Dies lieferte ein internationalistisches Beispiel für die nationalen Kämpfe gegen koloniale Herrschaft. Es ist interessant, China zu betrachten, das heute in der Welt einen so bedeutenden Platz einnimmt. Nordchina gab einen Großteil des Schlachtfeldes für den russisch-japanischen Krieg ab. Russische Truppen besetzten die Mandschurei, und unter diesen Truppen waren am Ende des Krieges, Mitte 1905, schätzungsweise 3500 aktive bolschewistische Unterstützer, die für die Demobilisierung der Truppen agitierten. Chinesische Revolutionäre, die nach der Revolution von russischem Territorium zurückkehrten, spielten eine zentrale Rolle in den Streiks bei der chinesischen Osteisenbahn von 1906/07. Im Jahre 1907 organisierten chinesische und russische Revolutionäre gemeinsame politische Streiks zum Jahrestag des Massakers vom Blutsonntag an russischen Arbeitern durch russische zaristische Truppen.

Ein weiteres Beispiel ist der Iran, wo eine große Anzahl iranischer Immigranten in Südrussland arbeiteten, vor allem konzentriert auf den Ölfeldern Bakus, und wo eine direkte

SPARTAKIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe Nr. 25, Frühjahr 2006

€ 1,50

(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01





Fotos: Basil Blackwell Inc.

Mitglieder des St. Petersburger Sowjets beim Prozess von 1905. Leo Trotzki, Vorsitzender des Sowjets, im Gefängnis nach der Revolution von 1905

organisatorische Beziehung zur russischen Sozialdemokratie bestand. Als im Dezember 1905 die iranische Revolution ausbrach, stand die Arbeiterklasse mit einem Generalstreik in Teheran an vorderster Front. In Indien und der Türkei markierte das Jahr 1905 ebenfalls einen dramatischen Beginn für die antikonkoloniale Bewegung.

Generalprobe für 1917

Am Ende wurde die Revolution von 1905 niedergeschlagen. Dass die Bourgeoisie international relativ stabil war, war ein Faktor, der dazu beitrug, dass die Revolution nicht weiter kam. Die Welt befand sich nicht in dem Aufruhr, in dem sie 1917 nach drei Jahren des Weltkriegs sein würde. So gesehen hatte die herrschende Klasse Spielraum, sich zu erholen und durch staatliche Repression zu retten. Ein anderer Faktor war, dass die Proteste in den Städten das Land nicht tief genug durchdrangen, wo die Häufigkeit von Bauernprotesten vielleicht nur 20 Prozent derer des Proletariats betrug. Das heißt, die Illusionen in den Zar, die das St. Petersburger Proletariat vor dem 9. Januar, wenn auch stark erschüttert, hatte, hielten sich auf dem Lande länger. Dies spiegelte sich in der Tatsache wider, dass sich die Armee nicht spaltete und kein Teil von ihr auf die Seite der Revolution überging. Das bedeutet nicht, dass es nicht einige große Risse gegeben habe. Sowohl Lenin als auch Trotzki führten das Beispiel sympathisierender Truppen an, die während des Moskauer Aufstandes die Straße entlang marschierten und die *Marseillaise* sangen. Auch die Meuterer des Panzerkreuzers Potemkin versuchten im Sommer 1905, sich mit den revolutionären Arbeitern Odessas (der viertgrößten Stadt Russlands) zu vereinigen. Die Polizei konnte das nur verhindern, indem sie 1000 Demonstranten an einem Tag am Hafen niedermetzelte.

Die Autorität der herrschenden Klasse war durch die Revolution in hohem Maße untergraben und die liberale Bourgeoisie war bloßgestellt. Obwohl sie sich redlich Mühe gaben, konnte das Andenken an 1905 nicht ausgelöscht werden. Die Uhr ließ sich nicht zurückdrehen. Das heißt, dass darauf folgende Perioden (die Periode der Reaktion, die Periode des Wiederauflebens der Arbeiterklasse, der Erste Weltkrieg und schließlich die Revolutionen von 1917) sich alle im Schatten der Erfahrungen von 1905 abspielten.

Die Revolution wurde niedergeschlagen, doch die wirkliche Errungenschaft war eine bolschewistische Partei mit

Tausenden neuer Mitglieder, die im Kampf zeigten, dass sie es ernst meinten und die bei Abertausenden von Arbeitern Autorität und Unterstützung erlangten. Die Partei hatte eine Führung, die die Lehren verallgemeinern und Irrtümer korrigieren konnte. Eine Partei, die hart genug war, Illusionen bei der Arbeiterklasse zu bekämpfen, dass sich Bolschewiki und Menschewiki einfach vereinigen sollten, dass die programmatischen Unterschiede „doch nicht so ernst seien“, die aber flexibel genug war, 1917 Revolutionäre wie Trotzki aufzunehmen und den Kern seiner korrekten Theorie der permanenten Revolution und seine mehreren Tausend Unterstützer bis 1917 zu integrieren. Die bolschewistische Partei, die die Revolution von 1905 als Propagandagruppe aus 1000 bis 2000 Mitgliedern begonnen hatte, war am Schluss eine kleine Massenpartei. Im Jahre 1907, bevor der Ausbruch der Reaktion die Reihen der Partei dezimierte, hatten die Bolschewiki etwa 45000 Mitglieder. Und dank ihrer vorhergehenden Erfahrung hatte die Partei und die Klasse beim nächsten Mal eine weit bessere Chance auf Klarheit und Erfolg. Wenn wir wirklich von 1905 lernen, dann lässt uns das einen flüchtigen Blick auf das werfen, was uns als kleiner Propagandagruppe bevorsteht, wollen wir wirklich unserem Slogan gerecht werden: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution!“

Ich hoffe dieser Vortrag liefert einen Rahmen, um weitere Studien anzuregen. Hundert Jahre später sieht die Weltrealität nicht schön aus. Die Ansicht, dass Erfahrungen der Vergangenheit für eine „neue Weltrealität“ belanglos seien, ist leider vorherrschend, vor allem bei der Linken. Dies ist ein Aspekt der Übernahme des von der bürgerlichen öffentlichen Meinung verbreiteten Mythos vom „Tod des Kommunismus“. Wir sind vollkommen davon überzeugt, dass diese Leute den Weg der Menschewiki gehen werden, wenn sie mit revolutionären Situationen konfrontiert werden, in denen ihr Programm entlarvt wird (von uns), weil es keine revolutionären Antworten auf brennende Fragen hat. In unserem Kampf werden wir von Lenin geleitet, der am fünften Jahrestag von 1905 bemerkte, „daß nur harte Kämpfe und namentlich Bürgerkriege die Menschheit von dem Joche des Kapitals zu befreien vermögen, andererseits, daß nur die klassenbewußten Proletarier als Führer der großen Mehrheit der Ausgebeuteten auftreten können und auftreten werden“. Lang lebe das Andenken der Revolution von 1905!■

Airbus...

Fortsetzung von Seite 1

dies durch die Tatsache unterstrichen, dass der IG-Metall-Chef Jürgen Peters zusammen mit diversen CDU-Ministerpräsidenten auf dem Podium stand. Die CDU ist eine Partei der Bosse und führt zusammen mit der SPD – eine reformistische Arbeiterpartei mit einer völlig prokapitalistischen Führung – tägliche Angriffe gegen die Arbeiter im öffentlichen Dienst und darüber hinaus durch. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff betonte, dass die Politik alles tun werde, um Hochtechnologie-Standorte in Deutschland zu retten (*Hamburger Morgenpost*, 17. März). Peters schlug in die gleiche nationalistische Kerbe und forderte eine „nationale Industriepolitik“ (*Frankfurter Rundschau*, 17. März).

Viele Arbeiter waren wütend auf das Management, identifizierten sich aber trotzdem mit der Firma. Während Arbeiter Illusionen hatten, dass eine Zusammenarbeit mit den deutschen Kapitalisten sie aus der Krise bringen würde, gab es auch viel Solidarität mit den Kollegen in den anderen europäischen Ländern. Arbeiter erzählten den *Spartakist*-Verkäufern, sie würden sich gegen alle Spaltungversuche stellen und wollten sich auf keinen Fall gegeneinander auspielen lassen. Viele Arbeiter waren offen gegenüber unserer internationalistischen Klassenkampfperspektive und kritisierten die Gewerkschaftsspitzen dafür, dass sie nicht einen gemeinsamen Massenprotest, der die Arbeiter von ganz Europa zusammenbringt, organisierten. Andererseits wurden auch Argumente der Bosse wiederholt, wie zum Beispiel, dass man Airbus nicht schwächen darf, um weiterhin mit Boeing konkurrieren zu können. Als Trotzlisten sind wir für die Einheit der Arbeiter nicht nur in Europa, sondern auch mit den Arbeitern in den USA und überall.

Während mit der Airbus-Krise Massenentlassungen drohen, haben am 28. Februar über 500 Arbeiter im Hauptwerk von Peugeot-Citroën im Pariser Vorort Aulnay gestreikt und höhere Löhne, feste Anstellungen für Zeitarbeiter und ein Rentenalter von 55 Jahren gefordert. Inspiriert durch eine erfolgreiche Aktion im anderen Teil des Werkes einige Wochen zuvor, blockierten die Arbeiter die Montagebänder für Tausende Autos, was die Firma einige 10 Millionen Dollar kostete. Unsere Genossen der LTF haben die Streikenden, die überwiegend nordafrikanischer Herkunft sind,

darüber angesprochen, dass ihre Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik, Unterstützung für den Streik bei bürgerlichen Kommunalbeamten zu suchen, Illusionen in den rassistischen kapitalistischen Staat schüren und die Kampfkraft der Arbeiter unterminieren.

Ausgerechnet als die Bosse noch in der Airbus-Krise verstrickt waren, haben die europäischen Führer den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert, die zur Gründung der Europäischen Union – einem imperialistischen Zusammenschluss – führte. Wie wir in der gemeinsamen Erklärung ausführen, kämpfen wir für Arbeiterrevolution, um die Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa zu errichten. Nachfolgend drucken wir die Erklärung ab.

Gemeinsame Erklärung von IKL-Sektionen: Ligue trotskyste de France Spartacist League/Britain Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Der „Power-8“-Umbauplan der Airbus-Bosse, Ende Februar angekündigt, würde 10000 Jobs in Airbuswerken überall in Europa vernichten. Werke würden verkauft und das Arbeitstempo für die übriggebliebene Belegschaft verschärft. Airbus, die „Tochtergesellschaft“ des gemeinsamen deutsch-französischen Militär-Luftfahrtkonzerns EADS, wurde im vergangenen Jahr von Krisen geschüttelt, mit Lieferverspätungen und ausufernden Kosten beim berühmten A-380-Jumbojet und verglichen mit dem US-Wettbewerber Boeing rapide zurückgehenden Bestellungen. Im Kern heißt „Power 8“, dass die Airbus-Bosse – französische und deutsche – die Gelegenheit der schwierigen Unternehmenslage als Knüppel gegen die Arbeiter in ganz Europa nutzen, um Entlassungen und „Rationalisierungen“ aller Art durchzudrücken und ihre märchenhaften Profite auf dem Rücken der Arbeiter abzusichern. Dieser Angriff und die ganze Krise der angeblich „europäischen“ Firma Airbus zeigen die Irrationalität dieses kapitalistischen Systems und dass die Arbeiter in Verteidigung jeder Errungenschaft gegen die Kapitalisten kämpfen müssen. Airbus-Arbeiter sollten sich vor der Falle des nationalistischen Protektionismus hüten, die von Gewerkschafts-Irreführern und der Bourgeoisie gelegt wird, um sie im Interesse der jeweiligen nationalen Kapitalistenklasse gegeneinander auszuspielen. Lasst euch von den Worten des Kommunistischen Manifestes leiten: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Die Lage bei Airbus schreit nach hartem, koordiniertem Klassenkampf der Arbeiter in Britannien, Frankreich, Deutschland und Spanien, um die Airbus-Bosse zu treffen, wo es ihnen weh tut, durch Stoppen der Produktion und des Profitflusses. Die Airbus-Bosse, deren Auftragsbücher trotz der Schwierigkeiten des letzten Jahres gefüllt bleiben, sind – wie der deutsche Co-Vorsitzende Thomas Enders selbst in einem Kommentar für das deutsche Magazin *Focus* sagte – „hochverwundbar“ durch Streiks: „Längere Streiks würden uns empfindlich treffen und noch weiter zurückwerfen.“ Mit abscheulichem Zynismus fügt dieser Kapitalist, der gerade einen „Restrukturierungs“-Plan angekündigt hat, der Tausende zur Arbeitslosigkeit verdammt, hinzu: „Das kann nicht im Sinne der Beschäftigten sein.“

Die Gewerkschaftsbürokraten stimmen Enders dabei zu. Ihre ganze Perspektive in der Airbus-Krise ist bestimmt durch Klassenzusammenarbeit und Protektionismus – die Politik, sich mit ihrer eigenen Bourgeoisie und deren Regierung zu verbinden, um gegen ausländische kapitalistische Wettbewerber vorzugehen und die nationale Industrie

WORKERS HAMMER
Lebanon
**Down with UN intervention!
Israel out now!**
US/Britain out of Iran, Afghanistan hands off Iran!
For a socialist federation of the Near East

Abonniert

Workers Hammer
Zeitung der
Spartacist League/Britain
Jahresabo
€ 7,- (Europa)
€ 10,- (Übersee Luftpost)
inkl. *Spartacist*
(englische Ausgabe)

LE BOLCHEVIK
Pour un parti ouvrier révolutionnaire multithéorique!
**Le racisme, le voile
et les élections en France**

Le Bolchévik

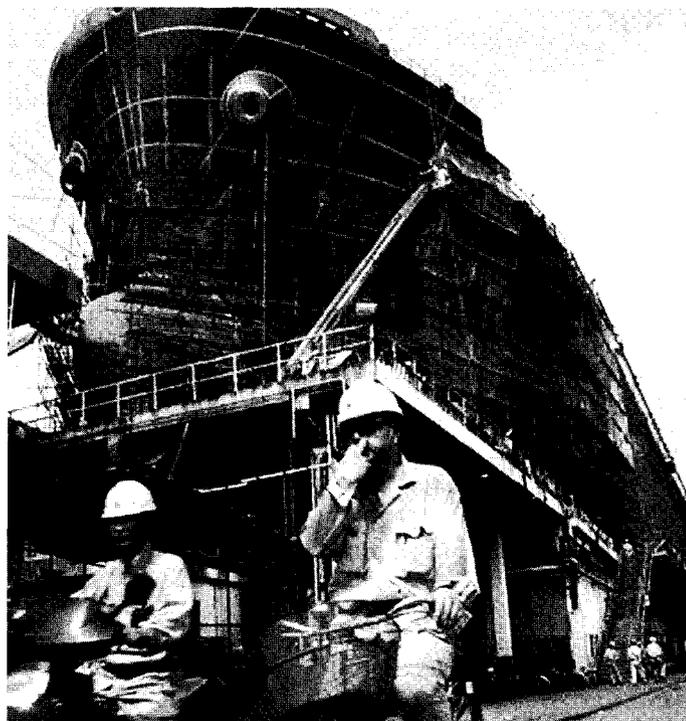
Zeitung der
Ligue trotskyste
de France
4 Ausgaben
€ 5,-
inkl. *Spartacist*
(französische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

zu „retten“. Sie haben Überstunden gearbeitet, um Wut und Ablehnung unter Airbus-Arbeitern abzulenken in protektionistische Appelle an ihre jeweiligen kapitalistischen Regierungen, um den Einfluss ihrer eigenen nationalen Bourgeoisie bei Airbus und seinem Mutterkonzern EADS zu erhalten. Die IG Metall zum Beispiel mobilisierte am 2. Februar um die 24000 Arbeiter in allen deutschen Airbuswerken zu Protesten, die von chauvinistischem Protektionismus beherrscht waren. Bei dem Protest in Hamburg geiferte EADS-Gesamtbetriebsrat Rüdiger Lütjen: „Mein Eindruck ist: England und Spanien bekommen Arbeit hinzu und wir Deutschen sollen die Zeche zahlen“ (zitiert in *Hamburger Abendblatt*, 3./4. Februar). Die Gewerkschaftsspitzen in Frankreich und Britannien antworteten mit ähnlichem chauvinistischem Gift. Nach der Veröffentlichung von „Power 8“ schwadronierte ein Vertreter der Gewerkschaft Force Ouvriere in Toulouse: „Hamburg würde allein vom Produktionsanstieg auf bis zu 45 Maschinen der A-320-Familie profitieren. Das ist nicht hinnehmbar“ (*junge Welt*, 6. März).

Während die Gewerkschaftsbürokraten ein verräterisches nationalistisches Tauziehen darum veranstalten, welcher Produktionsstandort zu opfern ist, wurde wirklicher Protest gegen die Pläne der Airbus-Bosse sabotiert. Als Zehntausende am 2. Februar in Deutschland protestierten, waren es nur 100 in Toulouse. Später, als in Frankreich zu Protesten am 6. März aufgerufen wurde, war die Antwort der deutschen Bürokraten, die Arbeiter in den Airbuswerken in Varel, Nordenham und Laupheim – wo es nach der Ankündigung, dass diese Werke gemäß dem „Power-8“-Plan von Airbus verkauft würden, spontane Arbeitsniederlegungen gab – zu beschwätzen, *zurück an die Arbeit zu gehen!* Ein „Europaweiter Airbus-Aktionstag“ am 16. März, der ursprünglich in Brüssel stattfinden sollte, wurde verworfen, um getrennte, nationale Demonstrationen zu veranstalten. Gelegentliche Lippenbekenntnisse der Bürokraten und ihrer linken Wasserträger, „die Arbeiter nicht gegeneinander ausspielen zu lassen“, sind nichts als eine Arschabdeckung, und die klare politische Stoßrichtung in den verschiedenen Ländern bleibt genau dies: „nationale Einheit“ mit den „eigenen“ Kapitalisten und ihrer Regierung und *gegen* die Arbeiter in anderen Ländern zu schaffen. Zum Beispiel ist die Rednerliste des IG-Metall-Protests in Hamburg gefüllt mit den Spitzen der kapitalistischen Regierungen von Bundesländern mit Airbusstandorten (die meisten von der CDU), und der Demo-Aufruf „Wir streiten für unsere Zukunft“ bezieht sich ausdrücklich nur auf die *deutschen* Airbuswerke.

Dieser nationalistische Protektionismus ist 100 Prozent entgegengesetzt zu dem internationalistischen Klassenkampf, der dringend nötig ist gegen „Power 8“ und die vielen anderen Angriffe der Kapitalisten. Nationalismus ist mit dem kapitalistischen System natürlich verbunden, das darauf basiert, eine nationale Kapitalistenklasse gegen die andere zu setzen, und dabei ständig Unebenheiten und Krisen produziert. Der internationale Charakter der Arbeiterklasse auf der anderen Seite gibt ihr potenziell enorme Überlegenheit über die Bourgeoisie, wenn sie über die nationalen und anderen Spaltungen hinweg ihren voneinander abhängigen Kampf koordiniert. Dies ist genau das was die Gewerkschaftsbürokraten sich weigern zu tun aus Treue zum kapitalistischen System, das auf der Ausbeutung einer Klasse – des Proletariats – durch eine winzige, unfassbar reiche herrschende Klasse – die Bourgeoisie – basiert. Im scharfen Gegensatz dazu bedeutet eine Klassenkampf-Strategie, die soziale Macht der Gewerkschaft zu mobilisieren, um für die brennenden Bedürfnisse der arbeitenden und armen Massen zu kämpfen, *unabhängig* von den Interessen der nationalen Bourgeoisie und *gegen* sie.



Corbis

Staatseigene Schiffswerft Hudong in Shanghai

Während die französischen und deutschen Bosse von EADS/Airbus uneins sind, wo Investitions- und Entwicklungskosten gekürzt werden sollen, sind sie vereint in ihrem Verlangen, soviel Profit wie möglich aus den Arbeitern aller Länder herauszupressen. Die Gewerkschaften müssen geschlossen dafür stehen, dass die Verluste für Airbus – ob vom Schlamassel bei der A-380-Auslieferung oder von anderen Problemen – Sorge der Kapitalisten sind und von ihren enormen Profiten genommen werden können. Eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung würde von den Airbus-Kapitalisten die Öffnung der Bücher fordern, was die enormen Profite offenlegen und zeigen würde, wie versucht wird, die gegenwärtige Krise auf dem Rücken der Arbeiter abzuladen. Solch eine Führung würde auch kämpfen für das Prinzip von gleichem Lohn und gleichen Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit – egal ob die Arbeit von Zeitarbeitern, Arbeitern bei deutschen oder französischen Airbus/EADS-Zulieferern oder von Firmen im Besitz von Kapitalisten aus Russland, Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten geleistet wird. Das wäre nicht zuletzt ein wichtiger Schritt bei der Wiederherstellung der Macht der Gewerkschaften, die durch Jahre von Ausverkaufs-Deals durch die Gewerkschaftsbürokraten untergraben wurde – mit der Rechtfertigung, „den Standort zu sichern“ – durch die Einführung von Zwei-Klassen-Tarifen und die Spaltung der Belegschaft. *Organisiert die Unorganisierten!*

Wenn die Airbuswerke alle ausgelastet sind, ist das ein gutes Argument für ein gewerkschaftlich kontrolliertes Einstellungs- und Ausbildungsprogramm in allen Werken, um den Bedarf zu decken. Allgemein ist es für die Gewerkschaften lebensnotwendig, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit aufzunehmen, für Arbeit für alle bei ordentlicher Bezahlung, durch eine verkürzte Arbeitswoche und Löhne, die der Preisentwicklung folgen. Dass diese grundlegenden Bedürfnisse das übersteigen, was die Kapitalisten und ihre Regierungen bieten können, zeigt, dass dieses System längst eine Bremse für die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse der Menschheit geworden ist. Die dringende Notwendigkeit von internationalem Klassenkampf der Arbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten führt unausweichlich dazu, dieses irrationale

Fortgesetzt auf Seite 32

Airbus...

Fortsetzung von Seite 31

System zu stürzen und es durch eine sozialistische geplante Wirtschaft zu ersetzen, die auf Arbeiterherrschaft beruht. Die enorme potenzielle Macht der Gewerkschaften in Europa zu entfesseln ist daher untrennbar verbunden mit dem Kampf um revolutionäre sozialistische Führung der Arbeiterklasse – unsere Perspektive. Wie der russische Revolutionär Leo Trotzki es 1940 in *Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs* aufzeigte, werden die Gewerkschaften entweder Werkzeuge für die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Kapitalisten und ihren Staat, oder sie werden in eine Waffe im revolutionären Klassenkampf verwandelt.

Die gegenwärtigen Konflikte innerhalb Airbus und EADS – die als Gegengewicht zu Boeing gegründet wurde, um den europäischen Imperialisten größere militärische Unabhängigkeit zu geben – offenbaren das Wesen und die Widersprüche der Europäischen Union. Die EU ist eine reaktionäre kapitalistische Allianz der europäischen Imperialisten und kleinerer kapitalistischer Länder, gegründet zur Unterstützung der antisowjetischen Kriegshetze der NATO im Kalten Krieg, und später ausgedehnt und umgebaut, um Arbeiter und Immigranten daheim anzugreifen und um mit ihren imperialistischen Rivalen, den USA und Japan, zu wetteifern. Innerhalb dieses Bündnisses ringen die imperialistischen Mächte – Frankreich und Deutschland vom „Kerneuropa“ sowie der historische US-Verbündete Britannien – ebenfalls um Einfluss, und diese widerstreitenden Interessen stecken hinter dem Gezänk um Einfluss auf Strategieentscheidungen und Zugang zu Schlüsseltechnologie bei EADS. Als revolutionäre proletarische Internationalisten sind die IKL und ihre europäischen Sektionen grundsätzliche Gegner der kapitalistischen EU und der rassistischen Festung Europa. Wir stellen ihr den Kampf für Arbeiterrevolution und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegen.

Alle Flügel der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie, die sie überwiegend beherrscht – die PS und PCF in Frankreich; SPD und Linkspartei/WASG in Deutschland; die Labour Party in Britannien; die PS in Spanien – lehnen diese Perspektive komplett ab und ordnen die Interessen ihrer Arbeiterbasis denen ihrer „eigenen“ Imperialisten unter. Während sie gewisse Aspekte der EU ablehnen, unterstützen sie grundlegend dieses kapitalistische Bündnis und verlangen höchstens einen „sozialen“ Anstrich für dieses Werkzeug kapitalistischer Unterdrückung und imperialistischer Ausbeutung. Im Fall der WASG unterstützen sie eine protektionistische Alternative für die Kapitalisten, mit verstärkten staatlichen Eingriffen und einem Bündnis des französischen und deutschen Imperialismus, um gegen „Neoliberalismus“ vorzugehen und den kapitalistischen Status Quo des „Sozialstaats“ in irgendeiner Form zu erhalten. So appellierte WASG-Sprecher Herbert Schui am 20. Februar an die CDU/SPD-Regierung, aufzuhören „zuzusehen, wie Airbus Deutschland abgehängt wird“, und stattdessen (als Partner) „bei Airbus einzusteigen und die technologische Entwicklung der zivilen Flugzeugproduktion voranzutreiben“. Eine gemeinsame Erklärung von WASG-Chef Lafontaine und PCF-Führer Buffet, zitiert in *l'Humanite* (7. Februar), hat denselben Kern: „Die Staaten sollten direkten Einfluss auf die Konzernstrategie von EADS haben.“ Wenn sie sich dagegen aussprechen, französische und deutsche Arbeiter zu spalten, dann nur, weil sie eine engere Zusammenarbeit der französischen und deutschen Regierungen gegen Boeing unterstützen und so Airbus-Arbeiter gegen ihre amerikanischen Kollegen ausspielen. Im Gegensatz zum Sozialchauvinismus von PCF und Lafontaine kämpfen wir für Arbeiterrevolution in der Höhle der US-

imperialistischen Bestie. Entscheidend ist, die Arbeiter zu einer revolutionären, internationalistischen Perspektive zu gewinnen und protektionistischen Chauvinismus zu bekämpfen. Wie unsere Genossen der SL/U.S. zu einem Streik von Boeing-Arbeitern 2005 schrieben: „Die Antwort der Arbeiterbürokratie ist der Versuch, die Arbeiter in den USA gegen ihre Brüder und Schwestern in Übersee zu stellen, durch protektionistische Kampagnen, ‚unsere Jobs‘ in den USA zu halten. Nötig ist stattdessen, Arbeiter über nationale Grenzen hinweg im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Kapitalisten, zu vereinen“ (*Workers Vanguard*, Nr. 854).

Protektionistischer Chauvinismus der Gewerkschaftsbürokraten ist heute vor allem gegen „Billiglohnkonkurrenz“ aus Osteuropa und Asien (insbesondere China) gerichtet. Zum Beispiel heißt es in einem Artikel der *Welt Online* (26. Oktober): „Nach Vereinbarung über ein Endmontagewerk für Airbus in China befürchtet die den Kommunisten nahe stehende französische Gewerkschaft CGT Stellenabbau in Europa. ‚Die Gewerkschaft macht sich besonders Sorgen um die Produktionsstätten in Deutschland sowie Nantes und Méaulte, sagte ein Gewerkschaftssprecher in Toulouse.‘“ Zwar widersprach ein deutscher BR in Stade, dass es eine direkte Bedrohung deutscher Jobs gäbe, er wiederholte jedoch die Beschwerden der deutschen Bourgeoisie über Chinas „Know-how-Klau“: „Er warnte aber davor, zu viel technisches Know-how nach China zu transferieren. ‚Dann können auch Stellen in Europa gefährdet werden.‘“ Genau wie der chauvinistische Protektionismus, der sich gegen die anderen Airbuswerke innerhalb Europas richtet, zielt das darauf ab, die Arbeiter in Europa für die besonderen Interessen ihrer „eigenen“ Imperialisten einzuspannen. Das ist doppelter Verrat, weil es dem Ziel der deutschen und anderen europäischen Imperialisten dient, den deformierten Arbeiterstaat China zu untergraben und kapitalistische Konterrevolution anzufachen. Wir stehen gegen die Versuche der Gewerkschaftsbürokraten, China das elementare Recht abzusprechen, sich am wirtschaftlichen Handel zu beteiligen, auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen. Der Protektionismus gegen China geht Hand in Hand mit der antikommunistischen Agitation von bürgerlichen Kommentatoren wie Gabor Steingart vom *Spiegel*, der ein imperialistisches Bündnis gegen China unter dem Vorwand bewirbt, den Lebensstandard der Arbeiter zu verteidigen. Er schreit: „Protektionismus! Der Westen muss sich selbst verteidigen.“ Die Arbeiter in Europa, die damit geködert werden, brauchen sich nur die Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion anzuschauen, die die Kapitalisten international benutzt haben, um die Arbeiter und Unterdrückten weltweit mit Füßen zu treten, soziale Errungenschaften auch in Westeuropa zu zerstören, rassistischen Terror zu verstärken und eine Reihe von imperialistischen Kriegen und kolonialen Besetzungen zu starten. Diese welthistorische Niederlage der internationalen Arbeiterklasse würde vielfach übertroffen, wenn es den Imperialisten gelänge, ungehinderte kapitalistische Ausbeutung in China wiederherzustellen. Das ist, weshalb wir Trotzlisten für die bedingungslose militärische Verteidigung von China gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution kämpfen und für den Rauswurf der parasitären stalinistischen Bürokratie und ihre Ersetzung durch die Herrschaft von Arbeiter- und Bauernräten – eine proletarisch-politische Revolution.

Die „extrem linken“ Anhängsel der Sozialdemokratie wiederkauen den Protektionismus der Gewerkschaftsbürokratie mit reformistischen Appellen an die kapitalistische Regierung, Airbus zu retten. Die pabloistische LCR schreibt: „Keinen weiteren Cent mehr für die großen Teilhaber. Wir schlagen vor, dass der Staat seine Verantwortung übernehmen sollte. Notwendig ist, Airbus

zu ‚renationalisieren‘, unter der Kontrolle der Belegschaft und ihrer Gewerkschaftsorganisationen, als Teil einer öffentlichen, europäischen Luftfahrtgesellschaft“ (*Rouge*, 8. März). Die „linken“ kapitalistischen Regierungen, für die sie stimmten, wie die von Jospingeführte Volksfrontregierung, die die KPF einschloss, haben massive Angriffe auf die Arbeiterklasse durchgeführt. Heute arbeiten die KPF und ein Kreis linker Organisationen daran, den nächsten Verrat vorzubereiten, indem sie Royals Kampagne für den Oberbullen des französischen Staates unterstützen. Die WASG hat das gleiche Ziel; wie Lafontaine erst kürzlich wieder bestätigte, will er mit der SPD eine Koalitionsregierung bilden (wie die PDS es schon regional macht). Der „linke“ Schwanz dieser Parteien, wie die SAV in Deutschland (Sektion von Peter Taaffes CWI), haben kein Problem damit, in bürgerliche Regierungen einzutreten, solange diese verbal versprechen, die Bedingungen für die Arbeiter nicht zu verschlechtern (!), während die LCR klarmacht, dass sie bereit ist, ihre Verantwortung in einer Regierung wahrzunehmen, sofern diese „antikapitalistisch“ ist. Im Gegensatz zum reformistischen Programm, Verantwortung für den kapitalistischen Staat zu übernehmen, ist ein Kampf nötig, die Arbeiterklasse darauf vorzubereiten, die Geschicke der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Die unterdrückerischen Organe des kapitalistischen Staates müssen ersetzt werden durch Organe von Arbeiterherrschaft. Sich dieser revolutionären Perspektive entgegenstellend, erwähnen die „radikalen linken“ Reformisten kaum den chauvi-

nistischen Protektionismus der Gewerkschaftsbürokraten, geschweige denn, dass sie eine programmatische Alternative anbieten. Sie sehen im bürgerlichen Staat ein Mittel zur Kontrolle der Auswüchse des Kapitalismus und nicht ein Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft. Dagegen erklärte Lenin, der Führer der Oktoberrevolution 1917, in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1917): „Wir sehen hier anschaulich, wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung der Welt sind.“

Grundlegend ist es die Frage, welche Klasse herrscht. Wettbewerb und Rivalität zwischen den „großen“ imperialistischen Mächten um Einfluss- und Ausbeutungssphären führen unweigerlich zu Handelskriegen und dann zu bewaffneten Kriegen, den äußersten Mitteln der Bourgeoisie, um ihre Interessen gegen Wettbewerber zu verteidigen. Für die Bourgeoisie sind Protektionismus und „Freihandel“ diskutabile Optionen. Für das Proletariat bedeutet Protektionismus, Internationalismus zu verwerfen, im Voraus Unterstützung für das interimperialistische Abschlagen zu versprechen und die sozialistische Revolution aufzugeben, die der einzige Ausweg für die Menschheit ist. Dagegen kämpfen wir von der IKL für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution, um die Arbeiterklasse vorzubereiten, diesen Ausweg zu bieten. ■

Anhörung vor Berufungsgericht...

Fortsetzung von Seite 40

2001 fällte. Yohn hatte Mumias Todesurteil ausgesetzt, aber jeden Aspekt der abgekarteten Verurteilung von 1982 bekräftigt. Mumia, in seiner Jugend ein Sprecher der Black Panther Party und später ein Unterstützer der Organisation MOVE sowie ein angesehener Journalist, sitzt seit mehr als 24 Jahren in der Todeszelle. Er wurde fälschlich schuldig gesprochen, den Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia getötet zu haben, und wurde spezifisch wegen politischer Ansichten zum Tode verurteilt, die er als Black Panther vertrat. Es gibt Berge von Beweisen für Mumias Unschuld, einschließlich des beeideten Geständnisses von Arnold Beverly, dass er, nicht Mumia, Faulkner getötet hat. Beverlys Geständnis wurde 2001 vor Gericht eingereicht. Aber für die Rassisten in schwarzen Roben ist ein Gerichtssaal kein Ort für Unschuldsbeweise von Mumia, einem Kämpfer für die Unterdrückten.

Das Partisan Defense Committee ist eine klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartacist League/U.S. [ebenso wie der Zweck des KfsV den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands entspricht]. Wie Gene Herson, PDC-Koordinator für die Arbeiterbewegung, sagte: „Wir haben lange dafür gerungen, Kämpfer gegen rassistische Ungerechtigkeit, Gegner der Verwüstungen, die der US-Imperialismus anrichtet und, entscheidend, die Arbeiterbewegung in den USA und international zu mobilisieren, um zu fordern: Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Als Mumia 1995 von der Hinrichtung bedroht war, half eine Welle internationalen Protests, mit entscheidender Beteiligung von Gewerkschaften in der ganzen Welt, dem Henker in den Arm zu fallen. Aber diese Bewegung wurde politisch demobilisiert durch Liberale und reformistische linke Organisationen, die jahrelang den Ruf nach Mumias Freiheit der Forderung nach einem neuen Prozess unterordneten, womit sie Illu-

sionen in die ‚Gerechtigkeit‘ der kapitalistischen Gerichte verbreiteten.“

Herson weiter: „Da Mumias Fall jetzt durch die letzten Phasen des Rechtsweges geht, sind massenhafte, auf die Arbeiterklasse zentrierte Proteste dringender denn je.“ PDC-Anwältin Rachel Wolkenstein, die von 1995 bis 1999 Mumias Verteidigerteam angehörte und die Untersuchung führte, die das Beverly-Geständnis und andere Beweise für Mumias Unschuld zu Tage förderte, bemerkte: „Es ist gut, dass das Gericht eine mündliche Anhörung angesetzt hat und diese Rechtsansprüche anhört. Aber wir können nicht darauf vertrauen, dass die Gerichte, die Mumia eingekerkert haben, ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, den Staat daran zu hindern, Mumia hinzurichten oder ihn lebenslang im Gefängnis zu begraben.“ Wolkenstein fuhr fort: „Um Mumia frei zu bekommen, ist eine Mobilisierung nötig, deren Teilnehmern bewusst ist, mit welchem Hass der Staat Mumia verfolgt.“

Wolkenstein war vom Verteidigerteam zurückgetreten, als Mumias damaliger Hauptanwalt Leonard Weinglass das Beverly-Geständnis unterdrückte. In einer eidesstattlichen Erklärung, abgedruckt in der PDC-Broschüre *The Fight to Free Mumia Abu-Jamal – Mumia is innocent* [auch auf Deutsch vom KfsV erhältlich], gibt Beverly an, dass er angeheuert wurde, um Faulkner zu töten, der Berichten zufolge bei Prostitution, Glücksspiel, Drogen und Polizeischmiergeldern ein Störfaktor war. Das Beverly-Beweismaterial zeigt, dass das Unrecht, das Mumia angetan wurde, nicht das Werk eines einzelnen schurkischen Bullen, Staatsanwalts oder Richters war, sondern das Werk eines Rechtssystems, dessen Zweck ist, die Arbeiterklasse, Minderheiten und Arme im Dienste der herrschenden Kapitalistenklasse zu unterdrücken. Wie Wolkenstein feststellte: „Das Verfahren gegen Mumia war von Beginn an ein durchsichtiger Schwindel: gefälschte Beweise, meineidige Zeugen, voreingenommene Richter, Zeitungslügen und Falschdarstellungen.“

Wolkenstein fuhr fort: „Die kapitalistischen Herrscher
Fortgesetzt auf Seite 34

Anhörung vor Berufungsgericht...

Fortsetzung von Seite 33

wissen, dass Mumia an der Tötung von Officer Faulkner unschuldig ist. Und sie *wissen*, dass er seit einem Alter von 15 Jahren seine Stimme erhebt in ungebrochener Opposition gegen das System rassistischer Unterdrückung, einen Eckstein des amerikanischen Kapitalismus. In ihren Augen ist das ein Kapitalverbrechen. Das werden sie ihm nie verzeihen.“ Die Kräfte des rassistischen „Gesetz und Ordnung“ machen keinen Hehl aus ihrer Entschlossenheit, den legalen Lynchmord an Mumia durchzuzerzeln. Das konnte man sehen bei der Entscheidung der Fraternal Order of Police [Polizeibruderschaft], die St.-Patricks-Day-Parade in Newark, New Jersey, zu boykottieren, weil dort Donald Payne, ein schwarzer demokratischer Kongressabgeordneter, geehrt wurde. Payne war einer von nur 31 Kongressabgeordneten, die im Dezember gegen eine Kongressresolution stimmten, die den Pariser Vorort Saint-Denis verurteilte, weil dort eine Straße nach Mumia benannt worden war.

Das Potenzial, Massenproteste zu mobilisieren auf der Grundlage, dass Mumia unschuldig und das Opfer eines rassistischen und politischen Komplotts ist, zeigt sich in dem breiten Ausmaß von Unterzeichnern einer PDC-Erklärung mit dem Titel „Wir fordern die sofortige Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!“. Diese Erklärung hebt das Beverly-Geständnis und andere Beweise hervor. Sie erschien vergangenen Herbst in *Nation*, in New York Citys *Amsterdam News*, im *Chicago Defender* und der *San Francisco Bay View* und wurde in der Folge in der Zeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs *l'Humanité*, dem *Morning Star* in Britannien und anderen Zeitungen in Deutschland [*junge Welt*] und Kanada abgedruckt.

Arbeiterorganisationen in Italien, Kanada, Britannien,

Deutschland, Mexiko, Südafrika und Australien haben die Erklärung unterzeichnet, ebenso die Nobelpreisträger Nadine Gordimer aus Südafrika und Dario Fo aus Italien sowie Subcomandante Marcos, Führer der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung [EZLN] in Mexiko. In den USA haben die New Yorker Gruppe der Coalition of Black Trade Unionists [Vereinigung schwarzer Gewerkschafter], diverse Ortsgruppen der Amalgamated Transit Union [Transportarbeitergewerkschaft] und der International Longshoremen's Association (ILA) [Hafenarbeitergewerkschaft] und die Ortsgruppe 1199 SEIU East [Dienstleistungsgewerkschaft] in New York City unterzeichnet. Weiterhin haben kürzlich die frühere Kongressabgeordnete für Georgia, Cynthia McKinney, der bekannte schwarze Akademiker Cornel West, der südafrikanische Dichter Dennis Brutus und der Hip-Hop-Künstler Chuck D unterzeichnet. In einer Erklärung, die dem PDC heute zugeht, sagt Darryl „Mike D.“ Payne, Vizepräsident und Geschäftsführer der ILA-Ortsgruppe 1526 in Fort Lauderdale: „Mumia ist unschuldig und hätte niemals auch nur einen Tag im Gefängnis verbringen dürfen.“ Payne erklärte: „Wir müssen alle in *Solidarität* stehen und dafür kämpfen, ihn sofort zu befreien!“

Ein erfolgreicher auf die Arbeiterklasse gestützter Kampf für Mumias Freiheit würde den allumfassenden Angriffen der US-Herrscher auf unsere Rechte einen Schlag versetzen und der Arbeiterklasse ein Gefühl ihrer enormen potenziellen sozialen Macht geben. Der Kampf für Mumia ist ein entscheidender Teil des Kampfes für die Befreiung der Schwarzen, die nur durch eine sozialistische Arbeiterrevolution erreicht werden wird, die die gesamte Maschinerie rassistischer kapitalistischer Ungerechtigkeit zerstört. *Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!* ■

Rede von Rachel Wolkenstein zum Fall von Mumia Abu-Jamal

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse!

Das Komplott gegen einen Unschuldigen

Die dringend erforderlichen Bemühungen zur Wiederbelebung des Kampfes für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal waren ein besonderer Schwerpunkt der jährlichen Feiertagsveranstaltungen zur Spendensammlung für Klassenkampfgefangene, die im Dezember abgehalten wurden. Gegen Mumia, der in seiner Jugend ein Sprecher der Black Panther Party war, dann ein MOVE-Unterstützer und ein preisgekrönter Journalist, wurde das Komplott einer falschen Anklage geschmiedet, am 9. Dezember 1981 den Polizeibeamten von Philadelphia Daniel Faulkner getötet zu haben, und Mumia wurde ausdrücklich wegen seiner politischen Ansichten und Aktivitäten zum Tode verurteilt. Während Mumias Fall zurzeit vor dem Dritten Bundesberufungsgericht verhandelt wird, ist der Kampf für seine Freiheit in ein entscheidendes Stadium getreten. Mumias Anwalt Robert Bryan gab vor kurzem in einem Brief an Mumias Unterstützer bekannt, das Gericht habe ihn zwar im November davon in Kenntnis gesetzt, dass die mündliche Verhandlung für den Januar geplant sei, dies sei aber „spä-

ter widerrufen worden“. Eine Entscheidung könnte binnen Wochen oder Monaten fallen.

Die Feiertags-Spendenveranstaltungen folgten auf eine Reihe von Kundgebungen im Oktober unter den Losungen: „Freiheit für Mumia, sofort! Mumia ist unschuldig! Mumia Abu-Jamals Leben ist in Gefahr – mobilisiert jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“

Diejenigen, die für Mumias Freiheit kämpfen, müssen die Tiefe des Hasses begreifen, den die kapitalistischen Herrscher für einen Mann empfinden, der als die „Stimme der Entrechteten“ bekannt ist. Den unerbittlichen Rachefeldzug des kapitalistischen Staates gegen diejenigen, die für die Freiheit der Schwarzen kämpfen, sah man letzten Monat bei der Verhaftung von acht ehemaligen Mitgliedern der Black Panther Party aufgrund von Anklagen, vor mehr als 30 Jahren einen Bullen aus San Francisco getötet zu haben. Diese Anklagen waren wiederholt von Anklagejurys zurückgewiesen und in einem Fall vom Gericht abgeschmettert worden, weil die Polizei „Geständnisse“ durch Folter er-

presst hatte (siehe „Protest Government Roundup of Former Black Panthers!“ [Protestiert gegen Regierungsrazzia gegen ehemalige Black Panther!], *WV* Nr. 885, 2. Februar). Dass Mumia das vorrangigste Angriffsziel des Staates ist, sah man an einer Kongressresolution, die im Dezember mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde und in der die Entscheidung der Pariser Vorstadt Saint-Denis, eine Straße nach ihm zu benennen, verurteilt wurde.

Mit Veranstaltungen in Los Angeles, Chicago, der Bay Area, Toronto und New York erbrachten die Feiertagssammlungen über 10000 Dollar für 16 Empfänger des Unterstützungsfonds für Klassenkriegsgefangene. Neben Mumia gehören zu den Empfängern acht Mitglieder von MOVE aus Philadelphia, die ehemaligen Black-Panther-Unterstützer Mondo we Langa und Ed Poindexter, Jaan Laaman und Thomas Manning von den Ohio 7, Leonard Peltier, ein Führer der Indianerbewegung, Mumias Sohn Jamal Hart und Gefängnisaktivist Hugo Pinell. Jeder dieser Fälle zeigt, dass es für jemanden, der als Gegner der rassistischen kapitalistischen Herrscher angesehen wird, vor den bürgerlichen Gerichten keine Gerechtigkeit gibt.

Nachstehend drucken wir die redigierte Version eines Vortrags ab, den die PDC-Rechtsanwältin Rachel Wolkenstein am 17. Dezember auf der Benefizveranstaltung in New York hielt.

* * *

Wir können uns nicht einlullen lassen und denken, es sei eine großartige Gelegenheit für Mumia, dass er ein Berufungsverfahren vor dem Dritten Bundesberufungsgericht anhängig hat, das drei (und nur drei) seiner über zwei Dutzend Rechtsbeschwerden verhandeln wird. Es ist gut, dass das Gericht diese Beschwerden verhandelt. Aber genauso gut könnte das Gericht auch einer endgültigen Entscheidung den Weg ebnen, dass Mumia hingerichtet werden soll.

Vor meinem ersten Treffen mit Mumia zusammen mit Paul Cooperstein, ebenfalls vom Partisan Defense Committee, im August 1987 ließ uns Mumia ein Zitat aus *Heinrich VI.* zukommen, dass wir nach der Eroberung der Macht als erstes alle Rechtsanwälte umbringen werden. Wir schickten ihm ein Zitat von W.I. Lenin zurück, das ähnlich negative Empfindungen gegenüber Rechtsanwälten zum Ausdruck brachte.

Die Arbeit, die ich zusammen mit anderen Genossen des Partisan Defense Committee tue, ist neben der juristischen Unterstützung das Vorantreiben von Propaganda, Öffentlichkeitsarbeit und Protesten mit dem Schwerpunkt, die soziale Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, da die Arbeiterklasse die einzige wirkliche Macht hat, etwas zu verändern. Unsere Arbeit geht von dem Verständnis aus, dass die Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft nur auf eine einzige Art und Weise abgeschafft werden kann, durch eine sozialistische Revolution, und auf diesem Weg müssen wir mit aller Macht für Mumias Freiheit kämpfen und für jedes demokratische Recht. Die Missstände des kapitalistischen Systems werden nicht aufhören, das kapitalistische System wird überhaupt nicht dauerhaft reformiert werden können. Nur durch eine Veränderung des Gesellschaftssystems, d. h. durch Sozialismus, ist eine grundlegende Veränderung möglich.

Mumia ist kein Marxist. Mumia ist kein Sozialist. Aber er



Gerichtszeichnerin Susan Schary

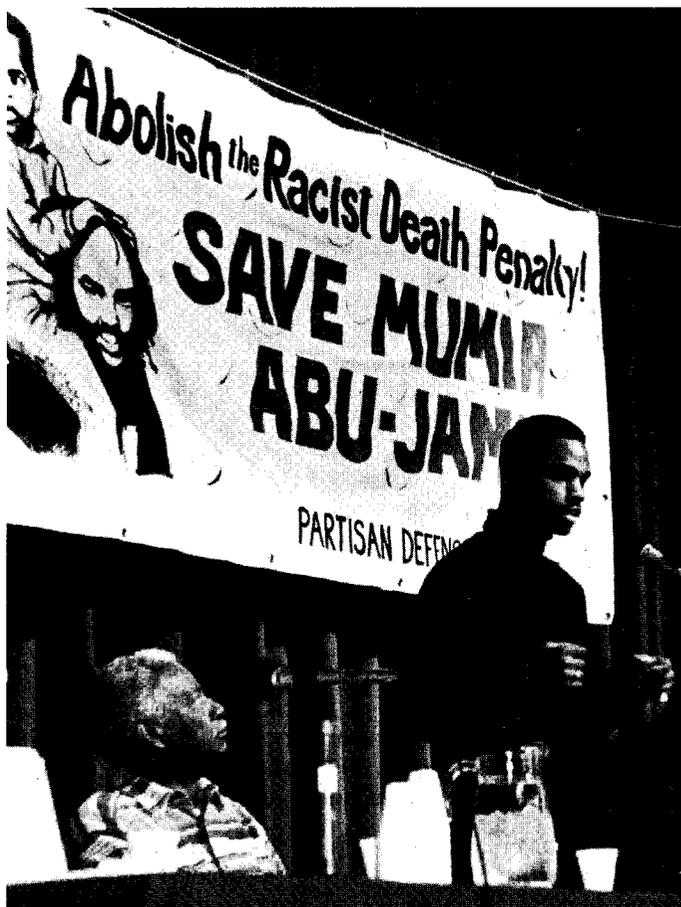
Darstellung der Festnahme von Rechtsanwältin Rachel Wolkenstein, die während Mumias PCRA-Anhörung 1995 auf Befehl von „Richter Tod“ Sabo in Handschellen ins Gefängnis geschleppt wurde

ist absolut unversöhnlich in seinem Widerstand gegen rassistische Unterdrückung, gegen die Auswüchse des Kapitalismus, gegen Ungerechtigkeiten, gegen den amerikanischen Imperialismus. Aus diesem Grund ist er zur Zielscheibe der Herrscher dieses Landes geworden, die in ihm das Gespenst einer schwarzen Revolution sehen. Für sie war er das seit den ersten Tagen als Mitglied der Black Panther Party, seit er ein Fürsprecher für die Organisation MOVE wurde, und wegen seiner wiederholten Erklärungen zur Verteidigung von Schwarzen und anderen gegen den kapitalistischen Staat. Und aus all diesen Gründen ist der kapitalistische Staat – die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die bürgerlichen Politiker – dazu entschlossen, Mumia hinrichten zu lassen oder wegzuschließen in der lebendigen Hölle lebenslänglicher Haft.

Wir haben mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. So muss diese Zusammenkunft, bei der wir Spaß haben, tanzen und wunderbare Musik hören, eine Art Atempause sein und eine Möglichkeit, uns neu zu organisieren für den ganz entscheidenden Kampf, Mumias Hinrichtung zu verhindern und seine Freilassung zu bewirken. Ich möchte die Tatsache betonen, dass im Laufe der Jahre Millionen Menschen auf der ganzen Welt Mumias Fall aufgegriffen haben. Und zwar aufgrund der Arbeit des Partisan Defense Committee, das wie die Labor Black League mit der Spartacist League/U.S. verbunden ist, und aufgrund der Arbeit vieler, vieler anderer Organisationen, die überhaupt nicht die Politik des PDC teilen. Dazu gehören die Organisation MOVE, die verschiedenen Freiheit-für-Mumia-Bündnisse, Equal Justice und Noelle Hanrahan vom Prison Radio Project und viele Organisationen weltweit. Doch wir haben als einzige das Verständnis, dass der kapitalistische Staat nicht reformiert werden kann und dass Mumias Fall, aus all den von uns genannten Gründen, den Inbegriff der Rassenfrage, der Klassenfrage und des Kampfes für die Freiheit von uns allen darstellt.

Menschen auf der ganzen Welt identifizierten sich mit Mumia und seinem Fall aus tief empfundenem Abscheu vor all den Ungerechtigkeiten, die für den Kapitalismus typisch sind – Armut, Krieg, Rassen- und ethnische Vorurteile. Bei

Fortgesetzt auf Seite 36



Workers Vanguard

Mumias Sohn Jamal Hart redet auf Kundgebung in New York, 1995. Weil er seinen Vater unterstützt, wurde er 1998 unter abgekarteter Anklage zu über 15 Jahren Knast verurteilt. Links im Bild: Ossie Davis

Rede Rachel Wolkenstein...

Fortsetzung von Seite 35

allem sahen sie in ihm ein Symbol. Obgleich 23 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche in Einzelhaft weggeschlossen, hat Mumia dennoch niemals seine Überzeugungen und seinen Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Systems aufgegeben.

Hier muss betont werden, was geschieht, wenn man auf die Straße geht und einen neuen Prozess fordert auf der Grundlage, dass die Gerichte unter Druck gesetzt werden können, fair zu sein. Andere politische Organisationen, die sich sozialistisch nennen, wie Socialist Action, die International Socialist Organization und Workers World, wissen ganz genau, dass solche Forderungen im Widerspruch stehen zu dem Verständnis, dass der Kapitalismus gestürzt werden muss. Diese reformistischen Gruppen verbreiten Illusionen, dass die Gerichte reformiert werden können, dass wir damit rechnen können, dass die Gerichte etwas Gerechtigkeit walten lassen. Nun ja, die Gerichte werden reagieren, aber nur aus Furcht vor Massenaktionen, besonders vor den Aktionen der organisierten Arbeiterklasse mit ihrer Macht zu streiken. Durch solche sozialen Unruhen sehen sich die Gerichte zu ein paar Verbesserungen am System veranlasst.

Frühzeitige Beweise der Unschuld

Ich arbeitete in Mumias Rechtsanwaltssteam von ungefähr 1995 bis Juni 1999. Davor taten wir im PDC unser Bestes, Mumia bei der Suche nach einem guten Anwalt zu helfen. Wir machten auch eine Kampagne, um klarzumachen, wer Mumia war – ein Mitglied der Black Panther Party, ein MOVE-Unterstützer, ein schwarzer Militanter und Journalist. Das Partisan Defense Committee ist davon überzeugt, dass Mumia unschuldig ist. Und im Wesentlichen ist das

Beweismaterial für Mumias Unschuld, das in dem Zeitraum von 1995 bis 2001 aufgedeckt wurde, unserer Arbeit zu verdanken. Nicht weil wir großartige Rechtsanwälte wären oder die erfahrensten, sondern weil wir verstanden haben, dass der Staat ein Komplott gegen Mumia geschmiedet hat und dass Mumia unschuldig ist.

Das Beweismaterial war da, man musste es nur sehen. Im Jahre 1995 sagte ein Mann namens William Singletary bei einer Anhörung für Mumia aus. Singletary ist ein Schwarzer, kein Linker, sondern ein Vietnamveteran, der ein Abschleppunternehmen besaß, bei dem er sehr auf Kooperation mit den Bullen angewiesen war, und er war zufällig an der Straßenecke in der Innenstadt, als Daniel Faulkner erschossen wurde. Er versuchte den Bullen zu sagen, dass er jemanden mit einer grünen Armeejacke aus einem Auto habe steigen und den Bullen erschießen sehen, und Mumia sei erst danach aufgetaucht. Sie wollten nichts davon hören. Sie bedrohten ihn, übten Zwang aus und fälschten seine Zeugenaussagen. Er verließ die Stadt und war beim Prozess von 1982 nicht anwesend. Wir konnten Singletary dazu bewegen, 1995 bei Mumias Berufungsverhandlung aufgrund des Post Conviction Relief Act (PCRA) auszusagen.

Wir fanden auch Veronica Jones, und sie sagte im folgenden Jahr vor Gericht aus. Sie war eine Prostituierte, die beim Prozess von 1982 bezeugt hatte, am Tatort gewesen zu sein, aber eigentlich nicht sehr viel von dem mitbekommen zu haben, was passiert war. Dies widersprach ihrer anfänglichen Zeugenaussage, sie habe den Schützen vom Tatort fliehen sehen. Als sie 1996 als Zeugin aussagte, gab sie zu, beim Prozess gelogen zu haben. Sie sagte, ihre ursprüngliche Aussage sei wahr, sie habe den Schützen vom Tatort fliehen sehen, sie sei aber von Bullen zu einer anderen Aussage gezwungen worden, die damit gedroht hätten, sie würde aufgrund einer Anklage wegen Raubes für lange Zeit eingebuchtet werden und ihre kleinen Kinder nicht sehen. Als sie 1996 aussagte, zerrte die Staatsanwaltschaft sie aus dem Zeugenstand und verhaftete sie im Gerichtssaal aufgrund eines zwei Jahre alten Haftbefehls aus New Jersey wegen Bagatelldiebstahls.

Und dann gab es eine weitere PCRA-Anhörung 1997, bei der eine andere ehemalige Prostituierte namens Pamela Jenkins – die als Prostituierte die Geliebte eines aufgrund von Bundesgesetzen wegen Korruption angeklagten und verurteilten Bullen war – aussagte, mehrere Polizeibeamte hätten gewusst, dass Mumia nicht der Schütze war. Sie bezeugte, dass Cynthia White, eine weitere Prostituierte und die Hauptzeugin der Anklage, gelogen habe, als sie sagte, sie habe Mumia auf Faulkner schießen sehen. Sie log infolge von Drohungen der Bullen und aus Angst vor ihnen.

Dies sind einige der Dinge, die sich in der frühen Phase ereigneten, bevor der inzwischen verstorbene Richter Sabo ins Spiel kam – der rassistische Richter, der den Gerichtssaal ohne auch nur den geringsten Anspruch auf ein vermeintlich faires Verfahren leitete. Im Jahre 1982 erklärte Richter Sabo vor Mumias Prozess in Anwesenheit einer Gerichtsstenografin und eines anderen Richters: „Ich werde ihnen dabei helfen, den N----r zu braten.“ Das war Richter Sabo.

Die Bedeutung des Beverly-Geständnisses

Ich möchte ein wenig über Arnold Beverly sagen, der den Mord an Faulkner gestanden hat. Arnold Beverly war ein Auftragsmörder für den Mob [das organisierte Verbrechen]. Er wurde laut seiner Aussage vom Mob und den Bullen – über einen Verbindungsmann der Bullen – angeheuert, um Faulkner in jener Nacht im Dezember 1981 zu erschießen. Er hatte gehört – und mehr hatte man ihm nicht gesagt –, dass Faulkner für die Bullen und den Mob ein Problem gewesen sei. Der Bezirk Center City strotzte nur so von

Korruption. Die Bullen bekamen Schmiergelder von den Klubs, vom Glücksspiel, von der Prostitution.

Später erfuhren wir, dass zu dem Zeitpunkt, als Faulkner getötet wurde, drei Bundesermittlungen wegen Polizeikorruption liefen, was die Tatsache enthüllte, dass die Polizei und der Mob Hand in Hand arbeiteten. Wir haben eine eidesstattliche Erklärung eines Zeugen, der bei mehreren verschiedenen Strafverfahren des Bundes aussagte, er habe von Bullen gehört, dass sie fürchteten, es gebe einen Polizeinformanten, der für das FBI arbeitet. Wir denken, dieser Informant war ein Auftragsmord und Beverly war einer der gedungenen Täter. Als Mumia, ganz zufällig, am Tatort erschien, wussten die anwesenden Bullen genau, wer er war. Einige in Korruption verwickelte Polizisten waren genau dieselben Bullen, die einst die Panther angegriffen hatten und die MOVE angegriffen hatten.

Der leitende Polizeibeamte am Tatort am 9. Dezember 1981 war Inspektor Alfonso Giordano. Er war auch zufällig die rechte Hand von Frank Rizzo, dem ehemaligen Polizeichef und Bürgermeister von Philadelphia. Zufällig war er auch der Leiter der Stakeout-Einheit [taktische Eliteeinheit], des SWAT-Teams in Philadelphia, das 1969 und 1970 hinter den Panther her war. Er war auch der verantwortliche Bulle bei der Errichtung der Barrikaden um das MOVE-Grundstück in Powelton Village 1977/78.

Als die Bullen Mumia im Dezember 1981 am Tatort sahen, kannten sie ihn alle als denjenigen, der damals 1970 mit 16 Jahren Sprecher der Panther gewesen war, der nach den FBI-Morden an Panther seine Stimme erhoben hatte. Weniger



Fast 600 Bullen aus Philadelphia belagerten im Jahr 1978 die MOVE-Kommune in Powelton Village

UPI

als zehn Jahre später wurde Mumia ein Reporter und entlarvte die Lügen, die von den Bullen und der Stadt über die Organisation MOVE verbreitet wurden. Mumia berichtete über den Prozess der MOVE 9, die zu Unrecht dafür verurteilt wurden, während der Belagerung von Powelton Village einen Bullen getötet zu haben, wo doch in Wirklichkeit der Bulle im Kreuzfeuer der Polizei ums Leben kam. MOVE-Mitglieder wurden zu 30 bis 100 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieser Prozess fand im August 1981 statt. Im Dezember 1981 wurde Faulkner erschossen und Mumia angeschossen und fast getötet. Die Polizei wusste genau, wer Mumia war, und sie war wirklich froh, ihn erwischt zu haben.

Nun, es zirkulieren eine Menge Geschichten über Arnold Beverly, dass er nur auf das Geld und den Ruhm auf sei und

Fortgesetzt auf Seite 38

Schließt euch der Kampagne an: Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia“, die Spenden werden weitergeleitet.

Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.

Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Kampagnenmaterial: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 10,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf www.partisandefense.org).

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen
Dezember 2006 € 1,-

Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal



Mumia ist unschuldig!

Entlarvung eines Komplotts

Rede von Rachel Wolkenstein	7	Eidesstattliche Erklärung von Donald Heising	51
Eidesstattliche Erklärung von Rachel Wolkenstein	30	Eidesstattliche Erklärung von Lynn Washington	53
Eidesstattliche Erklärung von Arnold H. Beverly	45	Eidesstattliche Erklärung von Sam Mauer-Carter	55
Erklärung von Mumia Abu-Jamal	48	Erklärung von Yvette Williams	58
Erklärungen von William Cook	49	Erklärung von Kenneth Pale	57

KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
Telefon: (030) 443 94 01, Fax: (030) 443 94 02
E-Mail: kfsv@online.de www.partisandefense.org

Bankverbindung: Werner Brand,
Commerzbank Berlin,
Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00



Auf der Demo gegen den Besuch von Präsident Bush bei Kanzlerin Merkel am 13. Juli 2006 in Stralsund mobilisierte das KfsV Unterstützung für Mumia Abu-Jamal, den amerikanischen politischen Gefangenen in der Todeszelle

Spartakist

Rede Rachel Wolkenstein...

Fortsetzung von Seite 37

dass er viele verschiedene Geschichten erzählt habe. Es gibt eine eidesstattliche Erklärung von Beverly in der PDC-Broschüre *The Fight to Free Mumia Abu-Jamal*, die ihr lesen solltet. Erstmals sprach ich mit Arnold Beverly im Jahre 1989. Er sagte mir eine Menge Dinge, die sich niemals änderten, mit einer Ausnahme. 1989 gab er nicht zu, Faulkner getötet zu haben. 1999 gab er dies zu. Das Wesentliche seiner Aussage, zum Beispiel über die einzelnen Bullen, die an der Inszenierung der Tat beteiligt waren, bleibt unverändert. Arnold Beverly gestand und ist bereit, für Mumia auszusagen, nicht weil er ein guter und selbstloser Kerl ist und auch nicht wegen Geld. Vielmehr versuchten die Bullen in dieser Nacht auch Beverly zu töten, weil sie den Anschein erwecken wollten, als habe es nur eine Straßenschießerei zwischen ein paar Schwarzen gegeben, bei der Faulkner mittendrin erschossen worden sei. Und Beverly wurde in dieser Nacht angeschossen.

Ich möchte das Gerücht ansprechen, Mumia wolle mit dem Beverly-Beweismaterial nichts zu tun haben. Mumia weiß, was das PDC in seinem Fall tut, wie in all den 20 Jahren, die wir mit ihm arbeiten. Das bedeutet nicht, dass Mumia mit allem, was das PDC sagt, übereinstimmt, aber wir haben in seinem Fall nichts ohne sein Wissen unternommen, zu allem konnte er ja oder nein sagen. Er weiß von den vom PDC initiierten Zeitungsanzeigen, die unter der Überschrift „Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!“ veröffentlicht wurden und die gegen das staatliche Komplott protestieren und Beweismaterial für seine Unschuld anführen, darunter das Geständnis von Arnold Beverly. Mumia hat die ganze

Arbeit, die wir tun, gutgeheißen.

Warum wird deswegen so viel Trara gemacht? Ich möchte klarstellen, dass das Beverly-Beweismaterial erst 2001 ins Blickfeld geriet. Sein Beweismaterial bot ein vollständiges Bild der Geschehnisse. Das äußerst widersprüchliche Beweismaterial, das von der Anklage bei Mumias Prozess vorgelegt wurde, lässt sich erst mit Hilfe der von Beverly gelieferten Informationen erklären. Dabei geht es um die Anzahl der Schützen und deren Standort. Es geht um den Schusswaffentyp, der benutzt wurde.

Ganz wichtig: Bei dem Beverly-Beweismaterial geht es darum, wie auf Mumia geschossen wurde – nicht von Faulkner, sondern von einem anderen Bullen. Und es gab etwas, das uns die ganze Zeit über Kopfzerbrechen bereitet hat. Wir sind die Akten durchgegangen, und es gab all diese Hinweise in Polizeiberichten, die besagten, dass der Schütze eine grüne Armeejacke getragen habe. Jemand sagte, der Kerl in dem Auto, das von Faulkner am Tatort angehalten wurde, habe eine grüne Armeejacke getragen, und jemand anderes sagte, Mumia habe eine grüne Armeejacke getragen. Sechs oder sieben Leute sagten, am Tatort habe es jemanden mit einer grünen Armeejacke gegeben.

Ich habe das Beweismaterial der Staatsanwaltschaft gesehen und ich habe mit Mumia und seinem Bruder, Billy Cook, gesprochen. Und ich sage euch, Mumia hat in dieser Nacht keine grüne Armeejacke getragen. Er trug eine Art wattierter Skijacke, rot mit breiten blauen Streifen auf der Vorderseite. Billy Cook trug eine blaue Jacke im Nehru-Stil mit Messingknöpfen. Und auch Faulkner trug keine grüne Armeejacke; er trug eine Polizeiuniform. Singletary sagte, der Schütze habe eine grüne Armeejacke getragen. Zwei Bullen sagten, es habe dort eine grüne Armeejacke gegeben, und von denen sagte einer, der Schütze habe eine grüne Armeejacke angehabt. Arnold Beverly sagte, er habe eine grüne Armeejacke getragen.

Abgekartet und vertuscht

Darüber hinaus passt das Beweismaterial der abgegebenen Schüsse nicht zu der Beweisführung der Anklage. Die Bullen und die Staatsanwälte erfanden auch ein Geständnis, das Mumia angeblich gemacht habe. Und zu dieser Frage des Geständnisses lasst mich noch einmal nachhaken. Giordano, der bei Mumias Verhaftung am Tatort war, erfand einen Zeugen, dem, wie sich herausstellt, Versprechungen

Kampagne: Freiheit für Mumia!

News ★ Publikationen ★ Events

**Besucht die Website des
Partisan Defense
Committee!**

www.PartisanDefense.org

**PC
DC**

gemacht wurden und der nicht an dem von der Staatsanwaltschaft behaupteten Ort war. Giordano erfand auch die Geschichte, dass Mumia – nachdem er angeschossen, verprügelt und in einen Polizeiwagen geworfen worden war – gestanden habe und dass seine Schusswaffe einfach am Tatort gelegen habe.

Giordano hat beim Prozess nie ausgesagt. Tatsächlich wurde Giordano während Mumias Prozess aus dem regulären Dienst abgezogen und in den Bürodienst versetzt. Am Tag nach der Verkündung des Todesurteils schied er aus dem Polizeidienst aus. Erst 1986 wurde er wegen Korruption und Steuerhinterziehung aufgrund der Annahme von illegalen Schmiergeldern in Höhe von zigtausend Dollar während des Zeitraums 1979/80 angeklagt und bekannte sich schuldig. Um das Jahr 1981 ging es dabei nicht. Doch wir haben einen Zeugen, der sagt, dass die in diesem Jahr laufenden Bundesermittlungen auch gegen Giordano gerichtet waren.

Nichts an der Beweisführung der Anklage hält einer Untersuchung stand. Man sehe sich die ballistischen Beweise an und die Zeugen, was sie behaupteten, gesehen zu haben, und was die Anklage behauptet, und es lässt sich nicht aufrechterhalten. Es gibt Beweise noch und noch, dass Mumia unschuldig ist, dass seine Verurteilung ein Komplott von Polizei und Staatsanwaltschaft war, dass das FBI ganz genau weiß, wer in den Fall verwickelt war. Sie wussten, dass Faulkner als Informant oder auf andere Weise darin verwickelt war. Und sie wussten, dass gegen Bullen wie Giordano, die mit der strafrechtlichen Verfolgung Mumias zu tun hatten, ermittelt wurde. Nichts davon kam während Mumias Prozess ans Tageslicht. Und das Gericht verweigerte Mumias Verteidigung während der PCRA-Anhörungen von 1995 bis 1998 jegliche Informationen.

Das Beverly-Beweismaterial macht es unmöglich, dass irgendjemand behauptet, bei Mumias Fall gehe es um einen schurkischen Bullen oder einen nicht ganz so ehrlichen Staatsanwalt und einen rassistischen Richter. Mumias Fall ist ein Beweis für den Charakter des kapitalistischen Staates, den Charakter der Gerichte, der Bullen und der Staatsanwaltschaft.

Vor etwa einer Woche bekam ich einen Anruf von Frank Serpico. Manche kennen ihn vielleicht als den New Yorker Bullen, der 1971 über Polizeikorruption auspackte. Was er mir über die Fraternal Order of Police (F.O.P.) [Polizeibruderschaft] sagte, ist sehr interessant. Er sagte: Ich kenne diese Typen. Ich weiß, dass die Tatsache, dass die Fraternal Order of Police jede Person verfolgt, die sich öffentlich für Mumia ausgesprochen hat, ein Beweis dafür ist, dass sie etwas zu verbergen haben, dass dies Mumias Unschuld und die Bestechlichkeit dieser Bullen beweist. Denn die F.O.P. hat sich immer schützend vor die Bullen gestellt.

Nun, ich stimme nicht mit Serpico darin überein, dass es möglich sei, eine Polizei ohne korrupte Bullen zu haben. Das will ich klarstellen. Aber das ist ein Mann, der sein ganzes Leben lang versuchte, etwas Ehrlichkeit bei der Polizei

Für das Recht auf Selbstverteidigung gegen Nazis! Verteidigt Angelo Lucifero!

Folgendes Protestschreiben sendete das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) am 28. März an das Innenministerium und den Ministerpräsidenten Thüringens sowie die Staatsanwaltschaft Erfurts. Schreibt Solidaritätsadressen und schickt sie an: angelo.lucifero@verdi.de und redaktion@labournet.de.

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

Berlin, den 28. März 2007

Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Angelo Lucifero!

Das KfsV fordert wie auch viele Gewerkschafter die Einstellung aller Verfahren gegen Angelo Lucifero, den antifaschistischen Landesfachbereichsleiter für Handel und besondere Dienstleistungen der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Thüringen.

Am 15. März wurde Lucifero auf einer Demonstration gegen Sozialabbau in Erfurt von Nazis angegriffen und musste sich gegen eine Überzahl von Angreifern mit einer Schreckschusspistole verteidigen. Wiederholt war er bereits von gewalttätigen Nazis angegriffen worden. Glücklicherweise konnte er diesmal die Angriffe abwehren. Binnen 30 Minuten wurde er von der Polizei festgenommen und wie ein Krimineller gefesselt abgeführt! Dabei hat Lucifero nicht nur sich selbst sondern auch die anderen Demonstranten heldenhaft verteidigt!

Das Recht auf Selbstverteidigung gegen gewalttätige Angriffe ist ein unveräußerliches Recht und kann in keiner Weise verglichen werden mit Nazigewalt. Dieses zu tun würde, in einem breiten historischen Sinn, den Widerstand der Juden im Warschauer Ghetto gleichsetzen mit den Nazis, die die Ghettoisierung und die Deportation der ghettoisierten Juden zur Ermordung in Auschwitz und Treblinka befahlen. In dem gegenwärtigen Kontext heißt es, Selbstverteidigung gegen rassistische Gewalt zu bestrafen.

Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen Lucifero und werden seinen Fall der Arbeiterbewegung international bekannt machen.

Werner Brand
für das KfsV

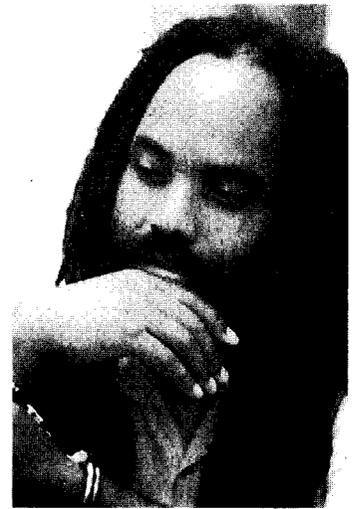
zu finden, und der dabei sein Leben aufs Spiel setzte. So muss man das, für sich genommen, anerkennen. Diese Polizeikräfte sind sehr mächtig und sie werden von den Demokraten und Republikanern auf alle mögliche Art und Weise unterstützt. Und ins gleiche Horn stoßen die Pseudo-sozialisten, die die Lüge verbreiten, der kapitalistische Staat könne reformiert werden.

Zum Schluss möchte ich folgendes betonen. Wir haben eine ganz, ganz riesige Schlacht vor uns. Es wird uns überhaupt nicht helfen, zu glauben, es sei die Lösung für Mumia, dass vielleicht der Berufungsgerichtshof in Mumias Fall eine mündliche Verhandlung durchführen und irgendwann in den nächsten paar Monaten eine Entscheidung fällen wird. Jede einzelne Phase von Mumias Fall hat gezeigt, dass die Gerichte entschlossen sind, Mumia hinrichten zu lassen oder ihn sein Leben lang im Gefängnis zu begraben. Wir hier heute Abend sind noch nicht genug, sondern wir brauchen Massenmobilisierungen, deren Schwerpunkt in erster Linie die Macht der Arbeiterbewegung ist, mit ihren Verbündeten – Jugendliche, Arbeitslose usw. –, um zu zeigen, dass wir nicht zulassen werden, dass der Staat Mumia hinrichtet oder lebenslänglich im Gefängnis begräbt, um zu zeigen, dass wir entschlossen sind zu kämpfen, damit Mumia sofort freikommt. Freiheit für Mumia, sofort! ■

SPARTAKIST

Kein Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte!

**17. Mai: Anhörung
vor Berufungsgericht**



COC Production

Mumia in Lebensgefahr! Mobilisiert jetzt!

Die folgende Erklärung wurde am 26. März vom Partisan Defense Committee (PDC – US-Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, KfsV) veröffentlicht.

Das Dritte Bundesberufungsgericht der Vereinigten Staaten hat die Anwälte Mumia Abu-Jamals, politischer Gefangener in der Todeszelle, darüber informiert, dass am 17. Mai in Philadelphia eine mündliche Anhörung zu Mumias Habeas-Corpus-Berufung stattfinden wird. In einem Brief an Unterstützer, der die Anhörung ankündigt, unterstreicht Mumias Anwalt Robert Bryan: Mumia „bleibt wei-

terhin in großer Gefahr. Falls er auf ganzer Linie verliert, wird er hingerichtet werden.“ Mumias Fall hat einen kritischen Punkt erreicht. Wie auch immer die Entscheidung des Dritten Bundesberufungsgerichts ausfällt, sie wird wahrscheinlich dann an den reaktionären Obersten Gerichtshof der USA verwiesen.

Sowohl Mumias Verteidigerteam als auch die Staatsanwaltschaft waren gegen Entscheidungen in Berufung gegangen, die William Yohn, Richter am Bundesbezirksgericht, *Fortgesetzt auf Seite 33*

DEMO

Berlin, 12. Mai, 13 Uhr

Bundesweite Einheitsfrontdemonstration

Ort steht noch nicht fest: (030) 4439401. Kommt zum Block des Komitees für soziale Verteidigung!

Mumia ist unschuldig!

Freiheit für Mumia!

Weg mit der Todesstrafe!

Berlin, 12. Mai, 19 Uhr

VERSAMMLUNG

Veranstaltet vom KfsV

Samstag, IG-Metall-Haus, Saal, Alte Jakobstraße 149, Nähe U-Bhf. Hallesches Tor (U1, U6)

Mumia ist unschuldig! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Hauptrednerin: Rachel Wolkenstein, Anwältin des Partisan Defense Committee und ehemaliges Mitglied von Mumias Verteidigungsteam